

DIREKTE AKTION

anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 28. JG NR. 171

September/Oktober 2005 1,50 EURO

Inhalt

Direkte Aktion · Kornstr. 28-30 · 30167 Hannover
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Wie dumm dürfen Gewerkschafter sein?

Korruption, Kapitalismus und betriebliche Mitbestimmung

Es gibt im Leben wahrscheinlich nicht viele Gelegenheiten, einen Vorschlag loben zu dürfen, der aus der Zentrale der FDP kommt. Nutzen wir also diese historische Chance: Am 23. Juli wanderte die Forderung durch die Medienlandschaft, Gewerkschaftsfunktionäre sollten - ähnlich wie Parlamentarier - ihre Nebeneinkünfte offen legen. FDP-Generalsekretär Dirk Niebel verwies im Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" darauf, dass in den Aufsichtsräten aller 30 DAX-Unternehmen führende Gewerkschafter wie beispielsweise der DGB-Chef Michael Sommer (Telekom) und der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske (Lufthansa) säßen. Vor dem Hintergrund dieser Mitverantwortung sei es nötig, für ein hohes Maß an Transparenz zu sorgen, forderte der FDP-Generalsekretär. „Denn was in Wolfsburg passiert ist, kann ja wohl nicht die Zukunft der deutschen Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sein", so Niebel weiter.

Sex & Drugs & Rock´n Roll?

Auch wenn die Idee aus der wirtschaftsliberalen Ecke kommt und zum Ziel hat, gewerkschaftliche Tätigkeiten insgesamt zu diskreditieren, müssen wir in diesem Fall sagen: Ja, doch. Wir wollen auch gerne wissen, welche Gelder denen in die Taschen fließen, die sich bei jeder Gelegenheit als Kämpfer für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung hinstellen.

Die FDP kann die DGB-Gewerkschaften gar nicht stärker diskreditieren, als diese es durch ihre Skandale, Mauscheleien und Vorteilsnahmen selbst tun. Die Realität überholt dabei wie so oft die wildesten Phantasien.

Bei VW bezahlten sie den Herren Gewerkschaftern nicht nur ein Büro und einen Dienstwagen, wie sie es bei Ford, Bayer und sonstigen Großkombinaten für ihre Betriebsräte zu tun pflegen; Volkswagen bezahlte Lustreisen und Prostituierte. Der VW-Mann Klaus-Joachim Gebauer räumte am 31. Juli ein, für Betriebsräte auf VW-Kosten Übernachtungen in Nobelhotels und Besuche in exklusiven Nachtclubs organisiert zu haben. Er habe im Auftrag des Vorstands gehandelt. Außerdem gab der VW-Betriebsratschef Klaus Volkert zu, einen Gesellschafter-Anteil einer tschechischen Tarnfirma übernommen zu haben, die sich um VW-Aufträge bewerben wollte. Peter Hartz (VW-Personalchef und IG-Metall-Mitglied!), sieht sich am 7. Juli mit Vorwürfen konfrontiert, nach denen er die Anweisung gegeben haben soll, dem Betriebsrat ein Budget zur freien Verfügung zu überlassen. Er bietet einen Tag später seinen Rücktritt an und wird am 13. Juli ohne Abfindung (also unehrenhaft) entlassen.

Das Märchen von der freien Marktwirtschaft

Schlimm, oder? Wer sich nun moralisch über dieses Sodom und Gomorrha empören will, der weiß nicht, wie es in der kapitalistischen Wirtschaft tatsächlich zugeht. Von freier Marktwirtschaft, wie die FDP sie gerne halluziniert, ist da nicht viel zu sehen. Also von einem System, in dem sich freie Produzenten und Konsumenten gegenüber stehen - wie wir es in der Schule gelernt haben - und in dem sich die besten Angebote auf dem Markt durchsetzen.

Fortsetzung auf Seite 3

Schlußverkauf am Grabbeltisch

Radikale Linke wollen bei der Linkspartei ihr Schnäppchen machen

Man muss kein Anarcho sein, um zu wissen, dass es bei den anstehenden Bundestagswahlen nicht wirklich etwas zu wählen gibt. Sehr zum Entsetzen der Agentur-Strategen ruft der Wahlkampf bei den AdressatInnen soviel Emotionen hervor, wie die zyklische Neuwahl der Zahnpastasorte. Alle wissen halt, SPD oder CDU oder beide zusammen; Karies



bekommen wir auf jeden Fall.

Hitzige Gefühlswallungen im Hinblick auf die Wahl finden wir derzeit einzig bei der Linken. Dort sind viele ganz aus dem Häuschen, weil die Linkspartei.PDS in den Meinungsumfragen aktuell irgendwo um die zehn Prozent rangiert. Da macht sich bei etlichen Leuten Aufbruchstimmung breit. Dabei ist diese Mischung aus altbekannter PDS und intrigenerprobten Ex-Sozis aus dem DGB-Mittelbau (WASG) doch wirklich alles andere als sexy. Aber es ist wie im Schlußverkauf am Grabbeltisch - wenn genug Prozente winken, wird die Birne weich und die Stimmung besoffen. Der Kater kommt unweigerlich am nächsten Morgen. Wie man sich von diesen europäischen Linkssozialdemokraten à la „Rifundazione Communista" oder „Izquierda Unida" so richtig verarschen lässt, darüber geben GenossInnen in Italien bzw. Spanien gerne Auskunft.

FelS in der Brandung?

Nun könnte man das momentane Interesse an der Linkspartei.PDS eigentlich einfach abhaken und jeden, der Lafontaine in der Glotze sieht und dabei nicht augenblicklich den Wahlschein vollspeien möchte, zu einem hoffnungslosen Fall erklären. Hätte sich nicht der Wirklichkeitsverlust bereits bis in die eigenen Bekanntenenkreise ausgebreitet. Nicht nur, dass ein Aufruf einiger Gewerkschaftslinker kursiert, in dem zur Wahl der Dot-PDS-Partei aufgerufen wird und auf dem sich auch einige vormals eher radikalere Linke wiederfinden. Die Berliner Gruppe FelS hat noch einen draufgesetzt. Sie sammelt Unterschriften für einen „Offenen Brief sozialer und politischer Basisorganisationen an die PDS und WASG". Darin wird der Partei nahegelegt, einige antirassistische Forderungen in ihrem Wahlprogramm zu verankern. Man will den Brief zwar vordergründig nicht als „Wahlempfehlung" verstanden wissen, im Begleitschreiben spricht FelS allerdings davon, dass es für die Linkspartei.PDS „durchaus interessant ist, die außerparlamentarische Linke als Wählerinnenreservoir zu erschließen". Und Teile der Angesprochenen scheinen damit mittlerweile wenig Bauchschmerzen zu haben. Unter den rund 350 UnterzeicherInnen finden sich etliche Antifa-Gruppen, Teile des Buko-Spektrums (Bundeskoordination entwicklungspolitischer Gruppen) und anderes, was in der - bislang eher außerparlamentarischen - Szene Rang und Namen hatte.

Weiches Wasser höhlt den Stein!

Wenn man dann nachhakt, wie es denn zur Unterzeichnung gekommen ist, gewinnt man schnell den Eindruck, dass die Krise nebst Hartz IV jetzt definitiv auch bei der außerparlamentarischen Linken angekommen ist. Die Nischen sind zunehmend versperrt, Zukunftsangst macht sich breit, viele entdecken schmerzhaft die eigene „Prekarität". Die eigene Reproduktion ist auf einmal wieder oder auch zum ersten Mal ein bestimmendes Thema. Doch anstatt sich an den kollektiven Erfahrungen zu orientieren und darauf basierend nach Verteidigungsmöglichkeiten zu suchen, richtet sich bei vielen der Blick auf die Institutionen. Was derzeit an Illusionen hinsichtlich der Gewerkschaften oder der „neuen Räume", die ein paar Prozent mehr für eine linkssozialdemokratische Wahlpartei bedeuten könnten, kursiert, kann einem die Haare zu Berge stehen lassen. Manche, die noch vor einem Jahr großmäulig verkündeten, dass alles außer der Revolution Quatsch sei, sind heute in das andere Extrem verfallen, wollen „realistisch" sein und ganz kleine Brötchen backen.

Eigentlich könnten wir uns ja freuen. Seit eh und je versuchen wir ein Beispiel dafür zu sein, dass unsere Kämpfe um konkrete Verbesserungen untrennbar verbunden sind mit der Perspektive einer klassen- und herrschaftslosen Gesellschaft. Aber das ist etwas anderes als dieses angstgetriebe „Seid realistisch, fordert das Mögliche!" - das sich aktuell breitmacht. „Es gibt keine Alternative" trommelt die Medienmaschine von Wirtschaft, Staat und Gewerkschaften jeden Tag auf uns ein. Es gibt wirklich keine (lebenswerte) Alternative: Keine Alternative dazu, sich zu organisieren. Keine Alternative dazu, zu kämpfen und zwar so, dass unser Kampf um konkrete Forderungen immer schon ein Sück davon transportiert, wo wir hinwollen und wie wir dort hinwollen. Keine Alternative dazu, schon heute inmitten dieses zusammenbrechenden Weltsystems unsere eigenen Strukturen zu erproben und zu entwickeln. Keine Alternative dazu, die eigenen Belange kollektiv selbst in die Hand zu nehmen, und keine Alternative zur sozialen Revolution!

robot

Catwalk

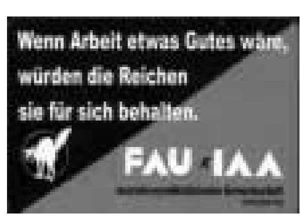


Studiengebühren ...
... sind nicht der einzige Grund, sich zur Wehr zu setzen. Die Bildungssyndikate in der FAU sehen mehr Anlässe, aktiv zu werden. Mehr dazu in der Beilage zu dieser Ausgabe.



fragend voran ... Hefte zu Widerstand & Vision

Mitte Juli erschien die Nullnummer von „Fragend voran ..." - eines neuen Zeitungsprojekts, getragen von einem losen Netz unterschiedlicher Gruppen und Einzelpersonen, die sich mit der umfassenden Überwindung von Herrschaftsverhältnissen beschäftigen. Ziel ist eine Verbindung von Widerstand und Vision, von Aktion und Utopie, von Theorie und Praxis. Jedes Heft setzt sich aus einem konkreten Schwerpunkt, kurzen Rubriken zu verschiedenen Themenfeldern und einem „Newsticker" zusammen. Die Hefte erscheinen unregelmäßig, pro Jahr sind mehrere Ausgaben sowie weitere Materialien geplant. Sie können einzeln bestellt, aber auch abonniert werden.
http://www.politkram.de.vu



Kauf Dich glücklich!
In Zeiten, in denen die Kapitalistische Einheitspartei allerorten ihr „Arbeit! Arbeit! Arbeit!" plakatiert, möchte man doch zumindest im kleinen mal zeigen, dass es auch anders gehen könnte. Dafür gibt es jetzt wieder Aufkleber bei FAU-MAT. Verschiedene Motive, 100 Stück für 2,50 bzw. 6,00 Euro.
http://www.cafe-libertad.de/mat/enter.html

FAU-Ticker

+++ die FAU Leipzig zeigt jeden Mittwoch zwischen 17 und 18 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstr. 19, Präsenz für Interessierte +++ die FAU Münster kann ebenfalls mittwochs persönlich kontaktiert werden; offene Treffen finden jeweils von 13 - 16 Uhr im Don Quijote, Scharnhorststr. 57, statt +++ die FAU Hamburg lädt am 18. September zur schwarz-roten Nicht-WählerInnen-Wahlsieg-Party ein. Beginn: 17 Uhr +++ die FAU München hält unter www.liste-null.de Material zur Propagierung des Ungültigwählens zum Abruf bereit +++ bei Syndikat-A ist neue Literatur erschienen: Nelke, Der Terror des Kapitals; Paul Pop, Rot-schwarze Flitterwochen. Marx und Kropotkin für das 21. Jahrhundert +++ im Referendum wurde der Antrag auf Austritt der FAU aus der Internationalen ArbeiterInnen-Assoziation (IAA) von den Mitgliedern mehrheitlich abgelehnt +++ am 27./28. August fand ein Delegiertentreffen zum Thema Internationales statt; Ergebnisse lagen bei Drucklegung noch nicht vor +++

Vor der Wahl ist nach der Wahl" oder „Die nächste Wahl ist immer die schwerste" - so oder ähnlich lauten jetzt die ganzen Sprüche der Politiker, für die man ein Kreuz machen soll, und man hat schon sein Kreuz mit denen zu tragen. Fußballbegeisterte bitten wir zu entschuldigen, natürlich wollen wir keine religiösen Gefühle verletzen, aber die Sprüche der sogenannten Profis sind doch die gleichen. Der Unterschied ist nur, dass ein Fußballspiel durchaus Spaß machen kann. Die Politik der Parteien?! - legen wir das Schweigen der Nicht-Wähler und Ungültig-Wählerinnen darüber. Natürlich wissen wir, dass man mit Parteien keine Wahl hat (auch wenn sie sich links nennen), aber ärgerlich ist diese Wahl schon. Egal durch welche Straße man geht, überall wird man von lächerlichen Gesichtern angeschaut und mit dummen Parolen für eine glückliche Zukunft zugesülzt. Da gibt es nur eine Lösung - DA lesen. Die ist vor dem 18. September noch genauso regierungsfeindlich wie nach der Wahl.

Ein Redaktionsereignis müssen wir noch schildern: Nach hartem Ringen um jedes Wort für die DA wurden wir von umherirrenden Pilgerschwärmen heimgesucht, welche hoffnungsvoll betörende heilige Glaubenslieder sangen. Sie hatten sich vor das 20-stöckige Redaktionsbüro der DA verirrt und fragten uns nach dem rechten Weg. So offen und hilfsbereit wie alle DA-LeserInnen, ließen es sich auch die 350 RedaktionsmitarbeiterInnen nicht nehmen, dem Pilgerstrom in einer Direkten Aktion zu helfen. Nach einer stärkenden Mahlzeit in Form einer „Gottespest" schickten wir sie mit einem DA-Wegweiser auf den linken Weg. Glücklich zogen sie auf dem breiten Pfad der Selbstbestimmung, des Konsens und der Direktdemokratie weiter.

Unter den Umständen des Wahlterrors und der vergangenen Papstfete ist es wohl verständlich, dass wir kein vernünftiges Editorial schreiben können. Wirklich wichtiges findet ihr in dieser DA: In Niedersachsen sollen die Landeskrankenhäuser verscherbelt werden, ein interessantes Interview mit einem Leiharbeiter, ein Interview mit zwei politischen Beugehäftlingen. Dazu Berichte über gelungene FAU-Aktionen, Perspektiven gegen Ein-Euro-Jobs, internationale Solidarität und einiges mehr.

Rechtzeitig zum Semester- bzw. Schuljahresbeginn haben die Bildungssyndikate eine DA-Beilage fertiggestellt, die auch einzeln erhältlich ist.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer Redaktionsteam



Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der freien arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bremen ..... FAU-IAA Lokalföderation Bremen, Postfach 10 56 74, 28056 Bremen, www.fau-bremen.de.vu
Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), sle-hb@fau.org, c/o FAU Bremen
Bielefeld .... c/o »Umweltzentrum«,August-Bebel-Str. 16,33602 Bielefeld; Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, faubi@fau.org, www.fau-bielefeld.de.vu
Flensburg .... c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Hamburg .... FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Freitag, 19.00 Uhr, fauhh@fau.org
Hannover .... UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Dienstag, 21.00 Uhr, letzten Dienstag im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, tiermedizin@fau.org
Osnabrück ... FAU-IAA Osnabrück, Postfach 1925, 49009 Osnabrück Treffen: Café „Mano Negra", Alte Münze 12, jeden Donnerstag, 17.00 Uhr Allgemeines Syndikat, 19.00 Uhr Bildungssyndikat, fauos@fau.org

Region West

Bochum ..... Kontakt über FAU Dortmund, faudo@fau.org, öffentliches Treffen: Jeden dritten Donnerstag im Monat ab 19.00 Uhr Thekenabend im Sozialen Zentrum Bochum, Rottstr. 31
Bonn .... Lokalföderation FAU-IAA Bonn, »FAU-Laden«, Wolfstr. 10 Hinterhaus, 53111 Bonn, Tel. 0228/9637775, faubn@fau.org, offenes Treffen oder Veranstaltungen bzw. Volxküche, freitags 21 Uhr, »FAU-Laden« Allgemeines Syndikat c/o FAU-IAA Bonn
Dortmund .... c/o »Langer August«, Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, faudo@fau.org. www.fau.org/ortsgruppen/dortmund
Duisburg .... FAU - Duisburg Lokalföderation, Querstr.38, 47178 Duisburg, öffentliches Treffen: Jeden ersten Donnerstag im Monat um 21.00 Uhr in der Kneipe "DJÄZZ", Börsenstr.11, Info-Telefon und SMS: 0179 325 86 48, faudu@fau.org, http://www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, faud@fau.org, Fax: 01212-5-110-29-174, Fon/SMS: 0179-32 586 48, www.fau.org/ortsgruppen/duesseldorf oder www.free.de/asti
Köln .... Allgemeines Syndikat und Arbeitslosen-Syndikat c/o Infoladen »LC 36« Ludolf-Camphausen Str.36, 50672 Köln, donnerstags um 20:30 Uhr, ask@fau.org
Krefeld 02151/394270
Moers ...... c/o »Barrikade«, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, faumo@fau.org
Münster ..... FAU und Bildungssyndikat c/o Infoladen »Bankrott«, Dahlweg 64, 48153 Münster; faums@fau.org, www.fau.org/ortsgruppen/muenster, Treffen jeden Dienstag 19 Uhr

Region Ost

Altenburg .... fauabg@fau.org
Berlin ...... Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, faub@fau.org,Tel.: 030 - 287 008 04, Fax: 030 - 287 00 13, www.fau.org/ortsgruppen/berlin , offenes Büro Dienstags 14.00 - 20.00 Uhr
Allgemeines Syndikat, 2. und 4. Mittwoch im Monat 19 Uhr, Bildungssyndikat, 1. und 3. Mittwoch im Monat 20 Uhr, bsy-b@fau.org
Kultursyndikat, 1. und 3. Donnerstag im Monat 20 Uhr, ksy-b@fau.org
GNLL-Berlin-Brandenburg, Treffen jeden letzten Donnerstag im Monat 20 Uhr, faugrs@fau.org
Döbeln ...... Kontakt über FAU Leipzig, faudl@fau.org, Tel.: 0177-3531231
Dresden ..... FAU Dresden, c/o Stadtteilladen, Rudolfstr. 7, 01097 Dresden, offen: freitags 16-20h, fau-dd@gnuviech.info
Göttingen ... FAU-IAA Göttingen, c/o Buchladen „Rote Straße", Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
Gransee ..... FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Landwirtschaft Berlin-Brandenburg, faugrs@fau.org
c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh
Halle/Saale ... c/o Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-KONTAKT
Leipzig ...... c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Jeden 1. Donnerstag im Monat, faul@fau.org
Magdeburg ... FAU Magdeburg, faumd@fau.org, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstrasse 13, 39104 Magdeburg
Strelitz ..... Kontakt: 0171/9547879
Schwerin .... Kontakt über Leipzig, fausn@fau.org

Region Süd

Dachau ..... Kontakt über München
Frankfurt/M. . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, Sonntags 19 Uhr, fauffm2@fau.org
Freiburg ..... FAU-Ortsgruppe, c/o Infoladen Freiburg KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, faufr@fau.org, Treffen jeden Mittwoch gegen 20 Uhr im autonomen Zentrum KTS
Gießen/Wetzlar FAU Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o „Infoladen Gießen", Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, faugi@arcor.de, faugi2@fau.org, www.ak44de.vu, jeden Montag 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats
München .... Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, 0173 - 4048195, info@fau-muenchen.de
Tübingen .... c/o Infoladen »Grenzenlos«, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden ... GNLL-KONTAKT, über Frankfurt/Main

Schweiz

FAU-CH ...... Postfach 580, CH-8037 Zürich

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungssyndikate: bsy-public-info@list.fau.org, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft: Berlin-Brandenburg, über Gransee, gnll@fau.org
GNLL/FAU Naturkostindustrie: über Hamburg

Regionalkoordinationen

Nord: Osnabrück | West: Münster | Ost: Göttingen | Süd: München

Geschäftskommission der FAU-IAA

Wolfstr. 10, 53111 Bonn, Tel.: 0228 - 9637775, geko@fau.org

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

c/o FAU Bonn, is@fau.org

Internationale Arbeiter/Innen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Box 1977, Vika 0121, N - Oslo (Norge), secretariado@iwa-ait.org, http://www.iwa-ait.org

Fortsetzung „Wie dumm ...“ von Seite 1

In Wirklichkeit werden Konkurrenten vom Markt fern gehalten, Innovationen unterdrückt und Preise durch Absprachen und Monopolbildungen künstlich hoch gehalten. Außerdem - und darum soll es hier gehen - wird der Entscheidung der Entscheidungsträger gerne nachgeholfen. So war es bis vor Jahren absolut üblich, dass die Journalisten, die einen rheinischen Fußballclub (mit Anbindung an einen Chemiekonzern) auf Europapokal-Spiele begleiteten, im Hotel Prostituierte auf Vereinskosten abrechnen konnten. Und von einem marktbeherrschenden Getränke-Konzern war es in der Branche bekannt, dass er die Großeinkäufer von Supermarkt-Ketten (so genannte Key-Accounts) zur Festigung der Handelsbeziehungen einmal im Jahr nach Dubai einlud, wo selbstverständlich - Islam hin, Fatwa her - kein Auge trocken bleiben durfte. Die Firma zahlte: „Werbungskosten“, die bei diesen Entscheidern wesentlich besser angelegt waren als für TV-Spots bei RTL und glänzende Doppel-Seiten im Spiegel, die nur das gemeine Konsumenten-Volk ansprachen. Denn das Volk kauft, aber die Entscheider bestimmen, was es zu kaufen gibt. Und was sind die DGB-Mitbestimmer anderes als solche Key-Accounts der Arbeitswelt? Immerhin hat die IGM bei VW Wolfsburg laut Süddeutscher Zeitung einen Organisierungsgrad von 97%. 70.000 Mitglieder in einer Stadt mit 122.000 Einwohnern. Ein Gewerkschaftsparadies, in dem niemand nach oben kommt, der nicht 1% vom Lohn an die rotlackierten Co-Manager abdrückt.

Große Schnauze – nichts dahinter

Seien wir ehrlich: Wir wissen, dass Kapitalismus eine schmutzige und zutiefst korrupte Angelegenheit ist. Sich darüber zu wundern, dass auch die Tranfunzeln aus der DGB-Bürokratie für die Verlockungen dieses Macht-Spiels empfänglich sind, wäre naiv. Die Empörung über das Verhalten der Funktionäre speist sich aus einer anderen Quelle. Nämlich aus dem eklatanten Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Dem Unterschied zwischen den kämpferischen Reden am 1. Mai, den großen Gesten, den geballten Fäusten, der leuchtend roten Farbe auf Fahnen und Transparenten und dem, was dahinter steckt und was am Ende dabei herauskommt.

Der Vorschlag der FDP wurde vom DGB übrigens abschlägig beschieden. Es würde vollkommen ausreichen, wenn die DGB-Funktionäre ihre Nebeneinkünfte gegenüber der Gewerkschaft offen legten. Ein großes Interesse bezüglich der Nebeneinkünfte schien weder bei Parteien noch Medien zu existieren. Zur Verteidigung der Betriebsräte sagte der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) am 19. August gegenüber der Berliner Zeitung: „Gerade in schwierigen Zeiten braucht ein Unternehmen einen starken Betriebsrat. Das gilt auch für VW. Nur eine starke Arbeitnehmervertretung ist in der Lage, schwierige Entscheidungen über notwendige Umstrukturierungen mitzutragen und in der Belegschaft mehrheitsfähig zu machen.“ Solange nicht spektakuläre Ausreißer passieren, scheinen sich alle Beteiligten mit dem korrupten Normalzustand dieses Systems abgefunden zu haben, dessen integraler Bestandteil „starke“, zentral gelenkte Gewerkschaften sind.

Die ganze Belegschaft: Austreten!

Das einzige, was wundert und womit wir uns nicht abfinden sollten, ist der nach wie vor hohe Mitgliederstand dieser Gewerkschaften und der fast masochistische Eifer (und irrationale Glauben) der Betriebslinken, innerhalb dieser verfilzten und verkrusteten Apparate etwas zu bewegen.

Heiner Stuhlfauth

Wahlkampfrede

Kolumne

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stehe heute hier, um Ihnen die Wahrheit zu sagen! Die schonungslose, ungeschminkte Wahrheit, meine Damen und Herren! Und die Wahrheit, meine Damen und Herren - da beißt die Maus keinen Faden ab - ist diese:

Der Chinese ist, trotz seiner geringeren Körpergröße, schneller, besser und stärker als wir.

Der Chinese ist uns räumlich und zahlenmäßig überlegen, meine Damen und Herren. Der Chinese hat ein höheres Wirtschaftswachstum als wir. Der Chinese hat mehr Bodenschätze, und er produziert preiswerter als wir. Der Chinese wird seltener krank, und wenn, dann stirbt er schneller und kostengünstiger. Denn der Chinese kennt überhaupt keine Krankenkassen. Der Chinese kennt auch keine Rente, meine Damen und Herren. Der Chinese ist vollbeschäftigt von der Krippe bis in die Grube. Er braucht auch keinen Kündigungsschutz, denn niemand würde einem Arbeiter dieser Güteklasse kündigen wollen! Ein Chinese balanciert leichtfüßig und ohne soziales Netz auf dem Drahtseil zwischen Kostensenkung und Gewinnmaximierung. Er braucht keinen Urlaub und kein Wochenende. Ja, meine Damen und Herren - und das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit - der Chinese würde sogar Windeln tragen, um die Toilettenzeiten einzusparen.

Und das ist nicht nur in China so, meine Damen und Herren! Nein, durch den jahrtausendelangen Export seiner Arbeitskraft ist es dem Chinesen längst gelungen, uns global einzukreisen. Sie müssen ja nur mal nach Osten schauen! Der Ukrainer verkauft seine Arbeitskraft inzwischen noch weit günstiger als der Pole. Ja, mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 1 Euro 15 ist der Ukrainer längst 45 Cent billiger als unsere Behinderten in ihren Werkstätten, meine Damen und Herren! Und nun schauen Sie sich den Ukrainer mal an! Diese blassgelbe Haut und diese verkniffenen Äuglein. Ich sage es Ihnen in aller Deutlichkeit: Dieser Ukrainer ist kein Europäer! Im Ukrainer erkennen wir längst die vordere Front der chinesischen Gen-Expansion! Gewissenlos wie der Chinese, unmoralisch wie der Chinese und willensstark wie der Chinese, begnügt sich der Ukrainer schon lange nicht mehr damit, unsere Produktionsstätten über seine Grenze zu ködern. Nein, meine Damen und Herren, die Ukrainerin prostituiert sich inzwischen in allen Puffs von Flensburg bis zum Bodensee, während unsere gute deutsche Frau auf dem Sozialamt Schlange stehen muss!



Das ist die ungeschminkte Wahrheit, meine Damen und Herren, und die muss man doch mal sagen dürfen! Aber das ist noch nicht alles! Der Chinese hat uns längst in die Zange genommen. Oder wie, glauben Sie, ist es dem Amerikaner gelungen, in nur 150 Jahren eine solch drückende Überlegenheit auf dem Weltmarkt aufzubauen? Dieses absurde Gemisch nutzloser europäischer Drückeberger, diese Polen, Iren und Sizilianer wären dazu doch niemals in der Lage gewesen, meine Damen und Herren. Es war der Chinese, der mit seinem Eintreffen in der Neuen Welt den Aufschwung beförderte! Wenn wir heute nach Amerika schauen, sehen wir dort den Fleiß, die Selbstgenügsamkeit und den bedingungslosen Arbeitswillen des Chinesen! Und auch das ist nur eine kleine Medaille im Mantel der Weltwirtschaftsgeschichte, meine Damen und Herren. Die winzigen, ameisenhaften Fußstapfen des Chinesen reichen von Papua Neuguinea bis nach Großbritannien. Und mit jedem Schritt nähert sich der Chinese weiter dem Lohnniveau Null! Selbst wenn es uns gelänge, einen unkaputtbaren und vollständig wartungsfreien Industrieroboter aus Altmetall zu konstruieren, der Chinese wäre mit Sicherheit bald billiger als dieser!

Was also können wir gegen die Bedrohung tun? Ich sage es Ihnen in aller Deutlichkeit, meine Damen und Herren: Der Chinese ist so wahnsinnig schnell und so wahnsinnig effektiv. Wir müssen auch wahnsinnig werden! Vom Chinesen lernen heißt siegen lernen!

Die Arbeit ist nicht für den Menschen da, sondern der Mensch für die Arbeit! Wir müssen die Zähne zusammenbeißen, meine Damen und Herren, sofern wir noch welche haben! Die Anhebung der Wochenarbeitszeit auf 80 Stunden bei vollem Lohnverzicht kann dabei nur ein erster Schritt sein. Der deutsche Arbeiter muss endlich wieder Verantwortung übernehmen für unsere große deutsche Wirtschaft, meine Damen und Herren! Wir müssen dem Volk wieder erklären, was Wirtschaft bedeutet! Das Volk muss verstehen, dass das Wachstum unserer Wirtschaft heiliger Selbstzweck ist, das größte sakrale Kunstprojekt seit dem Bau des Petersdomes. Das Volk muss uns endlich die Möglichkeit geben, unsere Wirtschaft aus den banalen Niederungen tatsächlicher Produktion zu lösen und befreit aufzubrechen in das unendliche Firmament höherer Finanzmathematik, meine Damen und Herren!

Denn wenn wir alle eines Tages eingehen in das große Kosten-Nutzen-Nirvana experimenteller Wertschöpfung, dann sollen uns doch nicht schon die verschlagenen Schlitzäuglein des Chinesen aus der Himmelspforte entgegenblitzen. Das ist es, meine Damen und Herren, was wir dem kleinen Mann auf der Straße erklären müssen! Dass es in seiner Macht liegt, wer im großen Markt des Jenseitigen an Mammons Seite sitzen darf - wir oder der Chinese!

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren!

Markus Liske

Kolumne Durruti



Neulich erzählte Genosse M. von seinem Traum - genauer gesagt von seinen drei Träumen. Wir fuhren im Auto durch die Landschaft, als er verkündete, nachts habe ihn schon dreimal die Revolution besucht, die soziale versteht sich.

Im ersten Traum schlugen sich die Feuerwehrleute auf die Seite von Freiheit und Sozialismus, deutlich erkennbar an den schwarz-roten Fähnchen an ihren Löschfahrzeugen. Die Stimmung war kämpferisch und voller Zuversicht, alles schien auf einen klaren Sieg unserer Sache hinauszulaufen. Wir übrigen Autoinsassen lauschten andächtig. Es kommt schließlich nicht häufig vor, dass handfeste Etappensiege geträumt werden.

Der zweite Traum war wie der zweite Akt eines Films oder Theaterstücks: voller Widrigkeiten, Zähigkeit und persönlichen Unzulänglichkeiten. Hier drohte der anfängliche Elan zermürbt zu werden. Im Auto breitete sich Verdruss aus. Würde es unausweichlich so sein? Sollte es nicht möglich sein, im Angesicht welthistorischer Umwälzungen zwischenmenschliche Befindlichkeiten zurückzustellen und selbstlose Größe zu beweisen?

Traum drei schließlich war das grandiose Finale. Die Propaganda- und Unterdrükkungseinrichtungen der Klassengesellschaft wurden im Handstreich besetzt, auf dem Haus der deutschen Wirtschaft wehte die schwarz-rote Fahne. Der Reichstag wurde zur Volxbildungsstätte mit der abgefahrensten Skater-Rampe der Welt. Einziger Wermutstropfen war, dass der rhetorisch eher unbedarfte Genosse N. die Rolle des Informationssekretärs und damit die Ansprache an die Bevölkerung übernahm, aber das ließ sich angesichts der Bedeutung des Augenblicks verschmerzen.

Im Auto herrschte andächtige Stille. Als eingeschworenen Materialisten war uns die trügerische Natur von Träumen nur zu bewusst. Was anders konnten sie sein als biochemische Vorgänge, die allerhöchstens im Freudschen Sinne unter- oder unbewusstes Verlangen abbilden? Hier Prophetie zu vermuten, wäre purer Aberglaube.

Und doch: Was, wenn hinter manchen Träumen mehr steckt als das Chaos der Moleküle? Was, wenn der Weltgeist in seinem unergründlichen Wirken sich ankündigte? Ausgemachter Blödsinn, natürlich, aber hatte Genosse M. nicht auch den Sieg von Sankt Pauli gegen die scheiß Bayern am 6. Februar 2002 inklusive des genauen Endstands von 2:1 vorausgeträumt?

Sollte also mehr daran sein, dann wären M.'s Träume gleichsam ein Fingerzeig, ja, eine Marschroute. Ganz klar: Der Agitation der Feuerwehrleute wäre allerhöchste Priorität einzuräumen. Sie sind der Schlüssel zur Freiheit! Zweitens müssten wir schon jetzt lernen, uns in Disziplin, Selbstlosigkeit und Geduld zu üben, um auf Durststrecken wie im Traum zwei vorbereitet zu sein. Traum drei schließlich weist uns darauf hin, die Vorkehrungen für die Übernahme - d.h. Befreiung - der gesellschaftlichen Schlüsseleinrichtungen zu treffen, einschließlich des Bereithaltens von übergroßen schwarz-roten Fahnen, wie sie für Monumentalbauten angemessen sind, sowie eines exakten Stadtplans.

Natürlich kann das alles Unsinn sein. Aber: Können wir es uns leisten, es nicht zu tun? Ein französischer Wirtschaftsheini betitelte eines seiner Bücher: „Mit Träumen beginnt die Realität.“ Keep on dreaming, Genosse M.!

Panagoulis

TERMINE

BERLIN

Fr. 2. September, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38
Boule-Turnier mit französischer Verköstigung

Fr. 9. September, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38
Film: „Brot und Schokolade“

Fr. 16. September, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38
„Mordsgeschäfte mit der Gesundheit“
Infoveranstaltung und Diskussion

Fr. 23. September, 19.00 Uhr
Kneipe E: Malalatesta, Greifswalder Str. 4
„Den Tagen, die da kommen, gewachsen zu sein“
Das Leben der Zenzl Mühsam in Briefen und Dokumenten
Es spielt die Folk-Gruppe Fromage Diatonique (Berlin)
Veranstalterinnen: Anarchafeministische Frauengruppe Las Loccas

Fr. 23. September, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38
Vortrag: „Einführung in den Anarchosyndikalismus“

Fr. 30. September, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38
„Verschärfung der Armutsverwaltung“
Infoveranstaltung und Diskussion

BIELEFELD

Fr. 2. September, 20.00 Uhr
Bürgerwache, Siegfriedplatz
„Wenn Wahlen was verändern könnten ... wären sie verboten!“
Diskussionsveranstaltung mit GWR-Redakteur Bernd Drücke (Münster)

BONN

Mi. 21. September, 20.30 Uhr
Netzladen, Wolfstr. 10 (Hinterhaus)
Was ist eigentlich „Anarcho-Syndikalismus“?
Vortrag und Diskussion

GIESSEN

Mo. 12. September, 20.00 Uhr
Infoladen Gießen, Alter Wetzlarer Weg 44
Anarchismus in der Postmoderne
Referent: Jürgen Mümken

HANNOVER

Do. 1. September, 20.30 Uhr
Kino im Sprengel, Schaufelder Str. 30
Hartz IV und danach?
Film „Die neue Wut“ und Diskussion
Veranstalter: Kino im Sprengel in Kooperation mit FAU Hannover und „Agenda 2010 Kippen“

Do. 29. September, 20.30 Uhr
Kino im Sprengel, Schaufelder Strasse 30
Fighting Class Cinema, Teil 5: Dieses Land ist mein Land (Spielfilm, USA 1976)
Veranstalter: FAU Hannover und Kino im Sprengel

Do. 27. Oktober, 20.30 Uhr
Kino im Sprengel, Schaufelder Str. 30
Fighting Class Cinema, Teil 6: Überraschungs-Spielfilm + Vorfilm: Zwischen Wohlstand und Klassenkampf (D 1969)
Veranstalter: FAU Hannover und Kino im Sprengel

Leiharbeit heißt, zwei Zuhälter ernähren zu müssen

Ein Leiharbeiter im Interview

Seit langem beschäftigt sich die FAU mit den Arbeitsbedingungen in der Leiharbeitsindustrie, insbesondere seit der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) zum 01.01.2004. Damit verbunden war die Einführung von „equal pay" und „equal treatment", die - zumindest theoretisch - die Gleichbehandlung von LeiharbeiterInnen und Festangestellten regelt. Siehe dazu auch „schöne neue Arbeitswelt" und „§§§-Dschungel" (Seite 5) in dieser DA.

Ein Schlupfloch hebelt den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" aus und ermöglicht die Schlechterstellung von LeiharbeiterInnen durch einen Tarifvertrag.

Die DGB-Gewerkschaften ließen sich diese Chance nicht entgehen und verabschiedeten einen der ekelhaftesten Tarife aller Zeiten. Damit waren 6,85 Euro pro Stunde und die Diskriminierung von „Ungelernten" für eine Laufzeit von 42 Monaten festgeschrieben.

Wie sieht es inzwischen in der Leiharbeitsbranche aus?

Dazu führten wir ein Interview mit Giannis, der seit Jahren in dieser Branche arbeitet und ebensolange Mitglied der FAU ist.

- Wie bist Du zur Leiharbeit gekommen und warum?

Ich war längere Zeit arbeitslos, und Leiharbeit ist die verhältnismäßig einfachste Möglichkeit, überhaupt Arbeit zu finden. Außerdem gibt es die Auflagen vom Arbeitsamt, die einen systematisch zwingen, sich dort vorzustellen, da sie ja fast keine anderen Jobs anzubieten haben. Bei mir waren acht von zehn Vorstellungsterminen bei Leiharbeitsfirmen.

- Gibt es Unterschiede zwischen den Leihfirmen?

Oh ja! Manche haben einen besonders schlechten Ruf, sie bieten nur sehr kurze und anspruchslose Arbeiten an. Ziegelsteine schleppen, Kartons zusammenbinden, mieseste monotone Fließbandarbeit.

Außerdem stimmt bei manchen Firmen die Abrechnung der gearbeiteten Zeiten nicht; Urlaubstage verschwinden, immer zum Nachteil der Beschäftigten. Wer da nicht alles genau nachrechnet, wird regelmäßig betrogen.

- An was orientiert sich Dein Lohn?

Am DGB-BZA[1]-Tarifvertrag, der in der Theorie eine 35-Stunden-Woche vorsieht. Wenn wir in Betrieben arbeiten, wo mindestens 40 Stunden gearbeitet wird, müssen wir das auch. Alles was über die 35 Stunden hinausgeht, wird deinem Zeitkonto gut geschrieben.

Für diese Zeiten gibt es keine Zulagen. Erst wenn wir pro Monat etwa 20 Stunden mehr als vereinbart gearbeitet haben, bekommen wir für die darauffolgenden Stunden jeweils ca. zwei Euro brutto die Stunde dazu. Seit 2004 gibt es eine massive Verschlechterung bei unseren Löhnen.

Früher gab es in der Metallindustrie ab 35 bzw. 37,5 Stunden Überstundenzulagen. Die steuerfreie Verpflegungs- und Fahrgeldpauschale ist seitdem zusammengefasst und drastisch gekürzt worden. Wir bekommen jetzt 100 - 200 Euro netto weniger im Monat.

Ich habe vor fünf Jahren für die gleiche Arbeit mehr verdient als heute. Irgendwas läuft da falsch.

- Wieviele Leiharbeiter sind bei Deinem jetzigen Arbeitgeber beschäftigt und bei der Firma, an die du ausgeliehen bist?

Die Firma hat bundesweit etwa 4000 Beschäftigte, hier sind es vielleicht 50. Bei dem Betrieb, an den ich ausgeliehen bin, sind regelmäßig fünf bis zehn von uns beschäftigt. Die Tendenz ist, alle Leiharbeiter von einer Leihfirma zu bekommen, weil diese Firma das preiswerteste Angebot gemacht hat. Die bekommen den Zuschlag, wenn sie am billigsten sind. Leiharbeiter sind eine Konstante in der Planung der Entleihfirmen.

- Bekommen die Leiharbeiter den gleichen Lohn? Und wie ist es im Vergleich zu den dort Beschäftigten?

Das wird so geregelt, ob Du Facharbeiter bist oder ungelernt, und wieviele Jahre Arbeitserfahrung Du hast. Der Tarifvertrag seit 2004 hat das wichtigste - den Lohn - zum Nachteil der Arbeiter geregelt. Außerdem ergeben sich Differenzen bei den Löhnen durch die Tagespauschale (Verpflegungs- und Fahrtkosten), die in der Regel zwischen drei und acht Euro pro Arbeitstag liegt. Im Endeffekt kommt es aufs Verhandlungsgeschick des Einzelnen oder die Willkür des Chefs an.

An arbeitsfreien Tagen (Urlaub, Feiertag, Krankheit) fällt die Pauschale weg.

Es gibt jetzt neun Tarifstufen statt fünf, das ist eine Verschlechterung an sich. Dadurch existiert eine größere Differenzierung, natürlich immer nach unten. Wenn es vorher z. B. zehn Euro die Stunde gab, sind es jetzt gerade noch 8,90 Euro für die gleiche Arbeit. Für die gleiche Arbeitserfahrung, Qualifizierung usw. gab es vor den DGB-Tarifverträgen mehr Geld!

Im Vergleich zu den Festangestellten werden Leiharbeiter auf jeden Fall schlechter bezahlt, bei gleicher Arbeit bekommen die Festangestellten mindestens 200 Euro mehr pro Monat.

- Wie erlebst Du das ausgeliehen werden an verschiedene Betriebe?

Freitag ist der Termin für die kommende Woche. Nicht zu wissen, was kommt, heißt, mit Entlassung zu rechnen. Wenn klar ist, ich werde zu einem anderen Betrieb geschickt, ist zumindest klar, dass ich weiter einen Job habe.

Es ist immer blöd, wenn man irgendwo gearbeitet hat, sich mit den Kollegen gut verstanden hat und dann weggehen muss.

An Industriebetriebe ausgeliehen zu werden ist etwas besser. Pausen etc. sind geregelt, und Du hast auch die Zeit, sie zu machen. Auf Montage kannst Du dich oft nicht waschen, Pausen werden sehr spät gemacht, man hat meistens schwere körperliche Arbeit zu tun, es ist laut, Arbeitsschutz muss von jedem einzeln eingefordert und durchgesetzt werden. Das ist in Industriebetrieben etwas besser.

- Würden Du oder Deine Kollegen gerne bei einer Stelle bleiben?

Prinzipiell schon. Es liegt an der Arbeit an sich und dem Arbeitsklima. Die meisten wollen gerne bleiben, wenn sie mitbekommen, dass dort beides stimmt.

Seit 2004 hat sich der Wunsch nach Festanstellung verschärft. Die Bedingungen in der Leiharbeit haben sich halt seitdem drastisch verschlechtert.

- Wird diese Situation genutzt, um aus Euch mehr Leistung rauszuholen?

Ganz klar, man wird verarscht, bis zum Gehtnichtmehr. Du fängst irgendwo zu arbeiten an, bist zufrieden, der Entleihbetrieb auch. Du hast ein Gespräch mit jemandem, der was zu sagen hat, daraufhin ein Vorstellungsgespräch und bekommst eine mündliche Zusage für einen festen Vertrag ...

Du bemühst dich, erfüllst deine Stückzahlen und bekommst auf Nachfragen Ausreden zu hören. „Vielleicht in sechs Monaten" usw. Mit Versprechungen und Vertröstungen wird versucht, dein Leistungsniveau hoch zu halten.

Nach über einem Jahr an Versprechungen, Wochenendarbeit, Überstunden usw. bekamen einige von uns gesagt, dass sie morgen nicht wieder kommen brauchen. Sie werden durch neue Leiharbeiter ersetzt. Maximale Leistung rausquetschen und dann feuern, das ist der Umgang mit uns. In 1 1/2 Jahren wurde gerade mal einem von zehn bis 15 Leiharbeitern ein befristeter Vertrag für ein Jahr gegeben. Der wird aber nicht verlängert. Auf die Art wurden bei uns schon mehrere Leute verarscht.

- Müsst Ihr Akkord arbeiten und bekommt Ihr die entsprechenden Zulagen?

Ich arbeite seit einem Jahr Akkord und muss Stückzahlen abliefern, bezahlt wird aber nur nach Stunden. Das ist im ganzen Werk so üblich. Der Chef duldet z. B. auch keine Gewerkschaft oder einen Betriebsrat. Für die Festangestellten, die da meistens schon seit 15 Jahren arbeiten, ist das normal. Offiziell gibt es keinen Akkord, aber natürlich gibt es Vorgaben, wieviel wir pro Tag produzieren müssen. Wenn jemand aus Versehen zu viel produziert, wird der (nicht vorhandene) Akkord hochgesetzt, wenn man zu weit darunter liegt, wird man gefeuert.

Zulagen gibt es natürlich nicht. Es gibt ja offiziell keine Akkordarbeit, aber im Sommer, bei 30 Grad, gab der Chef schon ein bis zweimal eine Runde Eis aus. Ganz familiär.

- Du arbeitest in einem Betrieb mit Festangestellten zusammen, was stört Dich dabei am meisten?

Dass wir bei gleicher Arbeit schlechter bezahlt werden. Es ist doch nicht normal, dass wir Leiharbeiter für weniger Geld als die Festangestellten die gleiche Arbeit verrichten müssen.

- Wenn Euer Chef Euch längere Zeit nicht vermieten kann, was passiert dann?

Man muss Überstunden abfeiern, dann Urlaubstage, und wenn man immer noch nicht vermietet werden kann, hat man ein ernstes Problem. Es bedeutet, dass Du bald arbeitslos bist - gefeuert, und das geht innerhalb von zwei Wochen über die Bühne.

- Es gibt eine Menge an miesen Arbeitsbedingungen, sprecht Ihr untereinander über den Lohn oder über Möglichkeiten, Euch zu wehren?

Am Anfang nicht, meistens passiert das erst, nachdem man ein paar Wochen zusammen gearbeitet hat. Sich gemeinsam zu wehren, gestaltet sich etwas schwierig, aber es passiert manchmal, dass man sich gegenüber dem Entleihbetrieb wehrt, gerade wegen der Arbeitsbedingungen. Gegenüber der Leihfirma ist man aber in jeder Hinsicht auf sich allein gestellt.

- Leiharbeiter werden oft geholt, wenn wichtige Liefertermine eingehalten werden müssen. Gibt Euch das nicht eine gewisse Macht, Forderungen zu stellen und durchzusetzen?

Es gibt qualifizierte und unqualifizierte Arbeiter, aber für beide Gruppen gilt: Wenn jemand aufmuckt, wird er am nächsten Tag ersetzt. Die Arbeiten sind ja nicht so kompliziert, dass man Tage für die Einarbeitung braucht. Im Endeffekt läuft es immer darauf raus, dass man von einem auf den anderen Tag rausgeschmissen und ersetzt werden kann. Die Entleihbetriebe würden eher Produktionsrückstände akzeptieren, als sich von ein paar Leiharbeitern unter Druck setzen zu lassen.

- Wie ist Deine Erfahrung - sind Leiharbeiter gewerkschaftlich organisiert?

Ich kenne keinen. Es gab z. B. auch bei keiner Leiharbeitsfirma, bei der ich gearbeitet habe, einen Betriebsrat.

Fortsetzung auf Seite 5

Sklavenhändler suchen Sklaventreiber

Im Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der FH Düsseldorf fand am 30.06.2005 eine Praxisbörse statt. Eingeladen waren 100 Arbeitgeber aus dem sozialen Bereich sowie die Studierenden des Fachbereichs. Vertreter der Arbeitgeber waren unter anderem Diakonie, AWO und weitere, die gleichzeitig Beschäftigungsträger für Ein-Euro-JobberInnen sind. In Düsseldorf gibt es bereits eine Ausschreibung der ZWD, in der SozialpädagogInnen zur Betreuung der Ein-Euro-JobberInnen gesucht werden. In Anlehnung an die Aktion einer Genossin der Kölner Kampagne Agenturschluss vom 20.05.2005 wurden deshalb an die Studierenden Informationsblätter verteilt, in denen unter anderem dazu aufgerufen wurde, sich mit den Ein-Euro-JobberInnen zu solidarisieren.Sie wurden aufgefordert, sich mit der Situation von Hartz IV-BezieherInnen auseinanderzusetzen und die „Mehraufwandsentschädigung" als Ausbeutung und nicht als Hilfsmaßnahme anzuerkennen. Die Studierenden sollten sich nicht zu Sklaventreibern degradieren lassen.



Neuer Reisepass

Fingerabdruck bald inklusive!

Am 1. November 2005 ist es soweit, der digitale Reisepass kommt.

Er enthält einen RFID-Chip, auf dem neben den üblichen Passdaten auch biometrische Merkmale gespeichert werden. Zunächst handelt es sich hierbei um ein digitales Photo, ab März 2007 werden den neuen Pässen zusätzlich zwei digitale Fingerabdrücke verpasst. Bis zu diesem Zeitpunkt will Otto Schily auch die Personalausweise mit erweiterten biometrischen Funktionen ausstatten.

Ziel dieser Maßnahme ist es, vor allem durch Integration der Fingerabdrücke die Besitzer des künftigen Passes stärker an die Pappe zu binden und sie somit fälschungssicher zu machen. Der Chaos Computer Club übte an dieser Argumentation bereits mehrfach Kritik. Die CCC-Arbeitsgruppe Biometrie bewies, wie einfach sich Fingerabdrücke zur Überlistung biometrischer Erkennungsgeräte fälschen lassen. Im wesentlichen genüge es, sich einen fremden Fingerabdruck von einem Gegenstand zu verschaffen.

Grundlage für die Biometriepässe ist das Terrorismusbekämpfungsgesetz sowie eine im Dezember 2004 vom europäischen Rat verabschiedete Verordnung über Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in Pässen.

Strebsam leistet Deutschland ihr als eines der ersten Länder Folge.

Während Herr Schily dies als einen Beitrag zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und des internationalen Terrorismus begreift, raufen Datenschützer sich die Haare.

Selbst der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar, appellierte inzwischen an das Bundesinnenministerium, sich mit der Ausarbeitung eines technischen Sicherheits- und Datenschutzkonzeptes wenigstens die Zeit zu lassen, die die Vorgaben der EU-Verordnung vorsehen. Demnach könnte mit der Einführung der neuen Pässe immerhin bis März 2006 gewartet werden.



Zwar soll das Auslesen des Passchips von Unbefugten durch ein Verschlüsselungsverfahren verhindert werden, die langfristige Sicherheit eines solchen Verfahrens wird jedoch bezweifelt. Verständlich angesichts der rasanten Entwicklung in diesem Technologiezweig, die eine Einschätzung für die nächsten zehn Jahre fast unmöglich macht. Genau so lange müsste ein Sicherheitskonzept auf Grund der zehnjährigen Gültigkeit der neuen Pässe jedoch greifen.

Wer zumindest für diesen Zeitraum auf der wirklich sicheren Seite sein und zusätzlich noch ein wenig Geld sparen möchte, besorgt sich vor dem 1. November besser noch einen neuen alten Ausweis.

Der kostet dann 26 statt künftig 59 Euro und ist mit Sicherheit mangels Funkchip weder durch staatliche Behörden noch durch Werbestrategen oder andere dunkle Mächte unbemerkt auslesbar.

KS, FFM

Schöne neue Arbeitswelt

Zeitarbeit - Leiharbeit - Arbeitnehmerüberlassung

Zeit- und Leiharbeit sind spezielle Arbeitsverhältnisse, die im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) geregelt sind. Zeitarbeitsunternehmen verleihen Arbeitskräfte für vereinbarte Zeiträume an andere Unternehmen. Die Zeitarbeitsunternehmen haben dabei sämtliche Arbeitgeberpflichten zu gewähren. Sie zahlen Urlaub, Sozialversicherungsbeiträge sowie Lohnsteuer. Darüber hinaus sind sie an sämtliche bestehenden Arbeits- und Sozialgesetze gebunden.

Die Zeitarbeitsunternehmen schließen Verträge mit den Entleihern über die Arbeitsleistungen der Zeitarbeitnehmer.

Seit dem 1. Januar 2004 gilt nach den neuen AÜG-Regelungen in der Zeitarbeitsbranche das Prinzip des „equal treatment" bzw. „equal pay". Grundsätzlich müssen den entliehenen Arbeitskräften gemäß § 9 Nr. 2 AÜG die gleichen Arbeitsbedingungen und die gleiche Bezahlung geboten werden wie den vergleichbaren Arbeitskräften in den Entleih-Unternehmen.

Eine Ausnahme hiervon sieht § 3 Abs. 1 Nr. 3 und § 9 Nr. 2 AÜG vor: Wenn das Leiharbeitsverhältnis von einem Tarifvertrag erfasst wird, der die wesentlichen Arbeitsbedingungen regelt, kann vom Gleichstellungsgrundsatz abgewichen werden, d. h. Zeitarbeitsunternehmen müssen „equal treatment" in diesen Fällen nicht anwenden. Seit Anfang 2003 wurden daher auf Grund dieser speziellen Tariföffnungsklausel im AÜG erstmals mehrere Tarifverträge in der Zeitarbeitsbranche abgeschlossen.

Mit diesen dürren Worten ist ein Teil des Elends der Menschen schnell beschrieben, die an Zeitarbeitsfirmen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um als Leiharbeiter/-innen in der Industrie- oder Dienstleistungsbranche eingesetzt zu werden. Tatsächlich wird das tarifliche Lohndumping zur Regel.

So jubelte der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) dann auch in einer Pressemitteilung vom 20.6.2003:

„Anders als noch zu Beginn des Jahres befürchtet, werden die dirigistischen und kostentreibenden Eingriffe in die Zeitarbeit durch die Anwendung von Equal Treatment, wie es das neue Gesetz ab 1.1.2004 vorsieht, weitgehend ausgehebelt. Wer den Tarifvertrag anwendet, kann sich dem Equal Treatment - gleiche Behandlung und Bezahlung von Zeitarbeitnehmern mit den Stammmitarbeitern - entziehen."

Wie konnte es überhaupt geschehen, dass die bisher den Tarifverträgen unzugänglichen Zeitarbeitgeber sich plötzlich doch auf Tarifverträge einließen, bzw. der Gesetzgeber



solch eine Möglichkeit überhaupt in Gesetze goss?

Im „Blickpunkt" 9/2003, der Zeitschrift für den Personalprofi, wurde dazu nüchtern festgestellt:

„Das Gesetz ist ein Vorgriff auf die in Aussicht gestellten Vorgaben einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates über die Arbeitsbedingungen von Leiharbeitnehmern vom 28. November 2002."

Dies hat die SPD-Regierung auf ihre eigene Art und Weise in die Hand genommen. Zuerst wird „gleiches Geld für gleiche Arbeit" im Gesetzestext zugesichert, um es direkt wieder durch eine Öffnungsklausel, ein paar Worte später, quasi rückgängig zu machen.

Traditionell sind die Gewerkschaften in der Zeitarbeitsbranche schlecht aufgestellt. Ob man nun den Genossen in den DGB-Gewerkschaften einen Bärendienst erweisen wollte, lässt sich hier nicht mehr rekonstruieren, jedoch vermuten. Denn jetzt kamen die Arbeitgeber auf die Gewerkschaften zu, um mit diesen Tarifverträge abzuschließen. Nur hatte die SPD/DGB-Mannschaft völlig die Christlichen Gewerkschaften vergessen, die nun sehr schnell bereit waren, es noch billiger zu machen. Damit war eine Tarifrunde eröffnet, bei der die Beschäftigten der Zeitarbeitsfirmen nur verlieren konnten. Im Wesentlichen setzten sich die DGB-Gewerkschaften gegen die „Christlichen" durch, allerdings weit unterhalb der üblichen Tarife. Verbunden war dies immerhin mit einer innergewerkschaftlichen Zerreißprobe darüber, ob es unter den gegebenen Umständen überhaupt richtig war, solche Verträge abzuschließen.

Mit der Bezahlung ist jedoch nur das halbe Elend beschrieben. Hinzu kommen auch noch die veränderten Umstände, unter denen Zeitarbeit möglich ist. Mit dem 1972 verabschiedeten AÜG waren der Leiharbeit noch enge Grenzen gesetzt. So war es Zeitarbeitsfirmen z. B. verboten, Arbeitnehmer wiederholt befristet einzustellen, die Dauer der Beschäftigung auf die Einsatzzeit beim Entleiher zu beschränken und bei diesem länger als zwölf (bis 2002), später länger als 24 Monate zu beschäftigen. Gerade das letzte Beispiel macht deutlich, wie das Gesetz sukzessive zugunsten der Arbeitgeber geändert wurde. Seit Januar 2004 dürfen Leiharbeitnehmer auch zehn oder 20 Jahre im Entleihbetrieb verbleiben. Auch können die Zeitarbeitsfirmen ihre Sklaven nach Belieben befristet beschäftigen.

Die Auswirkungen, die das neue Gesetz haben wird, sind noch gar nicht absehbar. Schrumpfende Kernbelegschaften sind nur eine Variante. Es ist auch denkbar, dass sich ein Unternehmer nur noch eine Betriebsstätte - sei es Industrie oder Dienstleistung - mit den entsprechenden Gerätschaften leiht bzw. pachtet. Für eine Saison oder solange die Dienstleistung abgefordert wird, leiht er sich eben auch die entsprechende Belegschaft dazu. Will er dann im Ausland produzieren lassen oder kurzfristig wegen Auftragsmangel ganz dicht machen, hat er weder „Ärger" mit den Gebäuden, den Maschinen und vor allem auch nicht mit den Leuten. Dies bleibt dann dem Zeitarbeitgeber überlassen.

Anmerkung: „Ein-Euro-Jobber" fallen im übrigen nicht unter diese Regelungen, da diese Jobs laut Sozialgesetzbuch II zusätzlich zum regulären Arbeitsmarkt geschaffen werden und somit nach § 16 Absatz 3 keine Arbeitsverhältnisse im Sinne des Arbeitsrechtes begründen. Dass die Wirklichkeit oft anders aussieht, wissen wir allerdings auch.

Thersites

Mit Kampfgeist zum Zuschlag

Selbstbewusstes Auftreten verhindert Lohnkürzungen

Auch nach dem Ende des New-Economy-Wahns plagen sich viele von uns in kleinen Klitschen, in denen die Chefs angeblich gar keine Chefs sind, sondern dufte Kumpels, die eigentlich genau das gleiche wollen wie ihre Beschäftigten. Von arbeitsrechtlichen Standards aber wollen diese unsere Duzfreunde im Chefsessel oftmals noch nie etwas gehört haben.

In einer solchen Klitsche, einem privaten Berliner Theater, fiel dem Geschäftsführer (für die Beschäftigten nur „Volker") unvermittelt ein, dass die den Beschäftigten des Kassenteams bislang gezahlten Zuschläge für Sonntags- und Spätarbeit „aus Versehen" geleistet worden seien und nun nicht länger gezahlt würden. Bei den KollegInnen des Kassenteams zeigte sich daraufhin zunächst Resignation. In völliger Unkenntnis ihrer Rechte erschien es den meisten unmöglich, diese Chefentscheidung abzuwenden.

Um diese Verschlechterung nicht einfach hinzunehmen und um auch im Bereich prekärer und studentischer Beschäftigung Gegenmacht zu entwickeln, lud ein in der FAU Berlin organisiertes Mitglied des Kassenteams die KollegInnen ins Gewerkschaftslokal ein. Der anfänglichen Skepsis bezüglich der Erfolgsaussichten von Gegenwehr konnte einerseits mit Verweis auf die Rechtslage (regelmäßig geleistete Zahlungen begründen Ansprüche) begegnet werden. Andererseits wirkten auch die gemeinsame Diskussion, der räumliche Rahmen und nicht zuletzt die anwesenden GenossInnen der FAU stimulierend auf den Kampfgeist der Kassenbeschäftigten.

Am Ende des Treffens stand zum einen die Bildung einer Betriebsgruppe, zum anderen die kompromisslose Zurückweisung des Wegfalls der Zuschläge. Für den Fall, dass sich diesbezüglich mit der Geschäftsführung kein Einvernehmen erzielen ließe, wurden weitergehende Aktionen bis hin zum Streik diskutiert - was die anwesenden FAUistas ob der unerwarteten Konfrontationsbereitschaft der zunächst scheinbar so zahmen Kassenleute in Erstaunen versetzte.

Bei einem Kassenmeeting am folgenden Tag wurde die Kassenleiterin mit der Ablehnung der Verschlechterungen konfrontiert und aufgefordert, dies dem Chef mitzuteilen. Nur wenige Tage später ließ dieser erklären, dass die Zuschläge ohne Einschränkung auch weiterhin gezahlt werden.

Fazit: Arbeiterkämpfe - egal wie scheinbar unbedeutend - sind auch im Falle prekärer, geringfügiger und studentischer Beschäftigung wichtig. Gerade Studierende sind sich bezüglich ihrer Rechte häufig völlig im Unklaren - so war im Kassenteam zum Beispiel niemandem bewusst, dass auch studentische Beschäftigte im Krankheitsfall weiter Anrecht auf Lohn haben. Zudem hängen viele der irrigen Annahme an, dass sich die Mühe, für die Verbesserung der eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen, bei „kleinen" Jobs nicht lohne, da man diese ja ohnehin bald wieder aufgebe. Diese Einschätzung verkennt, dass immer mehr Menschen sich dauerhaft mit kleinen Scheißjobs fernab der so genannten „Normalarbeitsverhältnisse" über Wasser halten müssen. Und schließlich sind die „kleinen" Kämpfe auch deshalb wichtig, weil sie Mut machen, uns unsere Stärke spüren lassen und eine Übung für die kommenden „großen" Konflikte darstellen. In diesem Sinne war die Kampfbereitschaft von bislang Unorganisierten eine positive Überraschung.

Alexander Panagoulis, FAU Berlin

Fortsetzung „Leiharbeit ..." von Seite 4

- Wie erlebst du die Auswirkungen der DGB-Leiharbeitstarifverträge mit IGZ[2] und BZA?

Das bedeutet eine massive Verschlechterung bei unseren Löhnen. Ganz klar.

- Welche Möglichkeiten siehst Du, wie wir Leiharbeiter in der FAU organisieren können?

Das ist sehr schwierig, aber eines ist sicher: Von nichts kommt nichts. Man muss kämpfen, am besten wäre es, wenn sich mindestens drei Leute zusammenfinden und das ganze durchziehen. (...) Das heißt, die direkte Konfrontation mit dem Chef der Leihfirma, wegen jedes Anlasses und um jeden Preis. Anders geht es nicht. Die Leihfirma wird alles versuchen, um das zu vermeiden, mit allen Mitteln.

Kersten (FAU Frankfurt)

[1] BZA - Bundesverband Zeitarbeit
[2] IGZ - Interessengemeinschaft Zeitarbeit

§§§-Dschungel

Leiharbeit - Zeitarbeit - Arbeitnehmerüberlassung - Sklavenarbeit

Einige der wichtigsten Regelungen im neuen Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) sind für rechtlich nicht so versierte Menschen nicht so leicht zu finden. Wer vermutet schon unter dem Stichwort „Unwirksamkeit" Regelungen wie Arbeitslohn, Tarifvertrag etc. Anbei der Original-Text mit entsprechenden Kommentaren.

Unwirksam sind:

1. Verträge zwischen Verleihern und Entleihern sowie zwischen Verleihern und Leiharbeitnehmern, wenn der Verleiher nicht die nach § 1 erforderliche Erlaubnis hat. Dort heißt es:
„(1) Arbeitgeber, die als Verleiher Dritten (Entleihern) Arbeitnehmer (Leiharbeitnehmer) gewerbsmäßig zur Arbeitsleistung überlassen wollen, bedürfen der Erlaubnis."

Kommentar:
Es kann erst mal egal sein, ob Euer Sklavenhändler eine Genehmigung vorweisen kann oder nicht. Interessant wird es erst, wenn er Euch vermittelt hat. Seid Ihr erst mal in einem Betrieb, und könnt Ihr dann nachweisen, dass eine solche Genehmigung fehlt, seid Ihr nämlich dort, wo Ihr gerade arbeitet, eingestellt. Dies ist im anschließenden Paragrafen geregelt.

AÜG § 10 Rechtsfolge bei Unwirksamkeit (Auszug):
„(1) Ist der Vertrag zwischen einem Verleiher und einem Leiharbeitnehmer nach § 9 Nr. 1 unwirksam, so gilt ein Arbeitsverhältnis zwischen Entleiher und Leiharbeitnehmer zu dem zwischen dem Entleiher und dem Verleiher für den Beginn der Tätigkeit vorgesehenen Zeitpunkt als zustande gekommen; tritt die Unwirksamkeit erst nach Aufnahme der Tätigkeit beim Entleiher ein, so gilt das Arbeitsverhältnis zwischen Entleiher und Leiharbeitnehmer mit dem Eintritt der Unwirksamkeit als zustande gekommen ... Der Leiharbeitnehmer hat gegen den Entleiher mindestens Anspruch auf das mit dem Verleiher vereinbarte Arbeitsentgelt."

2. Vereinbarungen, die für den Leiharbeitnehmer für die Zeit der Überlassung an einen Entleiher schlechtere als die im Betrieb des Entleihers für einen vergleichbaren Arbeitnehmer des Entleihers geltenden wesentlichen Arbeitsbedingungen einschließlich des Arbeitsentgelts vorsehen, ...

Kommentar:
Das ist die Stelle, an der das so genannte „equal treatment" geregelt ist. „Equal pay" würde hier zu kurz greifen, da auch andere „wesentliche" Arbeitsbedingungen (wie zum Beispiel die Arbeitszeit) gleich sein müssen.
Soweit so gut, aber jetzt kommt es:
... es sei denn, der Verleiher gewährt dem zuvor arbeitslosen Leiharbeitnehmer für die Überlassung an einen Entleiher für die Dauer von insgesamt höchstens sechs Wochen mindestens ein Nettoarbeitsentgelt in Höhe des Betrages, den der Leiharbeitnehmer zuletzt als Arbeitslosengeld erhalten hat; letzteres gilt nicht, wenn mit demselben Verleiher bereits ein Leiharbeitsverhältnis bestanden hat; ...

Kommentar:
Wart Ihr arbeitslos, bevor Ihr euch an den Sklavenhändler verkauft habt, gilt für Euch „equal pay" nicht. Aber das ist noch nicht alles:
... ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen; im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrages können nicht tarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Anwendung der tariflichen Regelungen vereinbaren, ...

Kommentar:
Hier liegt der Knackpunkt der ganzen Geschichte. Viele waren ja bisher der Meinung, dass in Tarifverträgen lediglich Verbesserungen niedergeschrieben werden. Hier müssen wir nun lernen, dass es durchaus auch Verschlechterungen sein können. Sowohl der DGB als auch so genannte Christliche Gewerkschaften haben Tarifverträge abgeschlossen, die schlechter sind als die üblichen Tarife und schlechter als die übliche „freiwillige" Bezahlung in den Betrieben. Und selbst wenn Ihr nicht in einer der oben genannten Gewerkschaften seid, sondern in der FAU, bekommt Ihr die Tarife per Arbeitsvertrag auf die Nase gedrückt. So sieht es jedenfalls das Gesetz vor.

3. Vereinbarungen, die dem Entleiher untersagen, den Leiharbeitnehmer zu einem Zeitpunkt einzustellen, in dem dessen Arbeitsverhältnis zum Verleiher nicht mehr besteht; dies schließt die Vereinbarung einer angemessenen Vergütung zwischen Verleiher und Entleiher für die nach vorangegangenem Verleih oder mittels vorangegangenem Verleih erfolgte Vermittlung nicht aus.

4. Vereinbarungen, die dem Leiharbeitnehmer untersagen, mit dem Entleiher zu einem Zeitpunkt, in dem das Arbeitsverhältnis zwischen Verleiher und Leiharbeitnehmer nicht mehr besteht, ein Arbeitsverhältnis einzugehen.

Kommentar:
Die letzten Regelungen sind für uns nur insoweit relevant, wenn uns der Betrieb, in dem wir als Leiharbeitnehmer beschäftigt waren, übernehmen will. Dies wird gesetzlich nicht verhindert. Na prima!

Hinzu kommt noch, dass auch sämtliche Regelungen aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) ihre volle Wirkung auch bei Leiharbeitnehmern entfalten.
- Befristung ohne Sachgrund bis zu 24 Monate
- Befristung mit Sachgrund ohne genaue zeitliche Begrenzung
- Befristung ohne Sachgrund ohne zeitliche Begrenzung ab dem 52. Lebensjahr (noch bis Ende 2006, danach ab dem 58. Lebensjahr) und
- wenn das Unternehmen noch keine vier Jahre besteht (Neugründung)

Somit eine wirklich schöne neue Arbeitswelt - oder etwa nicht?

Thersites

Der Verbraucher und das schwarze Schaf

Über den Zusammenhang von Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Ein-Euro-Jobs

Zwangsarbeit, Lohndumping, Ausbeutung … die Faktenlage im Bezug auf Ein-Euro-Jobs hat sich seit ihrer Einführung zu Beginn des Jahres nicht geändert.

Die vor allem von der FAU forcierten Ansätze zur gewerkschaftlichen Selbstorganisation des direkt betroffenen Personenkreises sind nach wie vor richtig, verlaufen allerdings schleppend. Die Gründe hierfür sind vielschichtig.

Tatsache ist, daß sich viele der derzeit in Ein-Euro-Jobs Verdingten freiwillig um eine solche Arbeit beworben haben.

Finanzielle Besserstellung - sei sie auch noch so gering - im Vergleich zur vorherigen Situation oder simpel ein Weg raus aus der Isolation, in der sich viele Arbeitslose befinden, sind Erklärungen, die wir in Gesprächen mit Ein-Euro-Jobberinnen gehört haben. Ändern könnte sich die Situation durch die neuen Integrationsjobs, bei denen Ein-Euro-Jobber in gewöhnlichen Betrieben eingesetzt und mit Kolleginnen konfrontiert sein werden, die für die gleiche oder ähnliche Arbeit ein Vielfaches verdienen. Vielleicht kann hier durch die direkte Konfrontation mit Kollegen in Normalarbeitsverhältnissen ein Bewusstsein für gewerkschaftliche Selbstorganisation wachsen. Schauplatz einer solchen Konfrontation werden zunächst verstärkt im Pflegebereich tätige Betriebe (s. DA 170) à la Caritas, AWO und Diakonie sein.

Eine Tatsache, die auch Verbrauchern neue Handlungsspielräume eröffnet.

Längst haben Ein-Euro-Jobs unseren Alltag erobert. Die auf labournet.de veröffentlichte Sammlung von schwarzen Schafen, die Ein-Euro-Jobber einsetzen, legt ein erstes Zeugnis hierüber ab. Ob im Sportverein, als Patientin oder als Kunde eines Bildungsunternehmens - immer häufiger treffen Menschen, die zur Zeit nicht direkt von Hartz IV betroffen sind, auf eine Realität, in der Ein-Euro-Jobberinnen dazu benutzt werden, Vereinsapparate, Bildungsangebote, Kulturbetriebe oder sogar Pflegedienste aufrecht zu erhalten. VerbraucherInnen, die weder Lust haben, staatlich verordnete Zwangsarbeit und Lohndumping durch ihr Konsumverhalten zu unterstützen, noch bereit sind, für durch unqualifiziertes Personal erbrachte Dienstleistungen zu zahlen, haben hier die Möglichkeit, ihre Haltung zum Thema Ein-Euro-Jobs zum Ausdruck zu bringen. Sie können Stellungnahmen von den jeweiligen Vereinen, Verbänden, Betrieben usw. fordern oder das Thema in der nächsten Mitgliederversammlung, z. B. des jeweiligen Sportvereins, einbringen und eine Auseinandersetzung damit, in dem Fall als Betroffene, fordern. Sollte dies nicht dazu führen, daß Abstand vom Einsatz der Ein-Euro-Jobber genommen wird, steht es Verbraucherinnen immer noch frei, den Dienstleister oder Verein zu wechseln. Daß eine solche Auseinandersetzung durchaus die Haltung bei den Verantwortlichen ändern kann, zeigt z. B. die innerhalb des ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) geführte Diskussion zum Thema. Geld und eine Erweiterung seines Angebotes erhoffte sich wohl der Vorstand, als er den Einsatz von Ein-Euro-Jobbern in Erwägung zog. Nachdem sowohl Mitglieder als auch Beschäftigte ihren Unmut darüber zum Ausdruck brachten, nahm der Vorstand Abstand von seinem Vorhaben und veröffentlichte in einer Mitgliederzeitung sogar eine Stellungnahme darüber, warum der ADFC künftig auf den Einsatz der Billiglöhner verzichten wolle.



Ein weiteres Feld für den Verbraucher ist das eigene Spendenverhalten und das der Verwandten und Bekannten. Umweltschutzverbände, kirchennahe Vereine, Erste-Hilfe-Verbände usw. sollten damit rechnen, daß der für sie durchaus lukrative Einsatz von Ein-Euro-Jobbern nur noch halb so lukrativ ist, wenn sich in der Folge das Spendenaufkommen massiv verringert.

Carolin Stienderunger

Ein-Euro-Jobs: Übertarifliche Bezahlung bei weniger Wochenstunden!

„Wie kann eine Arbeiterin nur mit einem Hartz IV-Job zufrieden sein oder diesen zumindest ohne zu Murren ausführen?" Das fragt sich so manche Medienkonsumentin, die noch in „regulärer" Bezahlung steckt. Die Antwort darauf ist ganz einfach: Viele tarifliche Löhne, zwischen DGB und Arbeitgebern ausgehandelt, liegen bereits unter ALG II-Niveau.

Die Bruttostundensätze bewegen sich in den niedrigsten Lohnklassen östlicher Bundesländer, u.a. für ungelernte Gartenbauarbeiter, ausgebildete Friseurinnen, Wach- und Servicepersonal in der Sicherheitsbranche um die vier Euro. Selbst wenn Überstunden bezahlt werden, bleibt damit manchem Proletarier nach 180 Arbeitsstunden am Monatsende kaum genug, um die Miete zu bezahlen.

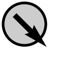
Bei den Ein-Euro-Spaziergängen zur Erkundung der Arbeitsbedingungen von zwangsverpflichteten Langzeitarbeitslosen trafen wir zum Beispiel auf Michael. Er ist 43 und Lagerarbeiter.

Nach Jahren in der Warteschlange nahm er im März dieses Jahres dankbar einen Ein-Euro-Job bei einer Firma der Caritas für Computerrecycling an. Bei 30 Stunden Wochenarbeitszeit in Frankfurt am Main bleiben ihm nun fast 150 Euro mehr übrig, als er netto bei einer Vollzeitstelle verdienen könnte, denn im gelernten Beruf heuern nur noch Zeitarbeitsunternehmen.

Dazu kommt ein Nahverkehrsticket („Frankfurt-Pass"), welches ihm das lästige Schwarzfahren erspart. Gegen Hartz IV kann er nichts Negatives sagen, denn nun lebt er besser als über Jahre zuvor. Mancher „working poor" mit zwei 400-Euro-Jobs oder einem 800-Euro-Vertrag dürfte neidisch werden.

Igor

Zahlen, bitte!



Trend

Seit 1972 hat die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Deutschland um **zwölf Prozent** abgenommen. Sie sank damit von **91%** auf **79%**.
Bei den Europawahlen 1999 lag die Wahlbeteiligung sogar nur bei **45,2%**.



Ungültig

Abgesehen von den insgesamt **zwölf Millionen** Nichtwählern gaben bei der Bundestagswahl 2002 über **900.000** Wähler eine ungültige Erst- oder Zweitstimme ab.



Alte

Die höchste Wahlbeteiligung fand sich 2002 unter den Wahlberechtigten im Alter zwischen 60 bis 69. In dieser Altersgruppe machten **86,4%** ihr Kreuz. Unter den 25- bis 30jährigen beteiligten sich nur **68,1%**.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 3/2003 http://www.bundeswahlleiter.de

„Das ist Syndikalismus"

Buchbesprechung

Neuerscheinung bei Edition AV: „Das ist Syndikalismus. Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus", mit Beiträgen von Franz Barwich, Franz Gampe, Fritz Kater, Augustin Souchy u.a. Herausgegeben von der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Bremen (FAU)
Hierbei handelt es sich um den Neudruck einer in den zwanziger Jahren von der FAUD herausgegebenen Broschüre mit dem Titel „Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus".
Bestellt werden kann das Buch bei FAU-MAT (fau-mat@gmx.de) oder über ISBN 3-936049-38-6, 150 Seiten, Preis 11,00 Euro.

Aus der Einleitung: „Der Politiker braucht den Arbeiter - der Arbeiter braucht aber den Politiker nicht. Davon geht das hier vorliegende Programm aus.

Die Gesellschaft ist hiernach in der Lage, sich komplett selber zu organisieren in freien Produzenten- und Konsumentenvereinigungen. Die Grundlage hierfür stellt das Funktionieren der Wirtschaft dar, von der Urerzeugung über die Weiterverarbeitung bis hin zur Verteilung.

Die Syndikalisten, die Arbeiter, die während der 20- und 30-er Jahre in der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) organisiert waren, hätten kein Programm, so hieß es immer wieder, nicht nur von Gegnern dieser Idee. Reden könne man viel, aber wie soll denn nun konkret die Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft vor sich gehen? Kann der Staat, mit dem wir alle wie selbstverständlich aufgewachsen sind, und der ja angeblich so viel für uns getan hat, wirklich ersetzt werden und von wem? (…)

Gibt uns Rudolf Rocker mit der „Prinzipienerklärung des Syndikalismus" schon einen groben Überblick darüber, wie diese anspruchsvolle Aufgabe bewerkstelligt werden kann, so geht dieses Programm deutlich darüber hinaus, indem es die Sektoren der Produktion und Konsumption einer näheren Betrachtung unterzieht. (…)

Dieses Programm stellt den einzig ernstzunehmenden Handlungsansatz überhaupt dar im Vergleich zur kapitalistischen Wirtschaftsweise und Gesellschaft und zu den kommunistischen Diktaturen. Hier liegt der Keim für den Aufbau einer freien Gesellschaft. (…)

Sollte dieses Programm den aktuellen Anforderungen gemäß von heutigen praktisch tätigen und ausgereiften Syndikatsstrukturen wie Ortsgruppen gründlich überarbeitet werden können, würde es zweifelsohne das sein, was es damals schon war:

Eine reale Alternative zu Kapitalismus und Staatssozialismus."

Augustin Souchy schreibt im Vorwort:

„Ein Plan zur Organisierung der Arbeiterbörse ist also gleichzeitig ein Plan für die Durchführung der sozialen Revolution. Es kommt daher der Idee dieser kleinen Schrift eine tiefgehende Bedeutung zu. Neben Ratschlägen für den Gegenwartskampf soll sie den Versuch bilden, einen Anfang zu machen mit den Plänen für den Neuaufbau der Gesellschaft im Sinne des freiheitlichen Sozialismus. Es ist der erste Versuch dieser Art, der in Deutschland unternommen wurde. Die syndikalistische Bewegung hat sich berufen gefühlt, dieses Neuland bei uns zu beackern. Die Berliner Arbeiterbörse hat sich ernstlich damit beschäftigt, und vorliegende Studien sind eine Fortsetzung davon. Es wäre zu wünschen, daß diese Anfänge nicht allein stehen. Mögen die Genossen im ganzen Lande, mögen einsichtige Männer und Frauen aus dem gesamten sozialistischen Lager zu den hier behandelten Gedanken Stellung nehmen. Dann werden wir sicher dem Sozialismus viel näher rücken, als wenn sämtliche Parlamente der Welt voll von Sozialisten und Kommunisten, sowie von Vertretern der Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften wären."

H. (FAU Bremen)

Der Knast ist ein soziales Kampfterrain!

Interview mit Carsten und Marco, die derzeit in der JVA Halle in Beugehaft sitzen

Im Revisionsverfahren gegen Daniel (siehe DA 169 und 170), das bei Erscheinen der vorliegenden Ausgabe eigentlich lange beendet sein sollte, zeichnet sich eine massive Verschleppungstaktik ab. Nachdem Carsten und Marco wegen Aussageverweigerung im April bzw. Juni in Beugehaft genommen wurden, scheint der zuständige Richter Braun nun gewillt zu sein, die maximal mögliche Zeitdauer für Beugehaft von sechs Monaten voll auszuschöpfen. Der ursprünglich bis Anfang Juni datierte Prozess soll mittlerweile bis in den November hinein gehen. Verhandlungstage von wenigen Minuten sind keine Seltenheit, monatlich wird jeweils nur ein Prozesstag angesetzt.

Die FAU führte mit Carsten und Marco ein Interview über ihre derzeitige Situation.

- Warum habt Ihr Euch - zusammen mit anderen - entschieden, keine Aussagen im aktuellen Revisionsverfahren gegen Daniel zu machen?

Die Entscheidungen, in diesem Verfahren keine Aussagen machen zu wollen, setzten sich aus persönlichen und politischen Überlegungen zusammen. Wir hatten vorher viel darüber gesprochen und versucht, mit unserer Aussageverweigerungserklärung all dem Rechnung zu tragen. Die Erklärung war von uns auch ein Versuch, dem Verfahren offensiv und kollektiv entgegenzutreten. Das hat auch teilweise recht gut funktioniert, so dass sich jetzt an Stelle von elf ZeugInnen, die ihre Aussage verweigerten, „nur" zwei in Beugehaft befinden.

- Habt hr damit gerechnet, dass Richter Braun scheinbar wirklich vor hat, die maximal mögliche Haftdauer von einem halben Jahr auszuschöpfen?

Gerechnet hatten wir auf keinen Fall damit, aber wir hatten die Möglichkeit mit einkalkuliert. Die Gesetzeslage ermöglicht nun einmal sechs Monate. Anfangs war der Prozess ja auch nur bis Ende Juni terminiert. Dann hieß es: Anfang August, und nun hat es das Gericht geschafft, durch Schiebetermine, d.h. immer zwei bis drei Wochen Pause zwischen den einzelnen Prozessterminen, den Prozess bis zum 1. November rauszuzögern. Dabei finden innerhalb von drei Monaten gerade mal vier Termine statt. Was uns das Gericht signalisieren will, ist klar und mittlerweile gehen wir davon aus, die sechs Monate komplett absitzen zu müssen.

- Gibt es rechtliche Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren?

Wir schreiben momentan ein Stück weit Rechtsgeschichte, z. B. dient der § 129a immer noch als Klammer für die vier Brandanschläge, ohne dass nach § 129 a verurteilt und die angebliche terroristische Vereinigung näher charakterisiert wird. Zudem dürfte die



massive Prozessverschleppung und auch die Beugehaft juristisch mehr als fragwürdig sein. Wir haben gegen die Beugehaft Beschwerde beim BGH eingelegt, welche aber mit einer fadenscheinigen Begründung abgelehnt wurde. Mensch hatte den Eindruck, dass sich der Senat am BGH nicht im geringsten mit den Argumentationen unserer Anwälte auseinandergesetzt hat.

- Denkt Ihr, dass es einen Trend zur Verschärfung der Repression gibt?

Dass es eine Verschärfung der Repression gibt, kann mensch gerade im Knast feststellen. Die Knäste sind fast ausnahmslos gefüllt mit Angehörigen der untersten sozialen Schichten. Viele von ihnen können sich keinen anständigen Anwalt leisten, haben keinen festen Wohnsitz usw. Du triffst Gefangene, die wegen Schwarzfahren oder dem Diebstahl von ´nem Glas Würstchen und einem Toastbrot einsitzen. Objektiv sitzen sie wegen ihrer sozialen Herkunft. Dies gilt umso mehr für Migranten, ihr Gefangenenanteil resultiert direkt aus einer rassistischen Sozialpolitik gegenüber Flüchtlingen. Sie sind das unterste soziale Klassensegment und haben oft keine andere Wahl, als Geld im informellen Sektor zu erarbeiten. Dazu kommt, dass viele von ihnen „illegal" hier sind und zusätzlich von der rassistischen bundesdeutschen Abschiebemaschinerie bedroht sind.

Aber auch gegen die Linke nimmt die Repression zu. So wird gerade in Potsdam ein Prozess unter der abenteuerlichen Konstruktion eines „versuchten Mordes" gegen dortige AntifaschistInnen vorbereitet. Auch die hohen Urteile rund um die 1. Mai-Prozesse und das § 129-Verfahren gegen den Widerstand in Hamburg zeigen, dass ein rauherer Wind weht.

Vergessen darf mensch aber auch nicht, dass das Repressionsniveau gegen die migrantische Linke schon länger sehr hoch ist. Zum Beispiel türkische und kurdische Linke sind hier einer permanenten Verfolgung ausgesetzt und bilden die Mehrheit der politischen Gefangenen in Deutschland.

- Wie ist Euer Verhältnis zu den anderen Häftlingen?

Wir liegen ja auf der Transportstation, daher ist hier ein ständiges Kommen und Gehen. Dadurch fällt es oft schwer, Kontakte zu knüpfen. Da wo es aber geht, läuft es auch, und meistens sind es die Migranten, mit denen wir dann mehr zu tun haben.

- Seit Eurer Inhaftierung hat es einige Soliaktionen gegeben. Wie schätzt Ihr die bisherige Unterstützung ein?

Über das Verfahren wurde ja zumindest in den linken Medien berichtet, und auch die Aussageverweigerungserklärung wurde mehrfach veröffentlicht. Wir hoffen, dass dadurch Diskussionen um das Thema Repression und Widerstand angeschoben wurden. Auch die bundesweite Demonstration am 18.06. in Magdeburg ist ein Erfolg der Soliarbeit. Es wurde gezeigt, dass wir mit unserer Aussageverweigerung und den Konsequenzen nicht alleine gelassen werden. Wir haben uns auch über die zahlreichen Kundgebungen vor dem Knast gefreut.

- Welche Erfahrungen haltet Ihr für wichtig - welche gebt Ihr weiter?

Knast ist nicht das Ende, das Leben geht auch innerhalb der Mauern weiter, und der Kampf sollte es auch. Dazu ist es nötig, dass die Gefangenen Teil der Bewegung draußen bleiben. Unsere Strukturen müssen Wege finden, um dies zu gewährleisten.

Zum anderen finden wir es wichtig, dass die Linke ihr Verhältnis zur Justiz klärt. Es sind seit Jahren meist die selben Soligruppen, die sich mit der Thematik Knast auseinandersetzen (wir möchten an dieser Stelle die Soligruppe MD, die Anti-Knast-Gruppe Dresden, die Soligruppe Aachen, die „Kreuzberger", die „Friedrichshainer", die B5 und Tayad ganz herzlich grüßen). Es ist aber auch wichtig, diese Thematik wieder intensiver aufzugreifen. Knast ist ein soziales Kampfterrain, genauso wie die Betriebe und der Stadtteil.

Es gibt kaum einen Ort, an dem die Menschen der untersten sozialen Schicht so konzentriert sind, wie hier drin. Auch die Probleme und damit unsere Ansatzpunkte sind enorm: Zwangsarbeit zu absoluten Niedriglöhnen, überteuerte Preise beim Einkauf, katastrophale Unterbringungen, drastische Einsparungen in der Gesundheitsversorgung usw.

Aber genau wie draußen muß auch hier drinnen die Vereinzelung durchbrochen werden. Das sind Probleme, denen wir uns als sozial-revolutionäre Linke stellen müssen.

- Wollt Ihr abschließend noch etwas loswerden?

Ja, wir wollen ganz herzlich unsere Familien, FreundInnen und GenossInnen grüßen. Viel Kraft und Liebe wünschen wir auch Bart, Jose und Gabriel, welche gerade ihren Prozess in Aachen haben, Thomas Meyer-Falk, der in Bruchsal einsitzt, Christian, der auf seine Verhandlung in Berlin wartet, und allen, die wir vergessen haben.

Und natürlich fordern wir noch mal: „Freispruch für Daniel"!

Das Interview ist leicht gekürzt worden, die vollständige Fassung - sowie zwei weitere Artikel zum Thema - findet Ihr unter: www.fau.org.

faumd

Der Prozess

11/02: Festnahmen von Marco und Daniel
04/03: Festnahme von Carsten
10/03: Beginn des Verfahrens nach § 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) Vorwurf: mehrere Brandanschläge, u. a. auf das LKA-Gebäude, ein BGS-Fahrzeug, eine Niederlassung von Mercedes Benz in Magdeburg
10/03: 3000 demonstrieren in Magdeburg für die Freilassung der Inhaftierten
11/03: Alle drei kommen (vorläufig) frei
12/03: Urteilsverkündung: Wegen gemeinschaftlicher Brandstiftung in vier Fällen werden Marco zu 2,5 und Daniel zu zwei Jahre Haft verurteilt, Carsten wird freigesprochen
02/05: Revisionsverfahren gegen Marco - Urteil wird bestätigt
04/05: Revisionsverfahren gegen Daniel. Elf ZeugInnen entschließen sich gemeinschaftlich zur Aussageverweigerung.
04/05: Beugehaft für Marco
06/05: Beugehaft für Carsten
06/05: 500 Menschen zeigen auf einer Demo in Magdeburg ihre Solidarität mit den Inhaftierten.

Die Gefangenen brauchen unsere Unterstützung. Spenden für Prozesskosten und Soliarbeit können auf das Konto der FAU, Kto-Nr. 961 522 01, BLZ 200 100 20, Postbank Hamburg, Kennwort: Beugehaft, überwiesen werden.

Über Post freuen sich:
Carsten Schulze bzw. Marco Hinrichs
JVA Halle I
Am Kirchtor 20
06108 Halle (Saale)

Die nächsten Prozesstermine: 13.09., 04.10., 01.11. (Justizzentrum Halle)

Aktuelle Infos unter: www.soligruppe.de

Um jeden Preis

Niedersachsen verkauft Landeskrankenhäuser

Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe: Niedersachsen verkauft Landeskrankenhäuser! Eigentlich hatte niemand mehr damit gerechnet, nachdem ähnliche Versuche vor zweieinhalb Jahren kläglich gescheitert waren. Damals hatte sich die CDU-Opposition im Landtag gegen die Privatisierungspläne der SPD-Landesregierung gestellt. Heute, selbst Regierungspartei, sieht sie das offenbar anders. Oder wurden am Ende nur die Rollen getauscht? Die SPD-Fraktion jedenfalls wettert nun dagegen. Noch hat der Landtag dem Kabinettsbeschluss zur Veräußerung nicht zugestimmt. Nach bisherigen Plänen soll das Angebot bis zum Frühjahr ausgearbeitet und dann in einem Bieterverfahren europaweit ausgeschrieben werden.

Falsche Argumente

6360 Landesbeschäftigte sind vom Verkauf der zehn Landeskrankenhäuser mit mehr als 4000 Betten betroffen. Dazu zählen Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie, allgemeinpsychiatrische, gerontopsychiatrische und forensische Abteilungen, aber auch handwerklich-technische Bereiche, Küchen und Verwaltungsdienste. Gerade die Behandlung psychisch kranker Straffälliger im so genannten „Maßregelvollzug" wird von GegnerInnen der Privatisierung gerne ins Feld geführt, um die Öffentlichkeit dagegen zu mobilisieren. Mittlerweile scheint diese Frage die Diskussion sogar zu bestimmen. Eine Klage von Verfassungsrang, nämlich ob die zwangsweise Unterbringung von Menschen als „hoheitliche Aufgabe" überhaupt aus der öffentlichen Hand abgegeben werden darf, ist in Schleswig-Holstein bereits anhängig. Von ihrem Ausgang werden auch entscheidende Signale für die weitere Entwicklung in Niedersachsen erwartet. Dass die von allen Lagern ausgetauschten Argumente gefährlich sind, scheint allerdings niemanden mehr zu interessieren. Die Grenze zur Hysterie ist schnell überschritten. Personalräte und Gewerkschaften bilden dabei keine Ausnahme.

Bremser

Die Funktionärsriege der zwei vertretenen Gewerkschaften, ver.di und der Fachgewerkschaft Niedersächsische Landeskrankenhäuser (FNL), einer kleinen Gewerkschaft, die sich dem Deutschen Beamtenbund (dbb) angeschlossen hat, spielt auch in diesem Konflikt die Rolle, auf die sie sich am besten versteht: Ausbremsen und Kanalisieren von Widerstand. Der Grundstein dafür wurde bereits während der Betriebsversammlungen im Juli gelegt, in denen sie klassenkämpferische Positionen durch pathetische Slogans à la Che Guevara („Wer nicht kämpft ...") und ATTAC-Rhetorik („Psychiatrie ist keine Ware") ersetzte. Statt zu sofortigen flächendeckenden und unbefristeten Arbeitskampfmaßnahmen aufzurufen, erteilten die anwesenden FunktionärInnen jeglichem „Aktionismus" eine klare Absage. Statt Streiks soll es nach der „Sommerpause" erstmal „Aktionen", also Latschdemos, geben. Mit Unterschriftenlisten gegen den Verkauf wird den Beschäftigten bis dahin Aktivität vorgegaukelt. Leider nicht ohne Erfolg! Bisher sind letztere noch ziemlich unentschlossen und harren der Dinge. Schenkt man Michael Krömker (LKH) Glauben, würden es die Personalräte schon richten. Dabei kommt ihnen gerade mal beratende Funktion in der eigens beim Sozialministerium eingerichteten Projektgruppe zu. Zu melden haben sie da nichts.

Geierei

In den Startlöchern stehen große Klinikbetreiber. Bereits wenige Stunden, nachdem die Landesregierung den Verkauf bekannt gegeben hatte, meldeten sich erste Interessenten, darunter Matthias Wilkening, der Betreiber des Klinikums Wahrendorff in Sehnde-Ilten, die Asklepios-Gruppe und die Rhön-Klinikum AG. Die zuständige Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) sicherte zwar zu, dass sich an den Verträgen der Beschäftigten nichts ändere und sich ihre Arbeitsbedingungen „im Sinne der Sicherheit" sogar noch verbessern würden, aber die Erfahrungen mit den genannten Betreibern



haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die Realität anders aussieht: Rationalisierung und Rationierung, Outsourcing von nicht zum „Kerngeschäft" gehörenden Bereichen, Ausdünnung der Personaldecke, Leistungsverdichtung und Krankenverfolgung sind nur einige Stichworte. Klar geäußert haben sich alle schon dahingehend, Haustarifverträge abzuschließen; die Bezahlung soll leistungsabhängiger erfolgen. Auf die PatientInnen kommen neben der schlechteren Betreuung v. a. längere Verweildauern zu. Vieles, was sich mit der Psychiatriereform in den letzten 20 Jahren zum Besseren gewandelt hat, wird sich in Richtung Verwahrpsychiatrie zurückentwickeln.

Anarr

Die großen Streiks

Die geschilderten Streiks stehen exemplarisch für die verschiedenen Dimensionen des Arbeitskampfs, vom Bummel- bis zum Generalstreik, von der Fabrikbesetzung bis zum Aufstand, vom Erfolg auf voller Linie bis zum totalen Scheitern. Im Vordergrund steht dabei weniger die historische Beurteilung, sondern vielmehr das Interesse vom heutigen Standpunkt aus.

Anarchosyndikalismus in Argentinien

1857: Gründung der ersten gewerkschaftsähnlichen Organisation durch Schriftsetzer
1890: Erster Versuch einer Art Gewerkschaftsföderation
1897: E. Malatesta gründet La Protesta Umana (später Zeitung der FORA)
1901: Gründung der FOA
1902: Erster argent. Generalstreik anlässlich der Agrarkrise
1904: 70.000 bei der Demo zum 1. Mai in Buenos Aires; erster Kongress der FORA
1905: Die Arbeiterbewegung erkämpft das Verbot der Sonntagsarbeit und die Einführung von Versicherungsgesetzen
1909: Coronel Falcon lässt auf die 1. Mai-Demo in Buenos Aires schießen (fünf Tote, Hunderte Verletzte); S. Radowitzky schickt Falcon per Bombe in die Hölle und wird zu lebenslanger Haft verurteilt
1918/19: Generalstreik in Buenos Aires und Lynchmorde an Streikenden lösen die „argentinische Revolution" aus, die letztlich scheitert, aber einige Konzessionen bringt
1921/22: Ein Landarbeiterstreik gipfelt im Aufstand von Patagonien, der von Coronel Varela blutig niedergeschlagen wird (ca. 2.000 Tote)
1923: K. Wilckens erschießt Varela auf offener Straße und wird anschließend selbst in Untersuchungshaft ermordet

Den Hunden zum Fraß

Die großen Streiks Teil II: der Landarbeiterstreik in Patagonien

Im fernen Patagonien ereigneten sich zwischen 1921 und 1922 die weitverbreitetsten und dramatischsten Streiks in der Geschichte der argentinischen Arbeiterbewegung. Sie wurden von Landarbeitern der Gewerkschaft für allgemeine Berufe (Sociedad Obrera de Oficios Varios) organisiert. So nannte sich in der damaligen Zeit diese Gewerkschaft anarchistischen Ursprungs. Die Streiks fanden gleichzeitig im enorm großen Territorium von Santa Cruz, heute Provinz Santa Cruz, im Süden Patagoniens, südlich an die Magallan-Straße und Feuerland angrenzend, statt.

Die patagonische Geschichte kannte damals schon eine Tragödie: die Ausrottung der Indianer im nördlichen Patagonien durch das argentinische Heer ab 1878 unter General Julio Argentino Roca. Nachdem die eroberten Gebiete 1879 unter den Großgrundbesitzern, hauptsächlich Briten, verteilt worden waren, begann man dort mit der Schafzucht. Dies bedeutete die Ausmerzung der Tehuelches, friedlich lebender Indianer, die sich vom Fleisch der Guanakos ernährten und sich mit ihren Fellen bekleideten. Als neue Tierarten aus Europa eingeführt wurden, zogen sich z.B. die Pampashasen (Maras) und die Guanakos in die Kordillere zurück. Also ernährten sich die Tehuelches dann von den Schafen, den neuen „kleinen, weißen Guanakos", die aus Europa kamen. Für die Besitzer war das „Raub". Die Tehuelches wußten bis dahin, nicht was Eigentum bedeutet. Die Engländer natürlich schon, und sie verpflichteten sogenannte „Indianerjäger", die einen großen Teil der Tehuelches ermordeten.

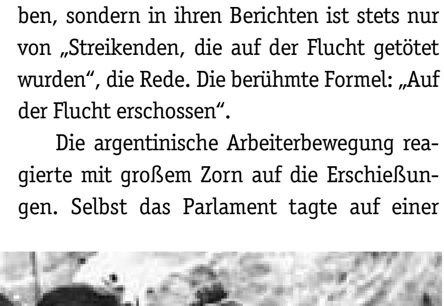
Die Landarbeiter dieser Estancias (Großgrundbesitz) waren Kreolen aus dem nördlicheren Argentinien, aber auch Spanier, Italiener, Polen und auch einige Deutsche. Dazu kamen sogenannte „Chilotes", Chilenen von der Insel Chiloé, denen man nur die Hälfte des Lohns der Europäer und Argentinier bezahlte.

Schon vor 1920 hatten gelegentlich Streiks unter den Hotel- und Einzelhandelsangestellten in kleineren Städten stattgefunden. Auch auf einigen Estancias. Doch 1920 wurde aufgrund einer Resolution auf der Hauptversammlung der Sociedad de Oficios Varios von Río Gallegos, Hauptstadt von Santa Cruz, der Generalstreik auf allen Estancias des enormen Territoriums ausgerufen und von allen Landarbeitern befolgt. Eigentlich waren die Forderungen sehr bescheiden. Zum Beispiel: die großen Schuppen, in denen bis zu hundert Arbeiter schliefen, sollten durch Schlafräume für maximal drei Personen ersetzt werden; die Hinweise auf den Arzneikästen sollten in spanischer und nicht in englischer Sprache sein; daß nicht nur, wie es damals üblich war, ledige, sondern auch verheiratete Arbeiter eingestellt werden sollten, da auf den Estancias Frauen nicht gern gesehen waren. Die Arbeiter sollten monatlich ein Paket Kerzen zur Beleuchtung erhalten - elektrisches Licht gab es keines, und im südlichen Patagonien wird es im Winter schon am frühen Nachmittag dunkel, und die Sonne geht erst gegen neun Uhr morgens auf. Diese Kerzen mußten bis dato von den Arbeitern bezahlt werden. Aber sie forderten auch eine - allerdings sehr geringe - Lohnerhöhung.

Aufgrund dieses Generalstreiks ließ der Gouverneur, der außerdem Präsident der Landwirtschaftskammer war, d.h. der Vertreter aller Großgrundbesitzer, seine Beziehungen in Buenos Aires spielen, ebenso handelten die Engländer gegenüber ihrem Botschafter. Der Staatschef Argentiniens, Dr. Hipólito Yrigoyen (der erste demokratisch gewählte Präsident, allerdings nur von den Männern des Landes, da die Frauen erst 30 Jahre später das Wahlrecht erhalten sollten), entsandte ein Kavallerieregiment unter Oberstleutnant Varela nach Patagonien, um den Konflikt zu beobachten und eventuell einzugreifen.

Oberstleutnant Varela, überzeugt von den schlechten Arbeitsbedingungen der Landarbeiter, unterzeichnete auf seine Initiative hin den ersten Vertrag in Patagonien zwischen Landarbeiter und Estancieros, die auf die Forderungen eingingen.

Doch kaum war das Regiment nach Buenos Aires zurückgekehrt, erfüllten die Großgrundbesitzer von Santa Cruz den Vertrag nicht. Daraufhin beschlossen sämtliche Gewerkschaften, in den Generalstreik zu treten. Die Abgeordneten der Gewerkschaften gingen von Estancia zu Estancia und bildeten lange Kolonnen, die sich dann an strategischen Punkten des Territoriums trafen. Die Großgrundbesitzer ihrerseits





Filmszene aus „La Patagonia Rebelde"

flohen in die Städte an der Atlantikküste, andere nach Buenos Aires. Dort setzten sie alle Hebel in Bewegung, um den Streik zu beenden. London ließ durch seinen Botschafter dem argentinischen Präsidenten mitteilen, daß man „unter keinen Umständen die Besetzung der Estancias der englischen Staatsbürger durch bösartige Elemente dulden wird".

Präsident Yrigoyen schickte erneut Oberstleutnant Varela nach Patagonien mit der Order, die Streiks endgültig zu beenden und die Ordnung wieder herzustellen. Er genehmigte sogar die Todesstrafe.

Was dann geschah, ist unbegreiflich. Oberstleutnant Varela drängte nicht auf die Erfüllung des Vertrags, den er selber mit unterschrieben hatte, sondern begann sofort mit der Erschießung der Streikenden, in erster Linie ihrer Delegierten, die eigentlich auf ihn vertrauten. Im Gegenteil, er wandte Terrormethoden an: zuerst wurden die Gefangenen mit Säbelhieben geschlagen und danach hingerichtet.

Bei José Font, „Facón Grande" genannt, bediente sich Varela einer Strategie, die man als glatten Verrat bezeichnen kann. Er rief ihn in eines der Militärlager, um mit ihm zu „verhandeln", ließ ihn aber sofort erschießen. Die Landarbeiter der Estancia „La Anita" beschlossen auf einer Versammlung, Abgeordnete zu Varela zu schicken. Dieser verlangte die „bedingungslose Kapitulation". Die Versammlung nahm die Aufforderung mehrheitlich an, hauptsächlich, weil viele der chilenischen Arbeiter keinen Ärger mit dem argentinischen Heer haben wollten.

Der anarchistische Aktivist Antonio Soto folgte dem Mehrheitsbeschluß der Versammlung nicht und floh mit einigen Genossen in die Kordillere. Pablo Schultz, ein deutscher Anarchist, der auf der Versammlung Kampf bis in den Tod vorgeschlagen hatte, akzeptierte den Beschluß der Mehrheit nur aus gewerkschaftlicher Disziplin und ergab sich. Als Soto das Ergebnis sah, sagte er als letzten Beitrag: „Ich befolge nicht den Beschluß der Vollversammlung, da ich nicht als Fraß den Hunden vorgeworfen werden möchte", und ging.

Die Soldaten baten die Estancieros und ihre Verwalter, die gefährlichen Aktivisten zu denunzieren. Sie wurden als erste erschossen, dann die Chilenen und weitere Streikende. Auf der „La Anita" zählte man 610 Erschießungen. Als einer der ersten wurde der deutsche Anarchist Pablo Schultz erschossen. Diese Hinrichtungen beendeten den Streik.

Die Estancieros brachen nicht nur den Vertrag, sondern setzten auch noch die Löhne herab. Die Arbeitsbedingungen wurden erschwert. Die überlebenden Arbeiter berichteten von insgesamt 1500 Erschießungen. Die Estancieros von 700 Hinrichtungen von Landarbeitern. Die Militärs haben die Erschießungen nie zugegeben, sondern in ihren Berichten ist stets nur von „Streikenden, die auf der Flucht getötet wurden", die Rede. Die berühmte Formel: „Auf der Flucht erschossen".

Die argentinische Arbeiterbewegung reagierte mit großem Zorn auf die Erschießungen. Selbst das Parlament tagte auf einer Sondersitzung über das von Präsident Yrigoyen beschlossene Todeskommando sowie über das kriminelle Verhalten von Oberstleutnant Varela und seinen Offizieren. Die Opposition forderte die Entsendung einer Kommission nach Patagonien, um die Zahl der Todesopfer sowie das Verhalten der Militärs zu dokumentieren. Aber die Abgeordneten der Unión Cívica Radical - die Partei des Präsidenten - verließen den Saal, so daß nur noch eine Minderheit im Saal zurückblieb. Nie mehr wurden die offiziellen Greueltaten untersucht. Schweigen bedeckte das Ganze. Darüber wurde nicht mehr gesprochen. Die patagonischen Gewerkschaftslokale von Santa Cruz wurden zerstört, die Bibliotheken niedergebrannt, die Druckereien verkauft. Doch Monate später verübte Kurt Gustav Wilckens, ein deutscher Anarchist aus Bramstedt (Holstein), ein Attentat auf Varela und tötete ihn. Er berief sich auf das Recht, „den Tyrannen zu töten". Wilckens wurde später im Gefängnis ermordet (siehe S. 16).

Das ganze Geschehen um den großen Streik wurde in der Geschichte zur Legende. Nur die Überlebenden erzählten im privaten Kreis über die Hinrichtungen. Die Massengräber wurden nie gekennzeichnet. Die katholische Kirche hat nie ein Wort darüber verloren. Keine der nachfolgenden Regierungen nach Yrigoyen hat je eine Untersuchung eingeleitet.

Bis der Autor dieses Berichtes 1968 mit Nachforschungen begann. Es erschienen vier Bände unter dem Titel „La Patagonia rebelde", und es wurde ein gleichnamiger Film gedreht. Der Film, der 1974 den silbernen Bär bei den Berliner Filmfestspielen gewann, wurde von der Regierung von Isabel Perón in Argentinien verboten. Der Drehbuchautor wurde von der Organisation „Tres AAA", die dem peronistischen Minister López Rega unterstand, zum Tode verurteilt und mußte ins Exil gehen. Die Bücher wurden von der Diktatur von General Videla 1976 „im Namen von Gott, Vaterland und Familie" verbrannt.

Der Autor mußte acht Jahre im Exil in Deutschland leben. Die ersten drei Bände wurden noch in Argentinien herausgegeben. Der vierte Band erschien 1978 im Peter Hammer Verlag, Wuppertal, wofür der Autor zu großem Dank verpflichtet ist.

Nach dem Sturz der Militärdiktatur 1983 konnte der Film wieder gezeigt und die Bücher herausgegeben werden. Es begann eine Kampagne zur Rehabilitierung der Hunderten von ermordeten Streikenden. Dem Gaucho José Font Facón Grande wurde an der Stelle, wo er hingerichtet wurde, in Jaramillo, Santa Cruz, ein Denkmal gesetzt. Eine Straße in Río Gallegos trägt den Namen „Antonio Soto". Auf der Estancia „La Anita", wo Hunderte Arbeiter in einem Massengrab liegen, wurde ein Ehrenmal errrichtet. Das Gymnasium in Gobernador Gregores heißt auf Wunsch der Lehrer, Schüler und deren Eltern „José Font". Die Massengräber sind heute gekennzeichnet. Bei der Einfahrt in die Stadt San Julián steht ein Mahnmal zu Ehren des Gewerkschafters Albino Argüelles, der in der Nähe erschossen wurde. In der Geburtsstadt von Antonio Soto in El Ferrol, Galizien, wurde eine Straße nach ihm benannt, und an seinem Geburtshaus eine Gedenktafel angebracht. In der patagonischen Stadt Jaramillo wird in Kürze ein Museum des patagonischen Streiks eröffnet. Nichts dagegen erinnert an die schießwütigen Militärs. An der Grabstätte von Oberstleutnant Varela findet man nur eine Tafel mit folgender Inschrift: „Die Briten von Patagonien, Oberstleutnant Varela zu ewigem Dank verpflichtet, da er seine Pflicht erfüllt hat." Die Geschichte gibt letzten Endes immer die Wahrheit preis.

Osvaldo Bayer

Exkurs: das Organisationskonzept der FORA

Die Federación Obrera Regional Argentina (FORA) war lange Zeit die treibende Kraft der argentinischen Arbeiterbewegung, die stark durch anarchistische Ideen der europäischen Immigranten geprägt war. Nach dem Zerfall der 1901 von Sozialisten und Anarchisten gegründeten Federación Obrera Argentina (FOA) organisierte sich die anarchistische Arbeitermehrheit ab 1904 in der FORA, die bis 1920 zeitweise auf 700.000 Mitglieder anwuchs - bei einer Gesamtzahl von 3,5 Mio. Erwerbstätigen im Land. Bis zur Niederschlagung des Aufstands von Patagonien war sie fast 20 Jahre lang die Protagonistin des argentinischen Arbeiterkampfes.

Auch wenn auf verschiedenen Kongressen gewisse Richtungsänderungen beschlossen wurden, nimmt das von ihr propagierte Organisationskonzept im Anarchosyndikalismus eine Sonderstellung ein. Wie keine andere Organisation hatte sie ein betont anarchistisches Verständnis, in dem die Syndikate vorwiegend die Funktion organisationsstrategischer Sammelbecken einnahmen. Das syndikalistische Moment sollte somit eher als Mittel zum Zweck und nicht als grundlegender Bestandteil einer sozialen Konzeption gesehen werden. So schrieb die „La Antorcha": „Wir wollen nicht vom Syndikat geistig beherrscht werden, wir wollen das Syndikat beherrschen ..., es zur Propaganda, zur Verteidigung und zur Festigung unserer Ideen benutzen".

Alexander Schapiro, einst mit Sekretärsaufgaben in der IAA vertraut, urteilte über die FORA, daß sie nur eine anarchistische Bewegung auf Arbeitergrundlage sei, die CNT dagegen z.B. sei ihrem Wesen nach eine Arbeiterbewegung auf anarchistischer Grundlage - womit er sich den Erfolg der CNT und das Scheitern der FORA erklärte. Mag dies auch etwas wortklauberisch wirken, so machte die FORA tatsächlich in ihrer Einschätzung nicht die traditionelle Konfliktlinie des Klassenkampfes - das Kriterium der Lohnabhängigkeit - als Grundlage der revolutionären Organisation aus, sondern das Prinzip der Rebellion gegen die Autorität. Der Kongreß 1904 beschloß in diesem Sinne u.a., daß „die Streiks Schulungen zur Rebellion bedeuten und es empfohlen wird, diese so revolutionär wie möglich zu vollziehen, damit sie der revolutionären Erziehung dienen".

Die Verbindung von wirtschaftlicher Kampforganisation und „spezifisch anarchistischer Organisation" war stets Kennzeichen der FORA und wurde sogar ab 1923 - als ihr Niedergang in vollem Gange war - offiziell festgehalten. In vielen Kämpfen hatte die FORA entscheidende Lebensverbesserungen erreichen können, eine revolutionäre Kontinuität konnte sie dennoch nicht entwickeln. Durch ihre vollständige Fixierung auf die Sponaneität als revolutionäres Moment verweigerte sie sich einer programmatischen Ausformung, die klassenbedingte Alltagsinteressen der Arbeiter mit einer revolutionären Perspektive zu verbinden vermochte. Dies dürfte mitverantwortlich dafür gewesen sein, daß die FORA in für sie günstigen Situationen wie 1918/19 in Buenos Aires über das Stadium richtungsloser Straßenkämpfe nicht hinauskam, um gesellschaftliche Veränderungen zu initiieren.

Holger Marcks

Betriebsräte

Das Beispiel Frankreich

Immer wieder werden wir gefragt, welche Position wir als Anarcho-SyndikalistInnen in Bezug auf die Mitarbeit in Betriebsräten einnehmen. Die Einstellung der FAU hinsichtlich dieser in der BRD per Gesetz dem Betriebsfrieden verpflichteten Organe ist klipp und klar: Die FAU lehnt das System der Betriebsräte ab und beteiligt sich nicht daran. Bis Anfang der 90er Jahre war es außerdem ein sofortiger Ausschlussgrund, wenn sich Mitglieder der FAU individuell in einen Betriebsrat wählen ließen. An dieser grundsätzlichen Ablehnung hat sich in all den Jahren für uns nichts geändert. Um ein wenig über den eigenen Tellerrand hinauszublicken, haben wir den nachfolgenden Text übersetzt, der anhand der Situation in Frankreich einige wichtige Argumente gegen das System der Betriebsräte anführt und Alternativen aufzeigt, die auch für die Praxis der FAU Gültigkeit haben. Bei dem Text handelt es sich um eine Übersetzung aus der Ausgabe 40 der hervorragenden, englischsprachigen Zeitschrift „Anarcho-Syndicalist Review" (ASR).

Eine der größten Herausforderungen für den Anarcho-Syndikalismus in Europa ist das Verhältnis zu den verschiedenen „sozialpartnerschaftlichen" [1] betrieblichen Institutionen, die als Teil des Nachkriegs-Sozialpaktes von den sozialdemokratischen Parteien, den Gewerkschaften und den Großkonzernen geschaffen wurden. Obwohl diese Institutionen in den verschiedenen Ländern unterschiedliche konkrete Formen annehmen können, versuchen sie doch alle, Klassenkonflikte zu verwalten und in bestimmte Formen zu zwingen. In Frankreich und Spanien haben sich syndikalistische Gewerkschaften nicht zuletzt über die Frage gespalten, ob es notwendig ist, sich an diesen Strukturen zu beteiligen, um als betrieblich verankerte Organisation effektiv handeln zu können.

In Frankreich werden in allen Arbeitsstätten mit mehr als 50 Beschäftigten VertreterInnen für den Betriebsrat [2] gewählt. In kleineren Arbeitsstätten werden PersonalvertreterInnen gewählt, die sich einmal monatlich mit dem Management treffen und ansonsten die gleiche Funktion haben wie ein Betriebsrat. Gemessen an europäischen Standards sind die französischen Gewerkschaften mit weniger als 15 Prozent in ihnen organisierten ArbeiterInnen schwach. Die Betriebsräte allerdings werden von ihnen dominiert.

Die CNT-AIT ist die Sektion der Internationalen ArbeiterInnen-Assoziation (IAA) in Frankreich (die größere CNT-F spaltete sich über die Frage der Teilnahme an Betriebsratswahlen ab). Der folgende Text ist ein Auszug aus einem Flugblatt der CNT-AIT, das von der Solidarity Federation (der britischen IAA-Sektion) übersetzt und auf deren Website veröffentlicht wurde.

Die CNT wendet sich gegen die Versuche reformistischer Gewerkschaften, ihren Frieden mit dem Kapitalismus zu machen. Stattdessen sind wir stets eingetreten für den Aufbau revolutionärer Gewerkschaften auf Basis anarcho-syndikalistischer Prinzipien. Als Teil des Prozesses der Bildung einer revolutionären Bewegung haben wir unabhängige, demokratisch kontrollierte Betriebsgruppen aufgebaut. Die CNT ist eine entschiedene Gegnerin der Teilnahme an Betriebsräten.

Wir argumentieren seit langem, dass Betriebsräte wenig mit einer stärkeren ArbeiterInnenkontrolle zu tun haben. Sie sind vielmehr der Hebel, mit dessen Hilfe das Management versucht, die Belegschaft zu kontrollieren und zu befrieden. Die Teilnahme an Betriebsräten erzeugt bei den ArbeiterInnen Gleichgültigkeit (weil sie die Probleme ja an ihre VertreterInnen delegiert haben - Anm. d. Ü.) und kann letztendlich nur zur Einbindung der Gewerkschaften in das kapitalistische System führen. Desweiteren korrumpiert das System der Betriebsräte die Gewerkschaftsbewegung in einem hohen Maße.

Weshalb beteiligen sich die Gewerkschaften?

In Frankreich gibt es rund 110.000 gewählte BelegschaftsvertreterInnen in Betriebsräten und mehr als 200.000 PersonalvertreterInnen, die in Kleinbetrieben gewählt wurden.



Zwei Drittel der BelegschaftsvertreterInnen in den Betriebsräten sind Gewerkschaftsmitglieder. Wenn man die große Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die als Personalvertretung im Öffentlichen Dienst fungieren, hinzurechnet, drängt sich das Bild einer gewerkschaftlichen Organisation, die auf die Betriebsräte zugerichtet ist und um diese herum existiert, geradezu auf.

Genauso wichtig für die Gewerkschaften sind die finanziellen Zuwendungen, die sie aus ihrer Teilnahme an den Betriebsräten generieren. Lediglich ein Zehntel der gewerkschaftlichen Einnahmen wird aus den Beiträgen der Mitglieder erzielt. Der Rest stammt aus der Teilnahme an Betriebsräten und aus den Geldern, die an die Gewerkschaften für die Beteiligung an staatlich initiierten Körperschaften, wie z.B. den sozialen Sicherungssystemen und der Arbeitsgerichtsgebung, gezahlt werden.

Die Schlüsselrolle, die die Betriebsräte im Gewerkschaftsalltag einnehmen, prägt zwangsläufig auch die gesamte Zielrichtung der Gewerkschaften. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften besteht nicht mehr länger in der Mitgliederwerbung und -ausbildung sowie im Aufbau einer Organisation, die in der Lage ist, es mit dem Management aufzunehmen. Stattdessen geht es darum, bei den Betriebsratswahlen ein möglichst gutes Ergebnis zu erzielen.

Die Gewerkschaften sind nicht mehr länger eine demokratisch kontrollierte Organisation, der ArbeiterInnen beitreten, um ihre Interessen voranzubringen. Die Gewerkschaften sehen in den ArbeiterInnen nicht Mitglieder, sondern WählerInnen, die sie aufrufen, ihre KandidatInnen zu unterstützen. Hierdurch werden die ArbeiterInnen zu Wahlmaschinen degradiert, deren einziger Beitrag und deren einzige Beteiligung an der Gewerkschaft die gelegentliche Stimmabgabe ist. Dieser Mangel an Beteiligung der ArbeiterInnen an den gewerkschaftlichen Belangen erzeugt Teilnahmslosigkeit.

Die reformistischen Gewerkschaften sind in Frankreich nicht mehr länger unabhängige Klassenorganisationen. Sie werden durch das System der Betriebsräte von Staat und vom Management finanziert. Die Gewerkschaften können es sich dadurch überhaupt nicht leisten, die Betriebsräte hinsichtlich deren Nutzen bei der Verteidigung der Interessen der ArbeiterInnen zu bewerten. Sie müssen das System der Betriebsräte bedingungslos unterstützen. Die einzige andere Möglichkeit wäre der Rückzug aus den Betriebsräten, und damit der Zusammenbruch der Gewerkschaft.

Schützt die Beteiligung die Mitglieder?

Die Gewerkschaften argumentieren, dass die Wahl in die Betriebsräte den Gewerkschaften die offizielle Anerkennung sichert und den gewählten Mitgliedern die grundlegenden Rechte verleiht, die sie vor der Verfolgung durch das Management schützt. Diese Behauptungen haben allerdings nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Den gewählten VertreterInnen werden nur so lange Organisationsrechte durch das Management zugestanden, solange sie diesem nicht im Wege stehen. Falls der Vertreter oder die Vertreterin anfängt, Opposition gegenüber dem Management zu organisieren, werden diese durch das Management verliehenen Rechte einfach widerrufen - wie eine zunehmende Zahl an AktivistInnen am eigenen Leibe feststellen muss.

Es ist dabei auch sinnlos, auf staatlichen Schutz zu hoffen. So wurden beispielsweise im Jahre 1993 die Entlassungen von 14.326 PersonalvertreterInnen von insgesamt 17.740, denen gekündigt wurde, durch die staatliche Inspektion bestätigt. Oder anders ausgedrückt: Die Regierung betrachtete die Kündigung von 81% der VertreterInnen als rechtens!

Nicht das Gesetz ist es also, das die Gewerkschaften schützt, sondern eine starke betriebliche Verankerung. Anstelle von Organisierung im Betrieb haben die Gewerkschaften die letzten 40 Jahre damit zugebracht, sich gegenseitig in einer fortlaufenden Schlacht um Sitze in den Betriebsräten zu bekämpfen. Was haben die Gewerkschaften nach dieser vierzigjährigen Auseinandersetzung vorzuweisen? Eine gewerkschaftliche Organisierung, die kaum mehr ist als eine verklärte Wahlmaschine.

Eine Mitgliedschaft aus passiven Karteileichen, und zahllose „garantierte Rechte", die vom Management zunehmend ignoriert werden und die wenig mehr wert sind als das Papier, auf dem sie stehen.

Dadurch, dass die CNT-AIT das System der Betriebsräte ablehnt, war es uns möglich, uns auf den langwierigen Prozess der Verankerung im Betrieb zu konzentrieren. Es stimmt, dass die AktivistInnen der CNT durch den Boykott der Betriebsräte nicht den gesetzlichen Schutz für Betriebsratsmitglieder genießen (was immer das auch sein mag). Die Strategie der CNT zielt darauf ab, eine starke Präsenz am Arbeitsplatz aufzubauen, wo die Stärke aus der Größe der Betriebsgruppe entspringt und aus einer aktiven und selbstbewussten Mitgliederbasis, die bereit ist, ihre Delegierten zu verteidigen und ihre Bedingungen zu verbessern. Kurzum, die Stärke der CNT basiert auf der Solidarität der ArbeiterInnen und nicht auf wertlosen Rechten, die den Beschäftigten vom Management und vom Staat gewährt werden.

Versteinerte Gewerkschaften

Es wird behauptet, dass die Teilnahme an Betriebsratswahlen die gewerkschaftliche Organisierung stärkt, indem sie ein wachsendes Bewusstsein über deren Ideen und Methoden fördert. Langfristig würde dies zu einer größeren kollektiven Organisierung und zu einer erhöhten Aktionsbereitschaft seitens der ArbeiterInnen führen. Auch dieses Argument aber hat wenig mit der Wirklichkeit zu tun. 40 Jahre gewerkschaftlicher Aktivität mit einem Schwerpunkt auf den Betriebsräten haben die Gewerkschaften versteinert. Wann immer Wahlen anstehen, wird die arbeitende Bevölkerung zum Zeugen des erbaulichen Ausblickes auf den Kampf der Gewerkschaften, von denen jede bereit ist, beliebig weit zu gehen im schmutzigen Gebalge um die Stimmen. Und die Gewerkschaften erzählen uns, dass dieses unwürdige Theater auf irgendeine geheimnisvolle Art die gewerkschaftliche Glaubwürdigkeit steigern soll!

Sobald sie in die Betriebsräte gewählt worden sind, haben die VertreterInnen - die niemandem Rechenschaft schuldig sind - jede Freiheit, mit dem Management über alles zu verhandeln, was ihnen passend erscheint. Wie die langjährige Tradition nicht abwählbarer Gewerkschaftsfunktionäre zeigt, dauert es nie lange, bevor sie beginnen, die Interessen der ArbeiterInnen zu verkaufen, die sie ja angeblich vertreten. In den Belegschaften führt dies zu Verbitterung und Entmutigung.

Selbst wenn einzelne Betriebsratsmitglieder entschlossen sind, gegenüber den ArbeiterInnen, die sie vertreten, loyal zu bleiben, liegt der Fehler dennoch im System. Einzelne haben keine Kontrolle über die anderen VertreterInnen, die nicht nur keine Gewerkschaftsmitglieder sein können, sondern sogar rechten oder faschistoiden Organisationen angehören können. Abgesehen davon ist es das Management, das die gesamte Agenda des Betriebsrates bestimmt. Angesichts dieser Hindernisse können einzelne VertreterInnen, so idealistisch sie auch sein mögen, kaum etwas für die ArbeiterInnen erreichen.

Während des jahrzehntelangen Nachkriegs-Booms, als die Managements bereit waren, den Gewerkschaften Zugeständnisse zu machen, waren die Schwächen der Betriebsräte weniger offensichtlich. Im Zuge der ökonomischen Krise und der mit ihr einhergehenden Offensive des Managements wird jedoch vielen ArbeiterInnen zunehmend deutlicher, dass die Betriebsräte nicht in der Lage sind, ihre Interessen zu verteidigen. Diese wachsende Ernüchterung hat zu einer verstärkten Glaubwürdigkeitskrise des Betriebsräte-Systems geführt, die sich u.a. in einer steigenden Wahlenthaltung besonders unter Jung- und Teilzeit-ArbeiterInnen ausdrückt.

Die Legitimationskrise, mit der sich die Betriebsräte konfrontiert sehen, erzeugt auch eine Krise innerhalb der Gewerkschaften. Deren Überleben ist derart von den Betriebsräten abhängig geworden, dass den Gewerkschaften wenig anderes übrig bleibt, als diese zu verteidigen. Damit einher geht aber nicht etwa eine größere Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften, die zu einer verstärkten Aktivität führt, sondern eine Ernüchterung, die in eine Abwärtsspirale gewerkschaftlicher Demoralisierung mündet.

Ist die Teilnahme aus rein taktischen Gründen möglich?

Es gibt immer wieder Anlässe, zu denen Gruppen oder Einzelpersonen sich für Betriebsräte aussprechen, auch wenn sie diese grundsätzlich ablehnen. Dieser Ansatz zieht eine Reihe von Problemen nach sich. Unabhängig davon, wie aufrichtig die ursprünglichen Absichten gewesen sein mögen, besteht immer die Gefahr der Integration durch das System, wenn man erst einmal als VertreterIn gewählt wurde. Das Hauptproblem dieses Ansatzes liegt aber darin, dass er keine funktionierende Alternative zum System der Betriebsräte aufzeigen kann. Ohne Alternative gibt es aber keine Möglichkeit zur Bekämpfung des Systems, und damit nur die Garantie für dessen Fortbestand. Sich gegen Betriebsräte auszusprechen, ohne eine Alternative dazu aufbauen zu können, endet zwangsläufig in selbst gemachten Beschränkungen - denjenigen von radikalen Sprüchen bei gleichzeitiger Handlungsunfähigkeit.

Und was bringt die Zukunft?

Während langer Phasen der Nachkriegsära durchlebte der Kapitalismus Bedingungen von Stabilität und Wachstum. Während dieser Perioden benutzte das System die Betriebsräte, um Forderungen der ArbeiterInnen einzugrenzen und umzuleiten.

Fortsetzung auf Seite 10

Dieser Text ist Bestandteil einer geplanten Broschüre zum Thema gewerkschaftliche Strategien, die in den nächsten Monaten im Syndikat-A-Medienvertrieb erscheinen wird (www.syndikat-a.de). Dort kann auch die Zeitschrift ASR abonniert werden, aus der dieser Beitrag stammt.

Griechenland

Freisprüche im zweiten ELA-Verfahren

Nach knapp fünf Monaten Dauer endete Anfang Juli das so genannte zweite ELA-Verfahren mit überraschenden Freisprüchen für die sechs Angeklagten. Das mit riesigem Jubel und Applaus aus dem vollbesetzten Zuschauerraum aufgenommene Urteil kommt einer Rehabilitierung der vier im ersten Verfahren zu 25 Jahren Haft Verurteilten gleich und stärkt ihre Position für die Revisionsverhandlung im nächsten Jahr. Zur Last gelegt waren ihnen nun zehn Anschläge seit 1986, die im ersten Verfahren nicht verhandelt wurden. Mit auf der Anklagebank saßen außerdem der schon im ersten Prozess freigesprochene Michalis Kassimis und der 2004 nicht angeklagte Anarchosyndikalist Giannis Serifis (damals noch als angebliches Mitglied des 17. November vor Gericht). Er wurde jetzt der „Mitgliedschaft im ELA" und der Teilnahme an einem Bombenanschlag, bei dem 1994 ein Polizist ums Leben kam, beschuldigt.

Die ergangenen Freisprüche werden nicht nur von der linksliberalen Tageszeitung Elefsherotypia bereits als „das Ende des Griechischen Herbstes" kommentiert. Gemeint ist, in Anlehnung an den „Deutschen Herbst" 1977, die „dunkle Zeitspanne der letzten vier Jahre", in denen - im Zuge der so genannten Terrorismusbekämpfung - erkämpfte demokratische Grundrechte und rechtsstaatliche Garantien für Beschuldigte und Verdächtigte als „zweitrangig" auf der Strecke geblieben sind. In einem von Medien, Machtelite, Polizei und Justiz geschaffenen Klima der Terrorhysterie, verbunden mit starkem US-amerikanischen Druck, wurde im Hinblick auf die Olympiade 2004 das Instrumentarium eines Notstandsstaates geschaffen und angewandt. Dass in liberalen Medien jetzt der demokratische Rechtsstaat abgefeiert wird, ist mehr als zynisch und als Versuch der Selbstrehabilitierung der griechischen Presse zu verstehen. Hatte sie doch mit ihrer Berichterstattung maßgeblich dazu beigetragen, die rechtsstaatlichen Garantien für „Terrorverdächtige" außer Kraft zu setzen. Die im Hochsicherheitsknast von Korydallos einsitzenden Verurteilten der ersten Verfahren gegen ELA und 17. November gehen somit auch auf ihr Konto.

Tatsache ist, dass es dem Vorsitzenden Richter Ioannis Tentes gelang, das in den vorangegangenen Verfahren herrschende Klima eines Sondergerichtshofes so zu verändern, dass die Angeklagten auf einen fairen Prozess hoffen konnten - und diesen letztendlich auch erhalten haben.

Alle müssen raus

Für Serifis und seinen Freund und Genossen Kassimis bedeutet der einstimmige Freispruch, dass zumindest die Akte ELA für beide wohl endgültig geschlossen ist. Die Position der übrigen vier durch Mehrheitsbeschluss (2:1) freigesprochenen Angeklagten ist nun für die Revisionsverhandlung(en) ungleich positiver zu bewerten als erwartet werden konnte. Das Gericht erteilte sowohl Zeugenaussagen im Stil der - von der Polizei aufgebauten - Hauptbelastungszeugin Sofia Kiriakidou als auch dem unbewiesenen Konstrukt der „psychologischen und materiellen Unterstützung" eine klare Absage. Die Freisprüche für Irini Athanasaki, Kostas Agapiou und Angeletos Kanas fußen nicht auf Zweifeln an der Schuld der Angeklagten, sondern auf der Annahme, dass alle drei in keinster Weise an den ihnen zur Last gelegten Taten beteiligt waren. Christos Tsigaridas, der die Mitgliedschaft im ELA bis 1990 nicht bestreitet und bis zu diesem Zeitpunkt „die politische Verantwortung" für die Angriffe der Organisation übernommen hat, konnte keine direkte Beteiligung an den verhandelten Anschlägen nachgewiesen werden.



Der nazistischen Logik der kollektiven Verantwortung eine Ohrfeige erteilt

Tsigaridas bewertet das Urteil in einer ersten Stellungnahme wie folgt: „Endlich hat ein Gericht - wenn auch nur mit Mehrheitsbeschluss - auf der Basis von Selbstverständlichkeiten und nicht nach politischen Vorgaben entschieden. Es hat, wie von Anfang an für alle klar war, Serifis und Kassimis einstimmig freigesprochen. Es hat einen Unterschied zwischen mir und den drei anderen gemacht und so indirekt, aber doch klar erkennbar akzeptiert, dass gegen sie kein einziges tatsächliches Indiz für ihre Zugehörigkeit zum ELA existiert. Weiterhin hat es durch den Freispruch für uns alle vier der nazistischen Logik der kollektiven Verantwortung eine satte Ohrfeige erteilt. Es ehrt die beiden Richter, die so entschieden haben und sich somit der Terrorhysterie und dem starken nationalen und internationalen Druck der Propagandisten des Kriegs gegen den Terrorismus widersetzt haben. (...)

Auf der Basis dieser Entscheidung muss ein entschlossener Kampf - nicht nur der Solidaritätsbewegung, sondern aller fortschrittlicher Menschen - geführt werden, damit im Revisionsverfahren der heutige Freispruch seine Wiederholung findet. Bis dahin müssen meine Mitangeklagten auf freien Fuß gesetzt werden."

Tsigaridas selbst genießt auf Grund schwerer Krankheit trotz seiner Verurteilung im ersten Prozess Haftverschonung.

Ralf Dreis, FAU Frankfurt

Fortsetzung „Betriebsräte" von Seite 9

Die derzeitige Rezession zwingt - zusammen mit der Einführung neuer Technologien und einer erhöhten Globalisierung der Produktion - das Management zu radikalen Veränderungen der Produktionsmethoden. Diese veränderten ökonomischen Bedingungen haben zu einer veränderten Einstellung des Managements in Bezug auf die Betriebsräte geführt. Es versucht nun, das System der Betriebsräte zu benutzen, um die ArbeiterInnen davon zu überzeugen, dass es keine Alternative zur „Logik" des Marktes gibt. Oder anders ausgedrückt; dass die ArbeiterInnen schlechtere Bedingungen, sinkenden Lebensstandard und eine flexiblere Arbeitsorganisation im Interesse der langfristigen Überlebensfähigkeit „ihrer" Firma zu akzeptieren haben.

Die reformistischen Gewerkschaften, die bereits vor langer Zeit ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht haben, können keine Alternative zu dieser geänderten Strategie anbieten. Anstelle sich den Angriffen des Managements zu widersetzen, können die Gewerkschaften lediglich hoffen, deren Auswirkungen durch Verhandlungen ein wenig abzumildern. Den Gewerkschaften fällt so eine Rolle als Helfershelfer des durch das Management betriebenen wirtschaftlichen Wandels zu [3]. Diese veränderte Rolle führt zu wachsenden Spannungen in den Betrieben. Die steigende Unzufriedenheit mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten, von denen diese abhängig sind, führt dazu, dass ArbeiterInnen ihre eigenen, unabhängigen Strukturen gründen. Durch Streikkomitees und andere demokratisch kontrollierte Koordinationsstrukturen werden Gewerkschaften und Betriebsräte umgangen.

Auch wenn diese unabhängigen Zusammenschlüsse von ArbeiterInnen oft zerbrechlich und kurzlebig sind, zeigen sie doch die wachsende Krise der Gewerkschaftsbewegung. Es findet eine zunehmende Trennung statt zwischen denjenigen, die für eine verstärkte Vermittlung und Zusammenarbeit (mit dem Management – d.Ü.) durch die Betriebsräte eintreten und denen, die sich für die Organisierung außerhalb der bestehenden Strukturen einsetzen, um auf diese Weise die Interessen der ArbeiterInnen gegen die des Managements durchzusetzen. Obwohl diese zweite Gruppe nur langsam wächst, stellt sie doch einen Schritt hin zur Geburt einer ArbeiterInnen-Bewegung dar, die diesen Namen tatsächlich verdient. Für uns als CNT rechtfertigt sich hierdurch unsere langjährige Gegnerschaft gegenüber einer Beteiligung an Betriebsräten. Der langwierige schrittweise Prozess des Aufbaus handlungsfähiger betrieblicher Strukturen beginnt Früchte zu tragen. Die CNT wächst heute schneller als jemals zuvor in ihrer Geschichte. Wir werden damit fortfahren, für die Ideen und Methoden des Anarcho-Syndikalismus einzutreten, von dem wir glauben, dass er der beste Weg für uns ArbeiterInnen ist, das kapitalistische Monster zu bekämpfen, zu überwinden und durch ein System zu ersetzen, das von und für uns ArbeiterInnen nach anarcho-syndikalistischen Prinzipien gestaltet wird.

Übersetzung: robot

[1] Im Ursprungstext wird von „collaborative" gesprochen, was sich nicht von ungefähr nach „Kollaboration" anhört. Wir verwenden im weiteren den bei uns geläufigeren und verlogenen Begriff „sozialpartnerschaftlich" bzw. „Sozialpartnerschaft"

[2] Wir übersetzen das „works councils" des Ursprungstextes mit Betriebsrat. Die LeserInnen sollten allerdings bedenken, dass es im Detail Unterschiede zwischen einem Betriebsrat in Frankreich und der BRD gibt. In der BRD besteht der Betriebsrat ausschließlich aus gewählten VertreterInnen der Belegschaft. In Frankreich und anderen europäischen Ländern handelt es sich stattdessen um eine paritätische Kommission, in der VertreterInnen der Belegschaft und solche des Managements zusammenkommen. An der grundsätzlichen Funktion ändert das allerdings wenig.

[3] Ein ebenso gängiger wie entlarvender Begriff hierfür ist „gewerkschaftliches Co-Management". Deutlicher kann man die faktische Rolle von Gewerkschaften und Betriebsräten kaum benennen.

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Indien: Streik und Straßenschlachten in Gurgaon

In der letzten Juliwoche kam es in der indischen Industriestadt Gurgaon zu tagelangen Straßenschlachten zwischen ArbeiterInnen und AnwohnerInnen auf der einen Seite und Aufstandsbekämpfungseinheiten der Polizei auf der anderen. Konkreter Auslöser war eine Arbeitsniederlegung im Werk von Honda Motorcycle and Scooter India (HMSI). Dort hatte zuvor ein Manager einen Arbeiter geschlagen, weil er eine Anweisung missachtet haben soll. Vier Kollegen, die dagegen protestierten, wurden umgehend entlassen. Weil sie sich mit den Entlassenen solidarisierten, wurden 50 weitere Arbeiter gefeuert, was dann der Anlass für die allgemeine Arbeitsniederlegung war. Gefordert wurden Lohnerhöhungen, eine bessere Behandlung durch das Management und die sofortige Wiedereinstellung aller Entlassenen. Als die ArbeiterInnen das Werk verliessen und sich zu einer Demonstration formierten, wurden sie von der Polizei mit Tränengas angegriffen. Sie wehrten sich mit Steinwürfen auf die Staatsbüttel. Im Verlauf der Polizeiübergriffe wurde ein Arbeiter erschlagen, mehr als 700 mussten in Krankenhäusern behandelt werden. In den beiden nächsten Tagen setzten sich die Auseinandersetzungen im Viertel fort, als mehrere hundert wütende Frauen die Polizeieinheiten vor dem Krankenhaus angriffen.

Der Streik und die Riots von Gurgaon sind in Indien viel beachtet worden. Bei vielen indischen ArbeiterInnen gelten die drei Tage von Gurgaon bereits als Beispiel, wie man sich gegen die verschärfte Klassenspaltung und die brutalen Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik zur Wehr setzen kann. In den letzten Monaten erlebte Indien eine der größten Streikwellen seit vielen Jahren.

Großbritannien: Wilder Streik in London-Heathrow

Am 10. August traten 500 ArbeiterInnen der Catering-Firma Gate Gourmet in einen wilden Streik, bei dem es um eine geplante Veränderung der Vertragsbedingungen und um Saisonarbeit geht. Von der Aktion waren 250 Flüge von British Airways und 70 Flüge bei anderen Fluglinien betroffen. Auf diesen Flügen gab es außer Getränken keinerlei Bordverpflegung. Der Streik begann frühmorgens mit einem Sit-In. Das Mangagement versuchte den Streik zu brechen, indem es die Nachmittagsschicht, die sich zu einer Streikversammlung in einem Parkhaus getroffen hatte, per Megafon dazu aufforderte, sofort an die Arbeit zurückzukehren. Andernfalls würden alle fristlos gekündigt. Gate Gourmet ist das größte Catering-Unternehmen für Airlines in Großbritannien. Die Firma gehört Texas Pacific, einer Private-Equity-Firma mit Sitz in den USA. Alleine in Heathrow arbeiten 2.000 Leute bei Gate Gourmet. Im Vorfeld des Streiks hatte das Management mit der Gewerkschaft TGWU über ein Umstrukturierungsprogramm verhandelt. Dieses Programm sah unter anderem Entlassungen und eine Senkung der Personalkosten um über 20 Millionen Euro vor.

China: Spezialeinheiten gegen soziale Unruhen

Mit dem Aufbau einer mehrere tausend Mann starken Spezialeinheit will sich die chinesische Regierung gegen die zunehmende sozialen Unruhen wappnen. In 36 wichtigen Städten sollen die mit Panzerfahrzeugen, Tränengas und Schlagstöcken ausgerüsteten Beamten stationiert werden, berichtete die Nachrichtenagentur Xinhua am Donnerstag. Allein in den Metropolen Peking und Schanghai sollen sich jeweils 600 Elitepolizisten bereithalten. Laut Ministerium für öffentliche Sicherheit hatten sich in China im Jahr 2004 rund 3,8 Mio. Menschen an 74.000 Protestaktionen beteiligt.

Mehr als 100 Tage Streik bei AUSSA

Stadtverwaltung von Sevilla versucht prekäre Arbeitsbedingungen zu erzwingen

Die Arbeiter beim städtischen Abschlepp-unternehmen AUSSA im spanischen Sevilla befinden sich seit mehr als drei Monaten in einem unbefristeten Streik. Der Ausstand begann am 16. Mai, nachdem in Folge eines vorangegangenen Streiks vier Arbeiter entlassen wurden und gegen eine Reihe weiterer Disziplinarmassnahmen eingeleitet worden waren. Zuvor hatten die Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil die Stadtverwaltung die Beschäftigten schrittweise durch Arbeiter mit absolut prekären Verträgen ersetzen will. Die derzeitige Belegschaft, von denen viele in der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT organisiert sind, hatte sich in den letzten 15 Jahren u.a. feste Verträge erkämpft. Die sollen jetzt nach dem Willen des Mangements aufgeknackt werden.

AUSSA ist ein Firma im Rahmen des sog. „Public-Private-Partnership". Das Abschleppunternehmen ist zum Teil in Privatbesitz, zu einem anderen im Besitz der Öffentlichen Hand. Sevilla wird von einer Koalition aus PSOE (Sozialdemokraten) und Izquierda Unida regiert. Bei letzterer handelt es sich um eine linkssozialdemokratische Partei, die mit der PDS verschwistert ist. Die Stadtverwaltung hat zu keinem Zeitpunkt irgendeinen Zweifel daran gelassen, dass sie Ersetzung von Festangestellten durch prekär Beschäftigte auf Biegen und Brechen durchsetzen will. Mittlerweile haben auch die beiden sozialdemokratischen Parteien selbst deutlich gemacht, dass sie hinter den Entlassungen und den Repressalien gegen die streikenden Arbeiter stehen.



Demonstration der CNT in Sevilla am 11.8.05

Gegen die Entschlossenheit von Management und Stadtverwaltung, den Willen der Arbeiter zu brechen, haben diese seit Monaten dutzende von Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Aktionen organisiert. So finden u. a. jeden Dienstag und Freitag Kundgebungen in Sevilla statt. DIe Belegschaft wird dabei von der Lokalföderation der CNT unterstützt, die in den letzten Jahren rapide gewachsen ist und mehrere Arbeitskämpfe erfolgreich beenden konnte. Aber auch aus anderen spanischen Regionen und zunehmend auch aus dem Ausland kommt ideelle und finanzielle Unterstützung.

Dennoch ist die Situation der Belegschaft nicht einfach. Die Stadtverwaltung hat gehofft, dass sich der Streik über die Sommermonate totlaufen würde und die finanzielle Situation in Kombination mit verschärften Repressalien seitens der Polizei die Arbeiter in die Knie zwingen würde. Nachdem das nicht geschehen ist und sich die öffentlichkeitswirksamen Aktionen verstärken, hat das Management Mitte August angeboten, zwei der vier Entlassenen wieder einzustellen. Die Arbeiter haben angekündigt, dass sie auf jeden Fall weitermachen werden, bis die Kündigungen aller vier Kollegen und die Sanktionen rückgängig gemacht werden.

Die Arbeiter von AUSSA bitten darum, dass Protestfaxe an den Bürgermeister (0034.954.590.163), den Gouverneur (0034.954.505.770) und das Management von AUSSA (0034.954.277.013) geschickt werden. Es schadet auch nichts, sich an spanische Konsulate und Botschaften zu wenden.

Damit den Arbeitern nicht finanziell die Puste ausgeht, wurde ein Spendenkonto emit der Nummer ES67-2100-2587-86-0110253165 (La Caixa) eingerichtet. Ausführliche Informationen zum Streik finden sich unter http://www.cnt.es/aussa.

robot

„Reißt die Mauern der Apathie ein!"

Der Anarcho-Syndikalismus in Slowenien[1]

Zu den aufstrebenden syndikalistischen Organisationen lassen sich vor allem diejenigen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens zählen. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die Sindikata samoorganiziranega delavstva (SiSD)/Union of self-organised workers (USW) aus Slowenien, die seit dem letzten Jahr als eigenständige Gruppe existiert[2], um auf diese Weise Streiks und andere Aktionen effektiver durchführen zu können. Gegenwärtig bestehen drei Ortsgruppen in der Hauptstadt Ljubljana, Maribor und der Region Zasavje (Zentralslowenien) mit insgesamt zehn bis 15 Mitgliedern, darüberhinaus gibt es 20 - 30 SympathisantInnen. „Offiziell" will sich die SiSD/USW dann als Gewerkschaft konstituieren und sich festere Strukturen geben (u.a. durch Einrichtung eines General-, Finanz- und Internationalen Sekretariats, eventuell auch von Regionalsekretariaten), wenn ihre Mitgliederzahl auf 30 angestiegen ist. Da mehrere AktivistInnen einer basisgewerkschaftlichen Initiative in einer Möbelfabrik den Beitritt erwägen, sollte dieser Schritt bald vollzogen werden können.

Dies ist auch dringend nötig, da sich der umfassende Prozeß des Abbaus sozialer Rechte seit der Unabhängigkeitserklärung des Landes 1991 zunehmend beschleunigt. So wurde u.a. jüngst von der Regierung beschlossen, die Lebensarbeitszeit von 35 Jahren für Frauen und 40 Jahren für Männer zu erhöhen, eine Anpassung der Renten an die Inflationsrate allerdings erneut unter den Tisch fallen zu lassen. Von den Privatisierungen wurden bislang nur wenige Branchen wie das Gesundheitswesen[3], die Schulen, die Telefongesellschaft sowie die Fernsehanstalten und Banken ausgespart, allerdings steuert die nach den Parlamentswahlen im Oktober letzten Jahres gebildete, dem Ultramontanismus zugeneigte Regierung einen extrem neoliberalen Kurs und plant weitere Maßnahmen in dieser Richtung[4].

An einer Bekämpfung der durchschnittlich bei 15%, in manchen Regionen sogar bei 25% liegenden Arbeitslosigkeit sind weder die Repräsentanten des Staates, die sich mit dem Verweis auf die ähnlich gelagerten Verhältnisse in der EU aus der Äffare zu ziehen suchen, noch die des Kapitals interessiert, um eine „industrielle Reservearmee" als Druckmittel in der Hand behalten zu können. Die „Zuverdiensttätigkeit", der die Erwerbslosen nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen einige Stunden nachgehen können, erbringt nur völlig unzureichende Hungerlöhne und zwingt die Betroffenen, auf den Schwarzmarkt zurückzugreifen, um überleben zu können. Viele dieser Teilzeitjobs, deren Ablehnung den Verlust des Arbeitslosengeldes nach sich zieht, wurden in der Landwirtschaft eingerichtet und setzen dementsprechend eine hohe Mobilität und Flexibilität voraus. Generell hat sich das Problem mit prekarisierter Arbeit und Zeitarbeitsagenturen inzwischen dermaßen verschärft, daß die SiSD/USW der entsprechenden IAA-Kampagne im April diesen Jahres einen besonders hohen Stellenwert zumißt.

Die beiden größeren (sozialpartnerschaftlichen) Gewerkschaftsbünde, der linksliberale Verband der freien Gewerkschaften und die konservative Konföderation 90, haben sich in diesen Verhältnissen bestens eingerichtet und beschränken sich auf den regelmäßigen Abschluß von Tarifverträgen mit der Regierung und den Bossen. Letztere ziehen „bequemerweise" auch gleich die Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn ab, ohne die ArbeiterInnen über die jeweilige „Arbeitnehmervertretung ihres Vertrauens" zu informieren. Die Aktivitäten der SiSD/USW konzentrieren sich demzufolge schwerpunktmäßig auf die Propagierung der anarcho-syndikalistischen Idee, daß der selbstorganisierte, die Beteiligung an gesetzlichen Stellvertretergremien ablehnende Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und ArbeiterInnenrechte als Mittel der Aufklärung dient und damit eine wesentliche Voraussetzung für die Befreiung der Gesellschaft vom Kapitalismus ist. Dies geschieht durch eine seit Februar diesen Jahres erscheinende Zeitung namens „Delavska solidarnost" (Arbeitersolidarität) mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren und die Verbreitung von Broschüren mit Texten von Kropotkin und Rudolf Rocker. Da angesichts einer zunehmend globalisierten Ökonomie neben den Aktionen auf lokaler Ebene auch den Verbindungen auf internationaler Ebene eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt, kooperiert die SiSD/USW eng mit den kroatischen und serbischen Schwesterorganisationen. Perspektivisch wird der Eintritt in die IAA angestrebt, an deren letztjährigen Kongreß in Granada ein Genosse als Beobachter teilgenommen hat.

Auf gewerkschaftlichem Gebiet kämpfen die slowenischen SyndikalistInnen gemeinsam mit einer selbstorganisierten ArbeiterInneninitiative momentan besonders auf Seiten der KollegInnen der Bekleidungsbranche in Zasavje, wo eine besonders hohe Arbeitslosigkeit von 20% herrscht. Dort warf vor zwei Jahren eine Schuhfabrik die ArbeiterInnen auf die Straße, woraufhin die Regierung und das Arbeitsamt aus Furcht vor sozialen Protesten die Übernahme der Lohnzahlungen für ein Jahr im Falle einer Neueinstellung anboten. Die auf diese Offerte eingehende Handschuhfabrik „vergaß" die Weitergabe der Gelder aber schon nach drei Monaten, d.h. ab Februar diesen Jahres. Um den Kampf gegen diese Ausbeutung wiederaufzunehmen - so hielten die ArbeiterInnen den Manager einmal in der Fabrik fest, bis er mit polizeilicher Gewalt befreit wurde -, organisierte die SiSD/USW am 12. Mai eine gut verlaufene Protestveranstaltung.



Graffiti am Hauptbahnhof von Ljubljana

Ein weiteres Betätigungsfeld eröffnet sich vordringlich bei den LKW-FahrerInnen in Maribor, die überwiegend in kleinen, in mafiöse Strukturen mit der Polizei, der Kirche und der Gewerbeaufsicht eingebundenen Betrieben arbeiten, was es den Chefs ermöglicht, sie mit gefälschten Papieren auszustatten. Die FahrerInnen sind dadurch gezwungen, die rechtlichen Regelungen zu umgehen (die u.a. eine maximale Fahrzeit von acht Stunden bzw. den Einsatz einer zweiten Fahrerin/eines zweiten Fahrers vorsehen) und unbezahlte Überstunden zu leisten.

Peter Grimberg

[1] zusammengestellt anhand eines Interviews mit Anze und Predrag aus Ljubljana

[2] nachdem sie seit 2002 als Propagandavereinigung der Social-anarhisticna federacija (SAF) angehört hatte. Die anarchistische Bewegung in Slowenien ist übrigens noch relativ jung an Jahren - die einzige „Vorläuferorganisation" war ein um 1870 gegründeter Arbeiterbildungsverein in Ljubljana, dem auch einige AnarchistInnen angehörten. In den 1890er Jahren wurde der Verein von den österreichisch-ungarischen Behörden verboten, die anarchistischen Mitglieder verhaftet.

[3] allerdings gibt es einige teure Privatkliniken, die deutlich besser ausgestattet sind als die staatlichen Krankenhäuser

[4] und vor dem Hintergrund des ausgeprägten Einflusses des Klerus in der Gesellschaft, der von der Kanzel massiv zu deren Wahl aufgerufen hatte, u.a. auch eine Zurücknahme der wenigen verfassungsmäßigen Minderheitenrechte der Roma

Briefbomben

DA-Schlussredaktion, Straßburger Straße 38, 10405 Berlin, da-schlussredaktion@fau.org

Arbeitsethos

hallo DA-Redaktion,

Als ich in der Ausgabe Nr. 170 den Artikel „Hosen Runter" las, war ich doppelt verdutzt. Zum einen konnte ich kaum fassen, was sich die „Arbeitsagentur" mit diesem lächerlichen Fragenkatalog wieder tolles hat einfallen lassen. Orwell lässt grüssen! Vor ein paar Monaten wäre so ein Artikel tatsächlich noch als Satire durchgegangen, mittlerweile kann nur noch gehofft werden, dass die „Arbeitsagentur" nicht noch mehr „Ideen" entwickelt um Arbeitslose in nicht vorhandene Jobs zu bringen. Womit wir schon beim zweiten Punkt sind, der mich ehrlich gesagt nicht nur verdutzt, sondern auch geärgert hat. So heißt es am Ende des Artikels: „Und dabei haben die Macher eines solchen Fragenkataloges eines vergessen: Man kann noch so viele Fragen beantworten - Jobs für das Heer von Arbeitslosen entstehen dadurch nicht. Die entstehen erst, wenn wir das System therapiert haben."

Was soll mir das als Leser sagen? Dass die FAU mittlerweile Abstand davon genommen hat, das System zu stürzen/überwinden/abzuschaffen? Und es jetzt nur noch „therapieren" möchte, was ja ganz nach reformieren klingt? Und wenn „das System" dann „therapiert" wurde, gibt es wieder „genug" Arbeit? Na toll, Danke! Auf solcherlei „Therapien" kann ich getrost verzichten, gilt es doch die Lohnarbeit abzuschaffen und die Produktion so zu organisieren, dass es möglichst WENIG Arbeit für alle gibt, was natürlich in kapitalistischen Verhältnissen nicht möglich ist. Weshalb eine „Therapie" sich auch garnicht, eine soziale Revolution sich hingegen sehr gut dazu geeignet die derzeitige Organisation der Produktion umzuwälzen. Denn wenn mich nicht alles täuscht, geht es doch darum und nicht darum mehr „jobs" zu „schaffen", wie in dem Artikel angedeutet wird. In der Hoffnung dass ihr aus den Irrwegen des Arbeitsethos wieder heraus findet, erwarte ich mit Spannung die nächste Ausgabe.

Kapitalismus ist nicht reformierbar (und auch nicht therapierbar)
liebe Grüße
basti

Goldene Türme wachsen nicht endlos ...

Kritik des Neokeynesianismus: Der neoliberalen Ideologie auf den Leim gegangen?

Ein Gespenst geht um in Europa und insbesondere in Deutschland, mal wieder. SPD, CDU und Medien jammern und bibbern vor einer „blutroten Gefahr", die vermeintlich - wie üblich - aus dem Osten käme. Dieses Gespenst ist aber wider Erwarten nicht das von Marx im „Manifest der Kommunistischen Partei" beschworene Gespenst des Kommunismus. Nein, heute schlottern den Damen und Herren Politikern und Ökonomen schon die Knie, wenn jemand versucht, den Kapitalismus zu retten, als angeblich gerechten „Kapitalismus light".

Zur medialen Sensation wurde dieses Anliegen durch die Gründung der „Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" und dann erst recht nach den NRW-Wahlen mit der Fusion von PDS und WASG zur „Linkspartei". Die WASG trägt ihren gerechten Kapitalismus schon im Namen: Diese Gerechtigkeit, so scheint es, ist nur durch „Arbeit für alle", sprich: Vollbeschäftigung zu bekommen. Denn wer arbeite, der habe auch zu essen, so scheint das unausgesprochene Argument zu lauten. Die PDS kann dem sicherlich folgen, mit Arbeitszwang hat sie in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin Erfahrung ...

Neu ist das alles nicht, von vorne bis hinten kennen wir die Argumentation von attac spätestens seit Mitte der 90er Jahre. Die Forderung nach einer „Tobinsteuer", einer Transaktionssteuer für globale Geldgeschäfte, haut in die selbe Kerbe wie die Forderungen der altbackenen Deutschen Keynesianistischen Partei (DKP): Regulation des Kapitalismus, der „Raubtierkapitalismus" müsse gezähmt werden.

Die Wirtschaftstheorie Keynes'

All diese Parteien, Organisationen und Einzelpersonen haben einen wirtschaftswissenschaftlichen Übergott, der, wenig überraschend, nicht Karl Marx heißt, sondern John Maynard Keynes.

Die „Keynes'sche Revolution", hervorgerufen durch die Veröffentlichung des Werkes „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" 1936, bestand in einer Fokussierung des Konsums: Krisen seien durch zu geringe Konsumption hervorgerufen, sowie durch eine Abnahme des „Grenznutzens" des Kapitals und zu hohe Zinsraten.

Keynes betonte, dass eine Senkung der Lohnkosten nicht gegen Unterbeschäftigung helfen würde, da hierdurch keineswegs die Gewinne steigen, sondern die Preise entsprechend fallen würden.

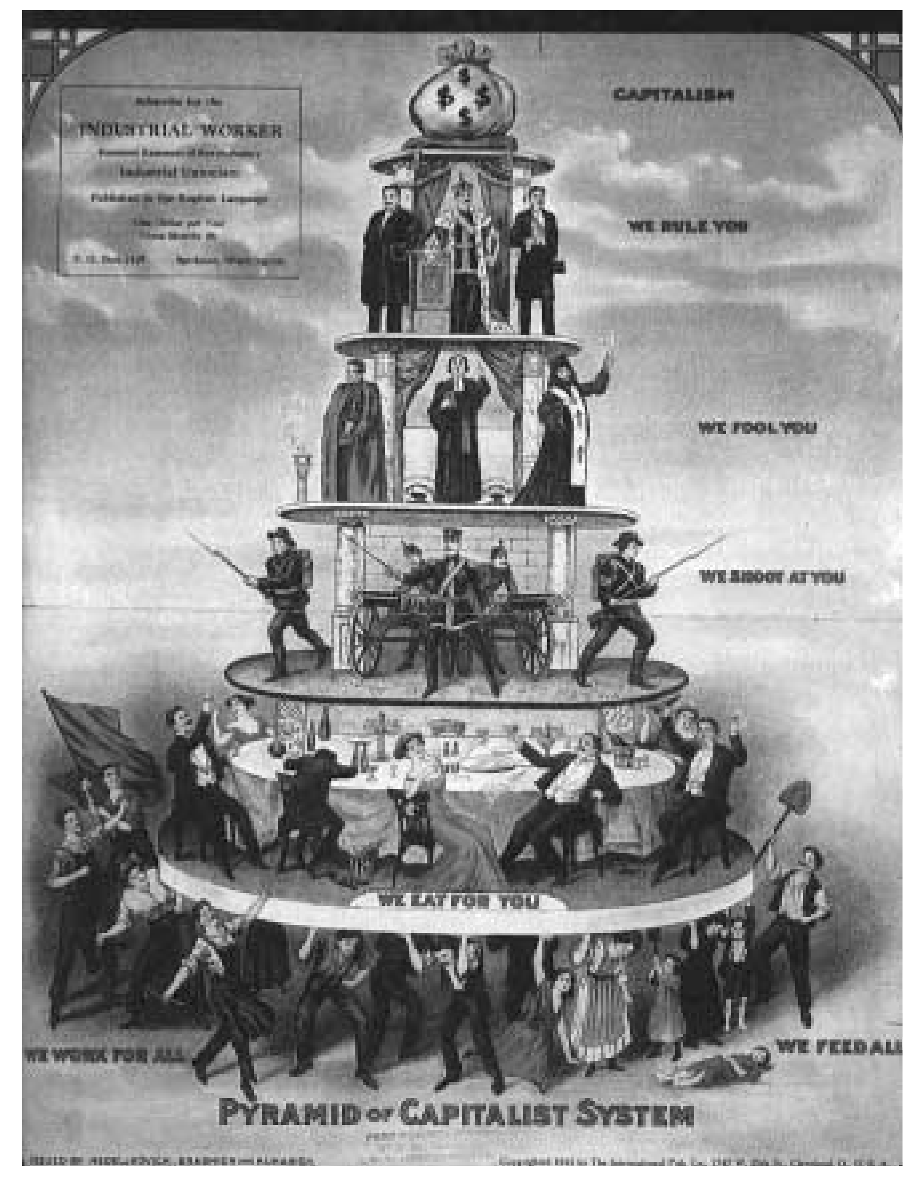
Theoretisch hintergründig heißt das, Keynes ging davon aus, dass der Markt sich nicht alleine stabilisieren bzw. stabil halten könne. Im Gegensatz zur Idee der „unsichtbaren Hand des Marktes" fordert der Keynesianismus aktive Intervention des Staates in die Wirtschaft. Der Staat soll dabei möglichst „antizyklisch" vorgehen, d. h. in Zeiten der Rezession investieren und in Zeiten der Hochkonjunktur sparen.

Keynes staatsinterventionistische Ideen, insbesondere den Zins betreffend, erinnern nicht zufällig an unausgegorene ökonomische Konzepte à la Proudhon oder Gesell. Ihnen allen ist eine Fokussierung der Ware Geld gemein und eine hochgradige Ignoranz gegenüber der Ware Arbeitskraft - damit auch der Interventionsmöglichkeit(en) durch Arbeits- und Arbeitermacht.

Im wesentlichen bedeutet dies: Die Keynesianer wollen einen stabilen - besser: einen steigenden - Konsum, damit der Kapitalismus wie bisher oder besser funktioniert. Historisch hat das von 1945 bis Anfang der 70er Jahre geklappt: Die ArbeitnehmerInnen kauften sich Fernseher, Auto und Haus, die Wirtschaft florierte. Dass dies auch aufgrund von Faktoren wie dem Produktionsschub durch die Führung und Beendigung des Zweiten Weltkriegs geschah, findet theoretisch keinen Widerhall unter den Keynesianern. Solcherlei „Wirtschaftswunder" müssten ewig andauern in der besten aller ökonomischen Welten. Aber: Goldene Türme wachsen nicht endlos, sie stürzen ein.

Die Krise des Keynesianismus und der Sozialdemokratie

In den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts wähnte sich der Liberalismus in einer Krise. Faschismus und Nationalsozialismus in Europa, der aufkommende „staatssozialistische" Machtblock und auch die regulatorische keynesianische Markteinschränkung durch den Staat schienen liberale Ideologien ins Abseits zu drängen.



In dieser Situation bildeten sich „Think-Tanks" wie in der sogenannten „Chicagoer Schule" um Milton Friedman und dem deutschen Pendant, der „Freiburger Schule", die der Wirtschaft nahestanden, von dieser finanziert wurden und auch heute noch bestehen - bekanntestes Beispiel ist die von Friedrich August von Hayek gegründete Mont Pelerin Society, aber auch z. B. die Bertelsmann-Stiftung ist dazu zu zählen.

Mit einer über den klassischen Liberalismus hinausgehenden Idee der marktwirtschaftlichen Freiheit, einhergehend mit einer „Staatsphobie", die sich deutlich von einer anarchistischen Staatskritik (die nicht ohne Kapitalkritik zu haben ist) unterscheidet, wurde die Krisenideologie „Neoliberalismus" formuliert und vorerst in die Diskussionen der Intellektuellen getragen, um einen wissenschaftlichen Dünkel zu erhalten, um also als wirtschaftswissenschaftliche „Wahrheit" durchgehen zu können. Ein direkter Eingriff in die Tagespolitik, neoliberale Konzepte als politische Forderungen, war vorerst nicht vorgesehen.

Mit der Wirtschaftskrise der 70er Jahre hat sich das keynesianische Wirtschaftssystem als für einen notwendigerweise expandierenden - sich „globalisierenden" - Kapitalismus untauglich herausgestellt. Die gleichzeitige finanzpolitische Inflation und wirtschaftliche Stagnation („Stagflation") ließen das keynesianische Modell zweifelhaft erscheinen. Neben einer „Radikalisierung" des keynesianischen Grundgedankens der staatlichen Intervention stand der „Neoliberalismus" als vermeintliche Lösung für die Wirtschaftskrise zur Verfügung.

In die Tat umgesetzt wurden neoliberale Ideen dann erstmals offensiv in den Industriestaaten durch Thatcher und Reagan. Als erstes neoliberales Experiment gilt jedoch die chilenische Wirtschaftspolitik unter der Pinochét-Diktatur, die massiv und aktiv von der Chicagoer Schule gefördert wurde.

Der Beweis der Untauglichkeit des Keynesianismus war gleichzeitig der Beweis der Untauglichkeit der Sozialdemokratie für einen Kapitalismus. Sozialdemokratie war - und ist - im wesentlichen die politische Seite der Medaille. Keynesianisch-sozialdemokratische Kapitalismusmodelle hatten zwar einerseits die soziale Absicherung zum Ziel, zum anderen aber auch eine hochgradige disziplinarische Kontrollgesellschaft und die oftmals von Liberalen angeprangerte „Gleichmacherei" (die etwas ganz anderes ist als soziale Gleichheit): So wie das Wirtschaftssystem der UdSSR das Scheitern eines staatlich organisierten Sozialismus bewiesen hat, hat insbesondere das schwedische Modell in den 70er Jahren das Scheitern der Sozialdemokratie bewiesen.

Wenn der Neoliberalismus auch von konservativen Regierungen zu einem leitenden politischen Handlungsbild wurde, so ist er doch auch unter sozialdemokratischen Regierungen längst Usus, benannt und bekannt als Sachzwang. Die sozialdemokratischen Regierungen Blair und Schröder unterscheiden sich wirtschaftspolitisch nur marginal von ihren konservativen Pendants.

Die unter Linksradikalen übliche Rede vom „Verrat" durch die Sozialdemokratie hat damit tatsächlich etwas für sich: Die sich so nennende Sozialdemokratie hat sich und den Keynesianismus verraten, allerdings nur zur Hälfte, denn Kontroll- und Disziplinargesellschaft hat sie beibehalten und mit neoliberalen Argumenten verschärft: Wirtschaftliche Freiheit im Kapitalismus braucht staatliche Sicherheit. Dieser „Verrat" sollte allerdings all jene nicht anfechten, die sowieso nie Sozialdemokraten waren.

„Verrat!" zu schreien, bleibt der Neuen Sozialdemokratie - attac, WASG, PDS und DKP - überlassen, jenen, die sich eine Rückkehr zum Keynesianismus wünschen.

Herbert Schui, WASG-Mitglied und niedersächsischer Bundestagskandidat, wünscht sich wörtlich die Wirtschaftspolitik eines Roosevelt zurück. Das keynesianische Wirtschaftsmodell ist in Zeiten der Krise zusammengebrochen, weil es nicht die erforderlichen Mittel besaß, dieser Krise Herr zu werden. Die neoliberale Ersatzideologie besaß und besitzt diese zwar auch nicht, dennoch: Eine heutige Rückkehr zum Keynesianismus ist angesichts der globalen Wirtschaftsverhältnisse ein Ding der Unmöglichkeit.

Aufstieg des Neokeynesianismus?

Das wirtschaftliche „Konzept" Neoliberalismus, das den Keynesianismus ablöste, scheint heute ebenfalls am Ende. Wirtschaftsideologen wie Hans-Werner Sinn vom ifo-Insitut München machen heuer keinen Hehl mehr daraus, dass auch neoliberale Experimente nicht zu Lohnerhöhungen, Aufschwung, kurz: zu einem besseren Leben im Kapitalismus führen würden. Der neoklassische Theoretiker von Welt macht keine Versprechungen, er ist ganz und gar Wissenschaftler und überzeugt, dass der neoliberale Kapitalismus der einzige Weg des Kapitalismus ist.

So ganz unrecht hat er da nicht, es ist was dran an der Rede von den „Sachzwängen", soweit man denn bereit ist, die Prämisse „Kapitalismus" zu akzeptieren - und das sind mangels Alternative die meisten.

Das macht den Unterschied zwischen Neoklassik als ökonomischer Wissenschaft, die den Regeln kapitalistischer „Vernunft" gehorchen möchte, und Neoliberalismus als Krisenideologie, die einen „Heilsweg" aufzeigen wollte, aus. Der Neoliberalismus steckt in der Krise, weil er Versprechen gegeben hat, die er nie einhalten konnte. Nachdem das in Politik, Wirtschaft und Alltag aufgefallen ist, machen sich viele auf die Suche nach einer Ersatzideologie und finden diese in einem erneuerten Keynesianismus, dem sogenannten „Neokeynesianismus".

Beispielhaft für den Neokeynesianismus sind die jährlichen Wirtschaftsmemoranden der „Arbeitgruppe Alternative Wirtschaftpolitik" zu lesen. Wenn die Online-Enzyklopädie Wikipedia feststellt, dass der Neokeynesianismus die Prämissen des Neoklassizismus (der Wirtschaftstheorie des Neoliberalismus) akzeptiere - sprich: die Notwendigkeit, den Kapitalismus zu erhalten - so ist dem nur beizupflichten.

Die AutorInnen des Memorandums betonen im Gegensatz zu den Neoklassikern Mal um Mal, wie notwendig ein Eingreifen des Staates sei, um den Kapitalismus zu retten. Dabei betonen sie gerne die vielfache Widerlegung der neoklassischen Theorie durch die Empirie. In den Worten Herbert Schuis: Es würde etwas schief laufen, wenn jedes Flugzeug, an dem ein bestimmtes Ingenieursteam gearbeitet hätte, abstürzt, und da müsse etwas getan werden. Aber: Stellt man dann das Ingenieursteam wieder ein, bei dem jedes zehnte Flugzeug abstürzte? Oder sucht man sich nicht eine neue Methode, die Abstürze vollkommen vermeidet?

Getreu dem keynesianischen Diktum prangern die Neokeynesianer eine „zwanghafte Sparpolitik" des Staates an, wo doch in Zeiten der Krise investiert werden müsse, um die Nachfrage, den Konsum anzukurbeln und damit der Krise zu entkommen.

„Wenn alle, die arbeiten können und wollen, einen ordentlichen Arbeitsplatz zu tariflichen Bedingungen erhielten, wäre der gesellschaftliche Reichtum [...] um mindestens ein Fünftel höher als heute." Besagt das Memorandum 2005 der „alternativen" Wirtschaftspolitiker. „Woher?" würden die Neoliberalen wohl fragen. Der Bremer Ökonomieprofessor Jörg Hufschmidt glaubt eine Antwort gefunden zu haben: Durch mehr Vertrauen in Wachstum könnten neue Arbeitsplätze in neuen Sektoren geschaffen werden. Diese würden zu erhöhtem Konsum führen, und dies zu tatsächlichem höheren Wachstum.

Die Ideologie der Rückkehr zur Vollbeschäftigung, die hier zu Tage tritt, ist etwa so realistisch wie der morgen ausbrechende anarchosyndikalistische Generalstreik. Auf Nachfrage erläuterte Hufschmidt, diese neuen Arbeitsplätze sollten im Bereich der Dienstleistungen und der Pflege geschaffen werden.

Was er vergisst: Dies sind Reproduktionsarbeiten, die auch heute schon getan werden, zumeist unbezahlt und wie selbstverständlich von Frauen. Die von Hufschmidt vorgeschlagenen neuen Arbeitsplätze taugen daher nicht zur weiteren Akkumulation von Kapital, sie sind Zuschussgeschäfte.

Fortsetzung auf Seite 13

Verwendete Literatur:

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2005. Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft. Alternativen der Wirtschaftspolitik, Bremen 2005

FAU Münster (Hrsg.), Globalisierung und Widerstand, Moers 2002

Foucault, Michel, Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt a.M. 2004

Walpen, Bernhard, Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pelerin Society, Hamburg 2004

Die SPD – Schrittmacherin der Reaktion

Ein Rückblick in die Geschichte

Der folgender Textauszug dokumentiert die Position der FAUD zu ökonomischen Problemen zur Zeit der Weimarer Republik. Entnommen aus: „Voran! Unser Weg. Prinzipienerklärung des Anarcho-Syndikalismus. Organisationsstatut der FAUD. (A.-S.). Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten), von 1932. Verlag: Reinhold Busch, Berlin S 14, Märkisches Ufer 11.

Die Reaktion auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens findet in der Arbeiterbewegung keinen nennenswerten Widerstand. Durch die sozialdemokratische Partei wird diesem Versklavungskurs schamlos das Wort geredet. Sie stützt jede, auch die reaktionärste Reichsregierung und ist für alle politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse voll verantwortlich. Nur auf ihre tätige Mithilfe ist es zurückzuführen, wenn es allenthalben gelang, diesen Kurs widerstandslos durchzusetzen. Jede sozialistische Gesinnung mit ihren Konsequenzen ist bei dieser Partei vor die Hunde gegangen. Man kennt nur noch eine einzige Rücksichtnahme, von der man alle Entscheidungen abhängig macht: Unbedingt und um jeden Preis den sogenannten politischen Einfluß zu halten, die feige Angst um ihre Tausende von staatlichen Posten hat den Politikern der SPD allen Verstand und alles proletarische Fühlen genommen. Übriggeblieben ist nur der Zustand, dass der kapitalistisch-bürgerliche Staat die Sozialdemokratie, nicht aber sie den Staat erobert hat. Die sozialdemokratischen Führer erweisen sich als die diensteifrigsten Lakaien der Herrscher von heute. Wie weit ihr Verbürgerlichungsprozeß schon vorgeschritten ist, das haben wir an der Bewilligung der Panzerkreuzer-Bauraten gesehen. Mit dem Maul sind sie für Völkerversöhnung und -verständigung, in der Tat aber gute Militaristen, die in ihrer Endkonsequenz den Stahlhelmern und Hitlerianern in nichts nachstehen. Diese Panzerkreuzersozialisten haben es bis zum heutigen Tage verstanden, Millionen Arbeiter zu düpieren. Große Teile der Arbeiterschaft glauben noch daran, es hier mit einer Arbeiterpartei zu tun zu haben. Das ist nicht der Fall, die sozialdemokratische Partei ist der linke Flügel des Bürgertums. Sie kann ihrem ganzen Wesen nach nur Bürger, aber keine Arbeiter organisieren und gebrauchen.

Es ist erfreulich, daß weite Kreise der Arbeiterschaft die sozialdemokratische Partei in ihrem Tun durchschaut haben und sich jetzt mit einem Ekelgefühl von ihr abwenden. Ihre Zusammenarbeit mit den Zentrumspfaffen ist ein Symptom, und die Arbeiter, die die Konsequenzen einer solchen Zusammenarbeit nicht sehen, sind wirklich zu bedauern. Die pfäffische Verdummungspolitik hat ihren Schrittmacher in der Sozialdemokratie gefunden. Arbeiter, seht ihr die Zusammenhänge? Kirche und Staat waren von jeher unsere Feinde, heute versucht man sie uns als „Helfer" und „Freunde" schmackhaft zu machen!



Für die SPD gibt es keinen Klassenkampf mehr. Der hat sich überlebt und überholt, seit man selbst an den Futterkrippen sitzt. Es gibt nur noch die alleinige Entscheidung aller Dinge durch den Stimmzettel, den man dann und wann einmal in ein Wahlklosett hineinträgt. Diese Politik hat unser Elend gezeitigt und hat unsere Versklavung im Gefolge. Daß Klassenfragen Macht- und Kampffragen sind, ist der Parteibürokratie ein Buch mit sieben Siegeln geworden. So hat sich denn das von der Sozialdemokratie vertretene Prinzip der Demokratie als vollständig untauglich für den Befreiungskampf des Proletariats erwiesen. Da, wo man die Ansätze einer sogenannten demokratischen Staatsform hatte, da fehlten die Demokraten die zu ihrem Prinzip gestanden hätten. Uns genügt es, zu wissen, daß die sich so nennenden Demokraten alle demokratischen Grundlagen in Deutschland aufgehoben haben. Verlangt die Sozialdemokratie, daß wir sie noch ernst nehmen?

Vollständiges Versagen der zentralistischen Gewerkschaften

Die Koalitions- und Kompromißpolitik hat man in dieser Form auch auf die Gewerkschaftsbewegung übertragen. Die Zentralverbände aller Schattierungen unterstehen dem Einfluß der SPD. Sie gibt den Ton an. Dieser tönerne Koloß, diese Millionen organisierter Werktätiger haben sich in ihrer Organisation ein vollständig unbrauchbares Kampfmittel geschaffen, ein behäbiges, schwerfälliges, reaktionäres, von allen guten Gestern verlassenes Organisationsgefüge. Ihm fehlt die Lebendigkeit revolutionärer Energie und die notwendige Klassenkampffreudigkeit. In jedem Betrieb klingt es den neuanfangenden Kollegen in die Ohren: „Kollege, bist du schon organisiert?!" Daß man daraufhin auch einmal die Frage stellt und darüber nachdenkt, warum man sich denn eigentlich organisiert, das bringt die Zentralverbandsstrategen aus dem Häuschen. Es genügt eben, organisiert zu sein und das große Heer der Nullen um eine weitere zu vermehren. Marschiere nur mit, Prolet, weshalb - das wissen wir selber nicht. Wenn wir nur marschieren.

Die großen Zentralverbände sind lediglich Unterstützungseinrichtungen geworden. Man erzog sich eine Arbeitermentalität, die sich vollständig darin erschöpft, für den hineingesteckten Beitrag möglichst ebensoviel herauszuholen. Daß die wenigsten Geldmittel für Streik und Kampf ausgegeben werden, versteht sich von selbst. Für die Zentralverbandsstrategen gibt es nur noch „wilde Streiks"; bei diesen sind sie der Gefahr entrückt, sie finanzieren zu müssen. Wo soll man auch bei größeren Kämpfen die Geldmittel hernehmen, wenn sie in den mannigfaltigsten kapitalistischen Unternehmungen des Wirtschaftslebens stecken? Die Grundaufgaben einer Gewerkschaftsbewegung: Kampf um Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Abwehr aller Versuche, die Lebensexistenz des Volkes zu verschlechtern, werden nicht mehr erfüllt. Man konstatiert nur immer während neue und vollzogene Abbaumaßnahmen und findet sich kampflos damit ab. Das Wirtschaftsinteresse ist dem politischen unterstellt worden, auch für diese Fragen entscheidet letzten Endes die Sozialdemokratie, die auch hierin auf ihre politischen Partner der Gegenwart und der Zukunft Rücksicht nehmen muß. Sie will mit diesen Partnern und industriellen Scharfmachern die Krise überwinden, und dieser Weg geht über den Abbau aller sozialen und wirtschaftlichen „Errungenschaften". Wenn die Zentralgewerkschaften keine Kampforganisationen sind - Arbeiter, was wollt ihr in diesen Verbänden? Es steht ganz außer Zweifel, daß die Politik der SPD und der Zentralgewerkschaften erst dem Faschismus und der Reaktion die Möglichkeit gegeben haben, sich entfalten zu können. Wo die reaktionären Kräfte keinen ernsthaften Widerstand finden, da können sie sich am besten entwickeln.

Fortsetzung „Goldene Türme ..." von Seite 12

Der Staat hat nun verschiedene Möglichkeiten, damit umzugehen: Zum einen kann er der Forderung nachkommen und Arbeitsplätze zu „tariflichen Bedingungen" schaffen, was nur bedeuten könnte, die Tarifverträge nach unten zu korrigieren. Zum zweiten könnte er Billiglohnjobs einführen. Beides heißt: Hartz VI ist bereits ausformuliert, und zwar von PDS/WASG. Drittens könnte der Staat noch auf die Ausbeutung anderer Staaten ausweichen und seine Position im globalen Arbeitsmarkt ausspielen. Hier liegt eine allgemeine Schwäche des Keynesianismus: Er ist fokussiert auf Nationalökonomien, und auf den globalen Weltmarkt hat er keine methodische Antwort außer Ausbeutung.

Auf europäischer und globaler Ebene bleiben die Forderungen der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" dann auch selbst hinter den eigenen Forderungen zurück: Für bereits in Kraft getretene Liberalisierungsabkommen innerhalb der EU oder der WTO fordert sie nichts weiter als eine „Vertiefung der europäischen Kooperation anstatt schlicht und einfach die Rücknahme dieser Vorschriften und Abkommen.

Wider die ökonomische Vernunft!

Die Neokeynesianer und Sozialdemokraten aller Parteien haben im wesentlichen ein gemeinsames Ziel: Arbeitsplätze bis hin zur Vollbeschäftigung, Steigerung von Kaufkraft und Konsum, und das alles, um das kapitalistische System am Funktionieren zu halten.

Das sei, so wird im Memorandum 2005 vielfach betont, „ökonomisch vernünftig". Diese „ökonomische Vernunft" ist nichts anderes als die Akzeptanz der inneren Logik des Kapitalismus. Es gilt, gegen diese Vernunft zu intervenieren.

Keineswegs heißt dies, Abschied von jedweder Ökonomie zu nehmen. Im Gegenteil: Der Anarchosyndikalismus erkennt gerade ein Primat der Ökonomie - im Gegensatz zu Keynesianismus und Sozialdemokratie, die auf ein „Primat der Politik" beharren. „Primat der Ökonomie" heißt aber in diesem Sinne, den Wert der Ware Arbeitskraft zu erkennen und so zu nutzen, dass die Ökonomie eine menschenwürdige wird - und damit aus der Logik des Kapitalismus ausbricht.

Weil die Neokeynesianer der Politik zu viel Gewicht beimessen, müssen sie sich auch über einen „klassengebundenen Interessencharakter dieser Politik" wundern. Dabei ist der noch älter als alle altbackenen Ideen zur Rettung des Kapitalismus. Keynesianismus offenbart sich hier - nicht zum ersten Mal - als Ideologie für ein Volkskollektiv, nicht für ein Kollektiv der produzierenden Klasse. Anstatt der herrschenden Klasse und ihren Vertretern ernsthaft „Alternativvorschläge" machen zu wollen, die logischerweise „auf Ablehnung und kompromisslose Gegenwehr von Seiten der Kräfte, die von der vorherrschenden Politik profitieren", stoßen, wäre doch mal eine ebenso kompromisslose Gegenposition zur herrschenden Klasse zu bedenken. Warum jemandem Kompromisse anbieten, wenn von vornherein klar ist, dass dieser jemand sie sowieso nicht akzeptieren wird?

„Wann sehen die Politiker endlich ein, dass Politik keine Arbeitsplätze schaffen kann?" fragte vor einigen Monaten telefonisch ein anonymer Fernsehzuschauer bei der WDR-Sendung „Westpol - Nachgefragt". Der geladene Wirtschaftsexperte der CDU kommentierte „Das haben sie schon lange eingesehen". Die resignierten Berufspolitiker wie auch der anonyme Zuschauer scheinen da schlauer als die Strategen von PDS, DKP und attac, die immer noch auf die Handlungsmacht der Parlamente vertrauen.

Die Wahl zwischen Neoliberalismus und Neokeynesianismus ist passenderweise ähnlich erfolgversprechend wie die Wahl zwischen der FDP und der Linkspartei - oder sonst irgendeiner Partei: Sie wird am Kapitalismus nichts ändern, denn:

Der „sozial gerechte" Kapitalismus ist wesentlich unwahrscheinlicher als eine klassenlose Gesellschaft.

Teodor Webin

Randbemerkungen der Revolution

Zur zweiten Auflage von „Ceux de Barcelone“, Hanns-Erich Kaminski, Tranvia, Berlin, 2005

Am Ende mancher Diskussionen bleibe ich müde liegen. Völlig geschafft und frage mich: „Wofür war das jetzt? Was hat das genützt?“ Im Gleichnis Platons sind die Menschen ihr Leben lang in einer Höhle angekettet, und alles, was sie sehen, sind die Schattenbildnisse von Gegenständen, welches durch ein Feuer auf die Wand vor ihnen projiziert wird. Irgendwann reißt sich einer dieser Menschen los. Er klettert den beschwerlichen Weg nach oben, nach draußen, raus aus der Dunkelheit. Oben angekommen ist er geblendet von der Helligkeit der Sonne, doch nach einer Weile der Gewöhnung erkennt er die Schönheit der wirklichen Welt. Der Befreite (natürlich ein Anarchist) kehrt zurück in die Höhle, um seinen Mitgefangenen von seinen Entdeckungen zu berichten. Diese jedoch sind nicht interessiert. Sie erklären ihn für verrückt und fordern ihn auf, sich wieder anzuketten. Platon erwägt, dass dieser neue Mensch sich nicht einfach so wieder anketten kann. Genauso fühle ich mich. Ich kann einfach nicht mehr zurück, ungeachtet der kapitalistischen Ignoranz, die mir an so manchen Tagen entgegentritt. Für den eher modern angehauchten Lesenden könnte mensch zur Verdeutlichung auch den Film Matrix bemühen. Du musst dich entscheiden, die blaue oder die rot(-schwarz)e Pille. Im Falle der rot-schwarzen wird ein Schnitzel nie wieder einfach nur ein Schnitzel sein. Zumindest nicht ganz so leicht. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, was hat Platon oder die Matrix mit einem Buch über die spanische Revolution zu tun? Gut, so direkt eigentlich nichts. Aber innerhalb seiner Symbolkraft, als Hoffnung für den Tag, eine ganze Menge. Hanns-Erich Kaminskis (s. Biografie oben) Beschreibung erscheint wie eine Botschaft aus der Oberwelt an die Höhlenbewohner (bzw. in modern: wie eine Nachricht von Morpheus an den noch nicht befreiten Neo innerhalb der Matrix). Denn der Autor war kein nüchterner Geschichtsschreiber. Seine Intention war viel mehr laut einer Selbstdarstellung in der Le Libertaire, „den Leser nicht mit Daten oder Fußnoten (zu) belasten; denn in Wirklichkeit schreibe er nicht für die Wissenschaft, sondern für die Arbeiter.“ Auch darum reiste der Journalist vom September 1936 bis zum Januar 1937 nach Barcelona. In einem Zeitraum, als der Einfluss der anarchistischen Kräfte auf das öffentliche Leben Kataloniens deutlich spürbar und noch ungebrochen war. Um sie aufzuzeichnen. Die Revolution.

Fortsetzung gegenüber

Raus auf die Straße ...

Interview mit Marc Amann, Herausgeber und Mitautor des Buches „go.stop.act!“
Die Kunst des kreativen Straßenprotests

Hallo Marc. In Deinem unlängst erschienenen Buch geht es um neuere Formen des Straßenprotests, die einer breiteren (linken) Öffentlichkeit seit den Großereignissen der Anti-Globalisierungsbewegung, wie etwa den Protesten gegen das WTO-Treffen 1999 in Seattle und den Ereignissen in Genua im Sommer 2001, zum Teil bekannt sind (Reclaim the Streets, Pink & Silver usw.). Es werden aber auch Aktionsformen besprochen, die vielen völlig neu sein dürften. Was hat es z.B. mit Street Art, Guerilla Gardening und Flash Mobs auf sich?

Das Entstehen der globalisierungskritischen Bewegungen ging einher mit großen und bunten Straßenprotesten, und es fand allgemein ein Wiederaufleben von Straßenprotest statt, bei dem sich aus unterschiedlichen Einflüssen und dem Zusammentreffen verschiedener lokaler und regionaler Protestkulturen neue Formen entwickelten. Reclaim The Streets war als Aktionsform z. B. wichtig für die Verbindung von Party, Karneval und Blockaden bei den Gipfelprotesten und auch für die gleichzeitig stattfindenden dezentralen globalen Aktionstage, zu denen PGA (Peoples´ Global Action) aufgerufen hatte.

Das Anliegen von „go.stop.act!“ ist es, zu zeigen, dass es neben (nicht statt!) den



üblichen Straßenprotestformen wie Infotischen, Kundgebungen und Demonstrationen, noch andere Aktionsformen gibt, die je nach Anlass, Situation und Zielen vielleicht sogar besser geeignet sein können. Und die zudem noch mit Kreativität, Spaß und Lust verbunden sind, was bei den üblichen Aktionen häufig zu kurz kommt. Insofern möchte das Buch den Blick und die Handlungsmöglichkeiten erweitern, aber auch bei der Darstellung der einzelnen Aktionsformen deren Entstehungsgeschichten erzählen, sowie Reflektionen über die Möglichkeiten, Chancen und „Schwächen“ der jeweiligen Aktionsformen ermöglichen.

Kurz zu den drei von Dir angesprochenen Aktionen: Street Art ist die Sammelbezeichnung für das Anbringen von Aufklebern, Postern, Scherenschnitten, Schablonensprühereien oder anderer Objekte im öffentlichen Raum. Graffiti ist quasi „Mutter“ dieser Straßenkunst und kann auch darunter gefasst werden. Street Art ist ein sehr heterogenes Feld, eines der Motive von Street Art ist dabei die Wiederaneignung von öffentlichem Raum.

Guerilla Gardening, das ungenehmigte Anbauen von Pflanzen, hat zwei Richtungen: Zum einen ist es eine spezielle Form der Street Art, bei der durch das wilde Bepflanzen von städtischen Brachen, Verkehrsinseln, oder auch Wegen und Straßen wieder Grün in das urbane Grau zurückgebracht oder sogar mit Samen von schnellwachsenden Pflanzen Symbole und Parolen in die Erde gezaubert werden. Zum zweiten ist Guerilla Gardening aber auch eine Praxis zur Selbstversorgung mit Gemüse in Großstädten. Für viele Familien v.a. in südlichen Metropolen ist es Teil des Überlebenskampfes geworden, Gemüsegärten auf Industriebrachen und verlassenen Grundstücken anzulegen.

Fortsetzung auf Seite 15

Eine andere Geschichte schreiben...

Von einem rastlosen Anarchosyndikalisten im Mexiko der 20er Jahre

„Sie kommen an einen Hafen, von dem drei Dampfer in See stechen. Sie wollen verreisen, Sie wollen sich bewegen, die Welt und Sie sollen eins werden, Sie wollen leben. Eines der Dampfschiffe heißt „Zur Scheiße“, das andere heißt „Zur Ausbeutung, zur Täuschung, zum Kapital“, das andere heißt „Zur sozialen Revolution“. Entweder Sie bleiben am Hafen stehen und sehen zu, wie die Dampfer losfahren, während Ihre Koffer in einem davon mitfahren, ohne daß Sie entschieden hätten, in welchem, oder Sie wählen aus und steigen ein.“ (Sebastian San Vicente in „Auf Durchreise“)

Die Geschichte ist verschüttet, nur wenige Stelen ragen heraus, die von den Siegern beschriftet wurden. Diese Sieger sind vielfältig über die Jahrhunderte und den Erdball verteilt. Den Besiegten bleibt das Vergessen. Über Generationen hinweg wird das Ritual der Unterworfenen wiederholt, verallgemeinert, variiert und in das Bewußtsein der Nachkommen verpflanzt. Das Leiden der Arbeiter und Bauern, des gemeinen Volkes, der Widerstand der allenthalben hochkochte, der seine Ideen fand oder sich selbst schuf, der in vielen Revolutionen kulminierte, die in sich die Konkurrenz zwischen autoritärem und freiheitlichem Kommunismus austrugen, diese Geschichte von Millionen wird in den Lehrbüchern und in der Öffentlichkeit der Diskurseliten unter allgemeinem abgehandelt, um sich dann wieder ausführlichst den Feldzügen und Streitigkeiten der herrschenden Cliquen zu widmen. Dieses Ungleichgewicht in den Schulbüchern der Geschichte, den Fürsten und Präsidenten bei weitem mehr Platz einzuräumen als den Widerständigen und Gehenkten, zeigt, daß wir das Ende der Geschichte noch lange nicht erreicht haben, daß Geschichte immer davon abhängt, ob man sie von oben oder von unten liest, daß die Klassengesellschaft trotz aller ideologischen Schleier noch existiert.

Wenn wir wissen wollen, was zwischen den Zeilen steht, dann müssen wir uns schon selbst auf die Suche begeben. Dabei reicht es nicht, sich mit Revolutionsikonen wie Che Guevara, W.I. Lenin oder Leo Trotzki zufriedenzugeben, deren autoritärer Kern und tatsächliches Handeln von viel zu vielen Linken immer noch ignoriert wird. Sie dienen oft als Strohhalme in unrevolutionären Zeiten, als Haltepunkte und Orientierung in der medialen und ideologischen Überflutung, da mit ihnen eine Identität gegen den Kapitalismus markiert wird. Dabei handelt es sich um rein symbolische Abgrenzungen, die immer mehr kapitalistisch integriert und ihres revolutionären Impetus entkleidet werden: Denn kaum einer, der mit einem Che-T-Shirt rumrennt, kennt die tiefere Geschichte dieses Menschen, geschweige denn die historischen Details der kubanischen Revolution. Diese wurde beileibe nicht nur von Che und Fidel, sondern durch viele verschiedene Akteure und Gruppierungen bestimmt, deren Aktivitäten heute größtenteils verschüttet sind. Ganz zu schweigen von dem Kasernenkommunismus und der Militarisierung der Gesellschaft, die von der Oligarchie des Castroregimes betrieben wurde. Lenin und Trotzki werden als positive Gegenspieler zu Stalin aufgebaut. Nach dem Motto: Stalin böse, Lenin gut? Dabei hat Lenin letztendlich das Fundament gelegt, auf dem Stalin seine persönliche Diktatur errichten konnte, und auch vor Stalin waren die Gefängnisse gefüllt mit Anarchisten, Sozialrevolutionären und anderen ehemaligen Verbündeten der Bolschewiki, die freiheitlichere Vorstellungen vom Kommunismus hatten. Trotzkis mörderische Rolle bei der Niederschlagung des Aufstands der Matrosen von Kronstadt oder bei der Zerschlagung der anarchistisch inspirierten Machnobewegung durch die Rote Armee wird ignoriert. Im Mythos wird er seines historischen Lebenslaufs entkleidet.

Es gibt aber auch andere Geschichte(n), die von libertären Ideen erzählen, von revolutionär-gewerkschaftlicher Organisierung oder Kämpfen für Würde, Land, Freiheit, für den freiheitlichen Kommunismus oder auch „nur“ ums nackte Überleben. Diese Underdogs der herrschenden Geschichtsschreibung, ihre Ideen und sozialen Ideale sind es, die uns den Halt geben können, um nicht unterzugehen, um die Hoffnung auf ein Ende der Bevormundung, Zurichtung und Ausbeuterei am Leben zu halten. Diese Geschichten sind keine Heldenepen, auch wenn sie heroische Elemente aufweisen. Sie sind nicht perfekt, auch wenn die Ideen danach streben. Sie haben auch kein Happy End, auf das unsere Sehnsucht drängt. Keine soziale Revolution ohne Sehnsucht nach menschlicher Freiheit und Gleichheit! Keine soziale Revolution ohne Leidenschaft, Verhältnisse abzuschütteln, die den Menschen Leiden, Abstumpfung und Unterwerfung bringen und in denen dies durch staatliche Gewalt, Befehl und Gehorsam, Lohnzettel oder schillernde Konsumwelten aufrechterhalten wird! Geschichte kann den ideologischen Schleier zerreißen ...

Paco Ignacio Taibo II. erzählt so eine Geschichte, die Geschichte von Sebastian San Vicente Bermúdez, spanischer Seemann, Anarchist und Gewerkschaftsorganisator, Herumreisender im Mexiko der 20er Jahre, mit der „Revolution im Reisegepäck“. Es beginnt in Tampiquo, das ihm den Beinamen „der Tampikaner“ einbringt, und führt ihn über La Colmena bis nach Vera Cruz, an verschiedene Orte in Mexiko, verfolgt vom FBI und von staatlichen Behörden, die ihn gerne abschieben würden. Er hilft bei der Organisierung der lokalen Gruppen der Confederacion General de Trabajadores, dem anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsverband, und beteiligt sich an Arbeitskämpfen. Er besitzt nichts, und wenn er sich von jemanden etwas leiht, dann gibt er es jemanden Anderes zurück, wechselt seinen Schlafplatz wie die Unterhosen und seine Identität wie Hemden.

Vicente hat es wirklich gegeben, von ihm sind jedoch nur bruchstückhafte Informationen überliefert. Die Schilderung von Vicente durch den Autor wird von Zeitungsartikeln, Polizeiberichten, Gewerkschaftsprotokollen und Augenzeugenberichten zusammengehalten, die in 55 kleinen Kapiteln aufgefächert, verschiedene Stationen seines Weges durch Mexiko beleuchten. Doch wie erzählt man Geschichte, ohne in trockenes Aneinanderreihen von Fakten zu verfallen? Wie erzählt man Geschichte, wenn die Informationen so verstreut sind, wie in diesem Fall? Der Staat und Herausgeber der Lexika und Enzyklopädien hatten sicherlich kein Interesse daran, die Geschichte eines rastlosen Proletariers und Anarchosyndikalisten aufzuschreiben, viele Historiker, Geschichtslehrer und Journalisten kämen nicht mal auf die Idee, daß es so etwas geben könnte. Bleibt das Recherchematerial so lückenhaft, so bietet es sich an, aus der Geschichtsschreibung eine Geschichte, einen Roman zu machen. So erklärt der Autor in seinen Anmerkungen zu Beginn, daß sich schwerlich behaupten lässt, daß es sich um einen Roman handele, daß es jedoch zweifelsohne einer sei. Schlitzohrig kann er sich dennoch die Frage nicht verkneifen: „Was zum Teufel ist eigentlich ein Roman?“

Mit dem Romanhaften wird die historische Figur geflickt und aufgefüllt. Durch diese fiktive Anreicherung Vicentes fließen auch Hoffnungen, Vorstellungen und Vergangenheit des Autors in seine Geschichte ein. So erinnert er sich der Schwierigkeit 1968 in der Studentenbewegung von Mexiko-Stadt Anknüpfungspunkte zu finden, den „dünnen Faden der Kontinuität zu spannen“ und er gesteht, daß der Ursprung dieses Buches in der „fixen Idee des Autors“ der „nochmaligen Überprüfung und Erweiterung der Legendensammlung der Linken“ zu finden ist. Der Autor verwendet einen Erzählstil, der einem die Geschichte eingänglich und intensiv vermittelt. Leicht und locker werden vielerlei Metaphern in Szene gesetzt und mit der historischen Situation und handelnden Figur verknüpft.

Überhaupt steckt diese Geschichte voller anarchistischer Philosophie und Poesie.* Man möchte behaupten, daß die Figur Sebastian San Vicente in gewissem Sinne eine Verkörperung dieser Ideale darstellt. Dabei werden diese zeitweise dichter als die Figur selbst, drängen den Menschen Vicente in den Hintergrund. Andererseits macht es vielleicht gerade den Menschen Vicente aus, diese Ideen konsequent leben zu wollen. Vielleicht mag auch bei dem einen oder anderen Leser nach der Lektüre einer Liebe zum Anarchosyndikalismus nichts mehr im Wege stehen ...

Francis Murr

*voller anarchistischer Ideale: Der 16jährige Freund Vicentes fühlt sich schuldig, ihn mit seiner Freundin betrogen zu haben. Doch dieser sagt ihm nur: „Sie ist kein Eigentum, mein Freund. Du bist kein Eigentum. Ich habe kein Eigentum, ich habe Genossen.“

Geschichte lesen ...

Paco Ignacio Taibo II, Auf Durchreise. Gebunden, 138 Seiten, makuliert

Zur kubanischen Revolution:

Sam Dolgoff, Leuchtfeuer in der Karibik

www.kubaanarchismus.tk

Zur Russischen Revolution:

Peter A. Arschinoff, Geschichte der Machno-Bewegung

Alexander Berkman, Der bolschewistische Mythos

Volin, Der Aufstand von Kronstadt

Volin, Die unbekannte Revolution

Allgemein:

Horst Stowasser, Leben ohne Chef und Staat

Die meisten Bücher können unter anderem beim A-Sortiment bestellt werden:

www.cafelibertad.de/mat/enter.htm

oder Syndiakt A: www.fau.org/fau_medien/syndikat-a

Fortsetzung „Raus auf …" von Seite 14

Aus diesen heimlichen, nicht öffentlich gemachten städtischen „Landbesetzungen" haben sich dann teilweise öffentliche Aktionen und Kampagnen entwickelt.

Flash Mobs sind eine tatsächlich eher neue Form, die vor zwei Jahren einen große Welle erlebt haben und inzwischen nicht mehr so oft stattfinden. Flash Mobs sind kurze Ansammlungen von Personen, die über SMS oder Email informiert worden sind, zu einer bestimmten Zeit an einen bestimmten Ort zu kommen und dort eine meist abstrus wirkende Handlung auszuführen. Die ersten Flash Mobs waren explizit „unpolitisch" (in dem Sinne, dass sie nicht explizit in einem politischen Zusammenhang standen), inzwischen haben aber auch viele Flash Mobs stattgefunden, die explizit in einen politischen Zusammenhang gestellt wurden.

- Haben diese kreativen Formen des Widerstands auch Eingang gefunden in die lokale Praxis von linken und linksradikalen AktivistInnen, oder findet man das nur bei Gipfelprotesten?

Die meisten der im Buch beschriebenen Protestformen sind auf lokaler Ebene entstanden und haben sich mit der „globalen" Verbreitung verändert und neue Anwendungen gefunden. Keine der im Buch gesammelten Aktionsformen ist eine spezifische „Gipfelprotestform", deswegen werden auch lokale Protestgeschichten als Beispiele erzählt.

- Ein Teil der Aktionsformen, die in „go.stop.act!" vorgestellt und erläutert werden, hat einen weitaus weniger ausdrücklichen politischen Charakter als die klassischen Formen des Protests (Demos, Blockaden usw.). Sind das unpolitische, sinnfreie Happenings?

Die Frage nach dem politischen Gehalt von Aktionsformen, die mit Mitteln des Karnevals, mit Verkleidungen und Verwirrungen, mit uneindeutigen oder sogar „sinnfreien" Handlungen und Performances spielen, ist eine gerade auch in der Linken lange diskutierte Frage und geht mindestens bis zu Dada zurück. Eine Antwort darauf ist, dass in einer völlig durchökonomisierten warenförmigen Welt, in der alles und jedeR einen Sinn und Zweck erfüllt, das Zurschaustellen von Handlungen, die aus ihrem gesellschaftlichen Kontext genommen sind und in einen anderen Kontext überführt werden, durchaus politisch begriffen werden kann. Daneben finde ich es aber auch spannend, wie solche Formen für einen bestimmten politischen Anlass genutzt werden können. Wie also z. B. im Sinne der Kommunikationsguerilla in einer Situation, in der Aufklärung und Gegeninformation keinen Erfolg haben, mit solchen Aktionen durch das Erzeugen von Verwirrung Fragen aufgeworfen werden können, die (im Idealfall) zu einem selbstständigen Weiterdenken anregen - und damit auch die herrschaftsförmige Strukturierung der Welt anzweifeln, in der es auf alle Fragen bereits Antworten gibt.



- In der Einleitung zu Deinem Buch schreibst Du, dass gerade die von Dir und den anderen AutorInnen beschriebenen Formen des Widerstands geeignet seien, dem entfesselten Kapitalismus wirksam entgegenzutreten. In den Gefängnissen der TextilarbeiterInnen in Asien z.B. kam es indes noch zu keiner Laugh Parade. Haben wir es nicht mit Freizeitsport für Jugendliche in den Metropolen zu tun?

Ich kann mich nicht erinnern, dass wir diesen absoluten Anspruch so formuliert haben. Jedoch hoffe ich, dass unsere Dokumentation und Beschreibung von Beispielen, wie mit verschiedenen Mitteln Protest gegen bestehende Verhältnisse auf die Straße getragen werden kann, inspirierend und brauchbar für Protest und Widerstand sind.

Die meisten Beispiele der Aktionsformen, die in „go.stop.act!" beschrieben sind, stammen aus den Industrieländern, und das Buch ist ja auch für den deutschsprachigen Raum geschrieben worden. Tatsächlich ist aber das öffentliche Verlachen oder „Auslachen" (in „go.stop.act!" unter dem Stichwort „Laugh Parade" zu finden) zum Beispiel eine Protestform, die es in Indien gibt und die dort auf großen Versammlungen stattfindet. Viele der zentralen Einflüsse des politischen Straßentheaters kommen hingegen aus Südamerika, z.B. aus dem „Theater der Unterdrückten", ebenso wie viele Elemente des Karnevals oder der Samba-Trommeln, die hierzulande immer häufiger auf Demos zu hören sind, von dort stammen. Eine „Laugh Parade" in asiatischen Sweat-Shops ist mir nicht bekannt, aber wer weiß, ob das heimliche Verlachen der Vorgesetzten nicht auch der Anfang einer Organisierung und eines Streiks sein können? Andererseits verändern sich auch die gesellschaftlichen Realitäten und Bedingungen für Protestformen. In Deutschland reißen Aufrufe zu Reclaim The Streets-Partys schon seit ein paar Jahren niemanden mehr vom Hocker, in Japan haben hingegen erst vor 2 Jahren die ersten „Rave-Demos" mit Musik stattgefunden und Interesse ausgelöst.

- Es ist zu beobachten, dass sich die Proteste gegen Gipfeltreffen von politisch und ökonomisch Mächtigen nur noch dann in den bürgerlichen Medien finden, wenn es zu außergewöhnlich vielen Festnahmen oder besonders militanten Aktionen kam, Inhalte fehlen in der Berichterstattung völlig. Wird so der Widerstand gegen den sog. Neoliberalismus mundtot gemacht?

Diese Funktionsweisen der bürgerlichen Medien und Öffentlichkeit sind ja nicht neu und dass über die ersten Gipfelproteste, und da v.a. über die „Gewalt" sehr viel mehr berichtet wurde, ist von daher auch nicht überraschend. Und neben der unmittelbaren Berichterstattung in den kommerziellen Medien hat der Protest ja auch noch weitere Ziele (Veränderung des politischen Klimas, unmittelbares Zusammenkommen und Austausch, direkte Konfrontation der Herrschenden mit dem Protest …).

- Die jüngsten Proteste gegen den G8-Gipfel in Schottland waren dominiert von dem politisch mehr als fragwürdigen Live Aid-Konzert. Ist die Gegnerschaft zur totalen Expansion des Kapitalismus in der Mitte angekommen, und sind damit emanzipatorische Positionen an den Rand gedrängt?

„Live Aid" ist als Fortsetzung der 80er Jahre Live Aid-Konzerte ja kein neues Projekt, die Initiatoren haben sich schon immer für den Dialog mit den G8-Politikern interessiert. Und dass das Erlassen von Schulden für Länder, die sowieso nicht hätten bezahlen können, keine wesentliche Verbesserung für die dort lebenden notleidenden Menschen bringt, wird sich früher oder später auch zeigen.

Spannend ist hierbei die Frage, wie die grundsätzliche Delegitimierung der G8 und des Kapitalismus, für den sie maßgeblich stehen, gesellschaftlich verbreitert werden kann. Die Vorbereitung auf den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm kann ein Projekt sein, um solche Fragen zu diskutieren und um ein breites Bündnis zu finden, welches die Annahme teilt, dass Veränderung grundsätzlich und von unten geschehen muss. Damit könnte auch versucht werden zu verhindern, dass die eine „Aktionsform" (Konzert mit prominenten MusikerInnen) den anderen Aktionen (Demos und Blockaden) die „Schau stiehlt", und vor allem auch die Voraussetzungen geschaffen werden, um klare, kritische Inhalte zu vermitteln.

- Danke Marc.

Dirk

„go.stop.act! Die Kunst des kreativen Straßenprotests. Geschichten. Aktionen. Ideen." (Trotzdem Verlagsgenossenschaft Grafenau/ Frankfurt a.M. 2005, www.go-stop-act.de) und Administrator des Weblogs http://kreativerstrassenprotest.twoday.net

... Randbemerkungen der Revolution ...

Als ihr Stimmungseinfänger, nicht als ihr akurater Sachbearbeiter.
Kaminski schreibt wunderschön pathetisch und abwechslungsreich. So beginnen die anarchophilen Kapitel häufig mit längeren, anschaulichen Beschreibungen der katalanischen Landschaft oder kleineren Randerzählungen über die allgegenwärtige revolutionäre Veränderung. Inhaltlich widmet Kaminski den sozialökonomischen Veränderungen auf dem Land und in der Stadt längere Passagen und erläutert die Neuorganisation der Wirtschaft an einigen Beispielen. Absolut ergreifend schildert er die packenden Szenen des Begräbnisses von Buenaventura Durruti. Die persönlichen Berichte ergänzend werden Gespräche mit dem katalanischen Regierungschef Lluís Companys, mit dem anarchosyndikalistischen Wirtschaftsminister Joan Fàbregas, dem marxistischen Justizminister Andreu Nin und der anarchistischen Gesundheitsministerin in der Zentralregierung, Federica Montseny, im Wortlaut wiedergegeben. Außerdem beschreibt er das Wirken der politischen Polizei, referiert über das Milizsystem und berichtet über die Aragonfront. Kaminski ist durchaus kritisch, immer jedoch besieht er auch die „konstruktiven" Aspekte der Revolution.
Es mag sein, dass sich in die Erzählungen der ein oder andere geschichtliche Fehler eingeschlichen hat. Hilfreich wäre außerdem eine veranschaulichende Karte seiner Reiseetappen gewesen (das Inhaltsverzeichnis befindet sich im übrigen am Ende des Buches). Doch wer ein wenig Kraft für den täglichen Widerstand sammeln möchte, dem sei diese Pathos-Politgeschichts-Tour durch Katalonien ausdrücklich empfohlen. Und bevor ich nun den Videorecorder anschmeiße und mir „Land & Freedom" reinziehe, soll noch kurz die Ausgangsfrage beantwortet werden: „War doch alles für die Katz(e)! Time to organize!"

Unsere Sabotage ...

... organisiert den proletarischen „Sturm auf den Himmel"

Mit „Den Himmel stürmen" von Steve Wright liegt endlich die erste umfassende Theoriegeschichte des italienischen Operaismus in deutscher Sprache vor. Der Verlag Assoziation A hat damit ein weiteres wichtiges Buch zum Verständnis linksradikaler Nachkriegsgeschichte in Italien herausgebracht. Vor einigen Jahren erschien schon „Die goldene Horde" von Primo Moroni und Nanni Balestrini, dass sich mit Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und dem bewaffneten Kampf in Italien befasst.

Der Operaismus als neuer klassenpolitischer Ansatz entstand in den 60er Jahren in Italien in Opposition zur traditionellen kommunistischen und sozialistischen ArbeiterInnenbewegung, die vor allem in der PCI (Partito Comunista Italiano), der PSI (Partito Socialista Italiano) und ihren Gewerkschaften organisiert war und ist. Die operaistische Kritik richtete sich gegen den Reformismus und Staatsinterventionismus der PCI, PSI und den traditionellen Gewerkschaften und gegen die „absurde Gleichsetzung von Arbeiterklasse und Partei" (Panzieri). Während die PCI und andere traditionelle Linke in der Arbeit ein Potential der Befreiung sahen, verlangten Operaisten wie Antonio Negri eine Befreiung von der Arbeit.

In seiner Darstellung der Geschichte und Theoriebildung des Operaismus dokumentiert Steve Wright die Wandlung des operaistischen Denkens im Spannungsfeld von Autonomie und Organisation, vom Auftritt des „Massenarbeiters" in den großen Fabriken bis zur Entdeckung des „gesellschaftlichen Arbeiters" zur Zeit der Autonomia. Als Leitfaden durch die Theoriegeschichte wählte Wright den Begriff der „Klassenzusammensetzung". Der Operaismus beschäftigt sich mit dem Verhältnis Fabrik und Gesellschaft, das Subjekt des Operaismus ist der „männliche, weiße Fabrikarbeiter". Die Fixierung auf die Fabrik geschieht vor dem Hintergrund des Industrialisierungsschubes, den Italien in den 50er und 60er Jahren erlebte und der massive gesellschaftliche Umbrüche mit sich brachte, die eine neue Schicht von „Proletariern" hervorbrachten.

Aufgrund der Komplexität kann innerhalb einer Rezension der Operaismus und seine Geschichte nicht erschöpfend dargestellt werden. Wright beginnt mit der Darstellung der Zirkel um die Zeitungen „Quaderni Rossi" (Rote Hefte) und „Classe Operaia" (Arbeiterklasse) und den Anfängen der sogenannten „Arbeiteruntersuchung", die sich mit den Kämpfen, Bedürfnissen und Einstellungen der ArbeiterInnen befasst und es ermöglicht die Klassen(neu)zusammensetzung und die Klassenkämpfe zu analysieren.

Mit Mario Tronti wird eine der zentralen Thesen des Operaismus verbunden, dass die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse als der Motor der kapitalistischen Krise gesehen werden. Während in der Regel innerhalb des Marxismus, aber auch des kommunistischen Anarchismus und des Anarchosyndikalismus zuerst auf die kapitalistische Entwicklung gesehen wird, und dann die ArbeiterInnenkämpfe als eine Reaktion darauf betrachtet werden, wird diese Sichtweise innerhalb des Operaismus verworfen. Die kapitalistische Entwicklungsdynamik wird im operaistischen Ansatz nicht in der innerkapitalistischen Konkurrenz gesehen, sondern in den Klassenkämpfen, in Antagonismus von Arbeit und Kapital. Die Arbeitszeitverkürzung wird als Ergebnis von Arbeitskämpfen und als Angriff auf die Profitrate verstanden. Wenn der Profit aber gleich bleiben soll, kann dies nur durch die Steigerung der Produktivitätsrate geschehen. Diese ist aber nur durch die Umorganisation der Arbeit und den Einsatz neuer Technologien möglich. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist eine Reaktion des Kapitals auf die Arbeitskämpfe, um die Profitrate zu erhalten bzw. zu steigern. Eine weitere Reaktion des Kapitals auf die Arbeitskämpfe gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit ist die „Neuzusammensetzung der Klasse", ricomposizione di classe. Es findet im Zuge der Restrukturierung der Fabriken und der Suche nach neuen Formen der Arbeitsorganisation eine permanente Umstrukturierung und Neuzusammensetzung der Klasse statt. Diese zunächst „technologische Neuzusammensetzung" wird durch einen Bewusstseinsprozess eine „politische Neuzusammensetzung". Aus der „Klasse an sich" wird eine „Klasse für sich"; ein neuer Kampfzyklus der ArbeiterInnenklasse beginnt.



Das zentrale Subjekt des Operaismus ist der „Massenarbeiter" der tayloristisch-fordistischen Fabrik, doch die Restrukturierungsprozesse in den Fabriken, die mit der Krise des Fordismus in den Jahren 1973/74 beginnt, führt zu einer Zersetzung des „Massenarbeiters" als politisches Subjekt des Operaismus. Negri und andere blicken nun nicht mehr nur auf die Fabrik, sondern vermehrt auf die Gesellschaft, die gesamte Gesellschaft wird zum Ort des Kampfes gegen den Kapitalismus, die Fabrik und der Arbeitsplatz ist nur noch ein Ort unter anderen. Auch die Frauenbewegung und die Studentenbewegung mit ihren Kämpfen machten eine Neuformulierung notwendig. Die Fabrik als Ort der Kämpfe gegen Staat und Kapital hat ihre Zentralität verloren. Die ganze Gesellschaft wird zum „umkämpften Raum". Die Vorstellung des Massenarbeiters wird zugunsten eines neuen Klassenbegriffs - des „gesellschaftlichen Arbeiters" - fallengelassen. Damit beginnt das Ende des Operaismus und der kurze Sommer der Autonomia im Jahre 1977.

Antonio Negri sieht heute in der Multitude das neue „politische Subjekt" des Post-Operaismus.

Steve Wright, Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus. Assoziation A, 277 Seiten, 18 EUR

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z. B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



FAU ★ IAA

Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z. B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Vendetta Argentino

Des letzten Rätsels Lösung: der deutsche anarchistische Attentäter Kurt Wilckens

Kurt Gustav Wilckens wurde 1886 als eines von fünf Kindern einer Arbeiterfamilie in der holsteinischen Kleinstadt Bramstedt bei Hamburg geboren. Bis zu seinem 24. Lebensjahr arbeitete er als Bergarbeiter im schlesischen Kohlerevier, bevor er 1910 in die USA auswanderte. In Arizona fand er wiederum als Bergarbeiter einen Job. Hier, in einer Hochburg der syndikalistischen IWW, kam er erstmals mit revolutionärem Gedankengut in Berührung. Er trat den Wobblies bei und entwickelte sich rasch zu einem populären „Organizer“, der auf Versammlungen sprach und mithalf, Arbeitskämpfe zu organisieren. Besonders erfolgreich waren die IWW unter den spanisch-sprachigen Kollegen, die zu den am schlechtesten entlohnten zählten. Gegen die wachsende Macht der Gewerkschaft heuerten die Minenbesitzer bewaffnete Streikbrecher an. Es kam zu Schießereien mit Toten auf beiden Seiten, schließlich zu einem handfesten Aufstand, der mit der totalen Niederlage der Arbeiter endetete.

Wilckens wurde in einem Lager für deutsche Gefangene interniert. Es gelang ihm die Flucht, doch er wurde erneut verhaftet und 1920 schließlich nach Deutschland abgeschoben. Doch hier hielt es ihn nicht lange. Noch im selben Jahr verließ er Europa erneut, diesmal in Richtung Argentinien.

Mittlerweile sowohl IWW-Mitglied als auch Anarchist, bewegte er sich hier in der anarchistischen Szene. In Buenos Aires, wo er eine Zeit lang als Schauermann im Hafen arbeitete, besuchte er die zahlreichen Cafés und Bars der argentinischen Arbeiterbewegung, unter der damals der Anarchismus stark war.

1921 wurde er aufgrund einer Auseinandersetzung mit einem Polizisten vier Monate lang eingesperrt. Nach dieser offensichtlich wenig erquicklichen Zeit engagierte er sich mit ganzer Kraft für seine gefangenen Genossen.

Den Aufstand in Patagonien (siehe S. 8) verfolgte Wilckens von Buenos Aires aus. Die von Oberst Varela befehligten Massaker an den Landarbeitern entsetzten ihn dermaßen, daß er sich zum Handeln entschloß. Obgleich beeinflußt von den pazifistischen Thesen Tolstojs, war Wilckens der Auffassung, daß man auf von der herrschenden Klasse verübte Gewalt entsprechend reagieren müsse.

Am 27. Januar 1923 warf er auf offener Straße eine Granate nach Oberst Varela. Obwohl an beiden Beinen verletzt, machte dieser nun Anstalten, seinen Säbel zu ziehen und seinen Attentäter anzugreifen. Wilckens griff zu seinem Revolver und löschte das Leben des „Schlächters von Patagonien“ aus. Als Wachmänner ihn daraufhin überwältigten, rief er aus: „Ich habe meine Brüder gerächt!“. Das Gericht verurteilte ihn zu 17 Jahren Gefängnis.

Dort nahm Wilckens rasch sein politisches Engagement wieder auf. Er schrieb zahlreiche Artikel für die argentinische und internationale anarchistische Presse. Varela, so Wilckens in einem dieser Beiträge, „war kein gewöhnlicher Beamter; in Patagonien war er Gouverneur, Richter, Scharfrichter und Totengräber in einem“.

Wilckens wurde große Solidarität durch Anarchisten zuteil. Er wurde regelmäßig im Gefängnis besucht und nicht nur mit Nachrichten und Literatur, sondern auch mit Lebensmitteln versorgt (Wilckens war Abstinenzler und Vegetarier).

Bei der Armee und der argentinischen Rechten stieß das in ihren Augen milde Urteil auf wenig Zuspruch. Ein Komplott wurde geschmiedet. In der Nacht des 15. Juni 1923 schleusten Gefängniswärter Ernesto Perez Millan, Mitglied der ultrarechten, antisemitischen Gruppe „Patriotische Liga“, die von Armee, Kirche und Unternehmern unterstützt wurde, in die Haftanstalt ein. Der Ex-Polizist Millan hatte während der Beerdigung Varelas Rache geschworen. Während Wilckens in seiner Zelle schlief, feuerte Millan ihm in die Brust. Schwer verwundet, verstarb Wilckens am folgenden Tag.

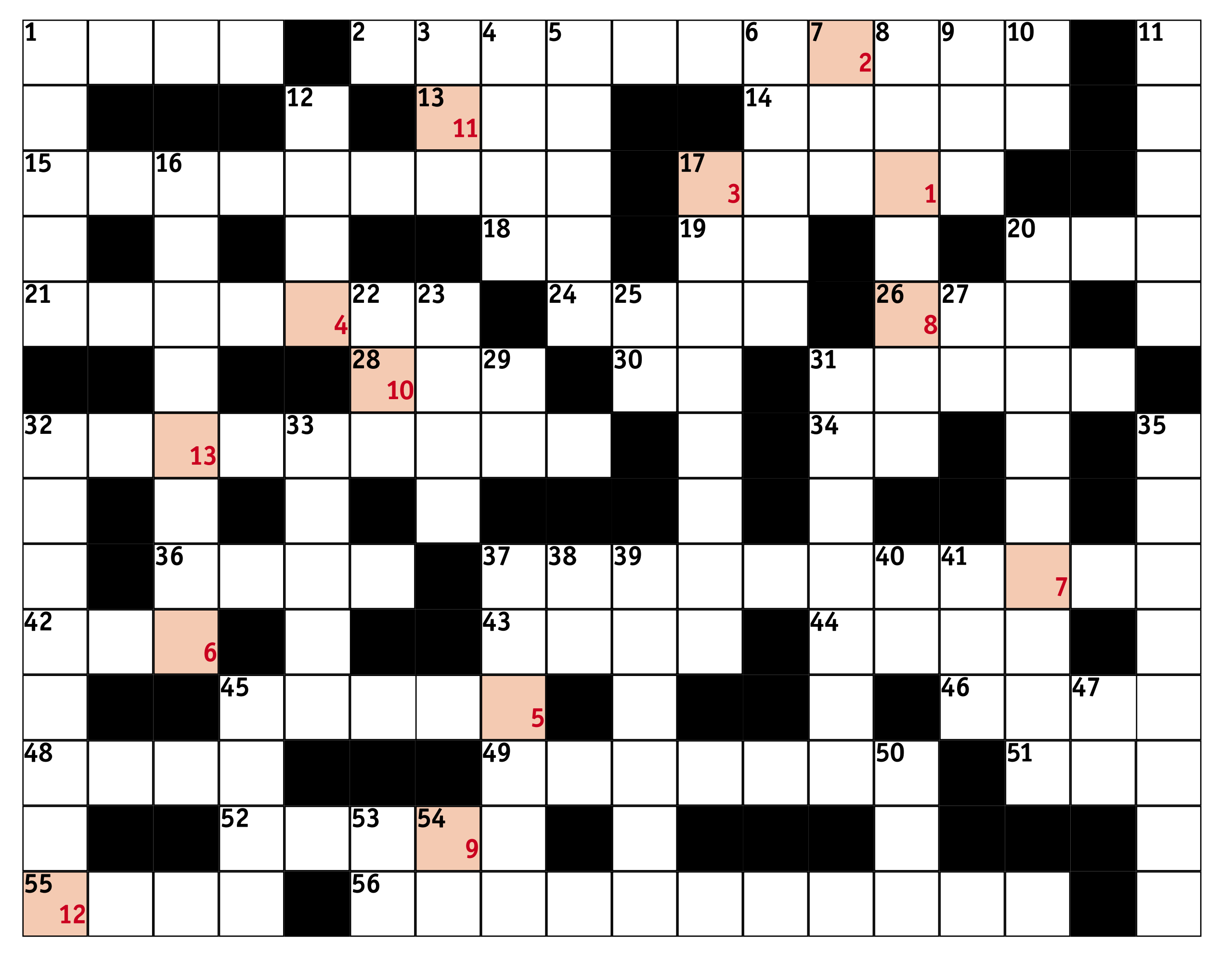
Die argentinische Arbeiterschaft reagierte empört auf die Nachricht von Wilckens Ermordung. Es kam zu spontanen Streiks und Massendemonstrationen.

Doch auch seinem Mörder sollte bald die Stunde schlagen. Millan wurde wegen „Unausgeglichenheit“ in eine Nervenklinik eingewiesen, wo er bald darauf von einem anderen Patienten erschossen wurde.

Matti



Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 37



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben

Waagerecht

1. General, dessen Putsch 1920 in Berlin am Widerstand der Arbeiterschaft und breitem zivilen Ungehorsam scheiterte 2. in der Psychiatrie: „Gewand“ zur Fesselung 13. nur äußerlich schön: „Oben ~, unten pfui“ 14. Salz der Ölsäure 15. dreifarbige Fahne (v.a. die französische) 17. Kondom <umgangssprachlich> 18. Flächenmaß 19. Esslöffel <Abk.> 20. Verkehrsmittel 21. FAUD-Aktivist und Spanienkämpfer, emigrierte nach Schweden und propagierte dort nach dem 2. Weltkrieg einen eher staatskonformen Syndikalismus 24. nächtlich jagender Greifvogel 26. Kurzwort für ein verbreitetes Leichtmetall <umgangssprachlich> 28. früher: einspännige englische Droschke, heute: Londoner Taxi 30. heftiger Windstoß 31. Frontmann der Band „Die Einstürzenden Neubauten“: ~ Bargeld 32. Druide, der Asterix und seinen Freunden den Zaubertrank braut 34. Abgabenordnung <Abk.> 36. Hauptstadt der Ukraine 37. ~ Street Day: Festtag der Lesben, Schwulen und Transgender 42. „Was ~,~; was nicht ~, ~ möglich“, sangen „Die Einstürzenden Neubauten“ 43. Markenname eines Mini-PCs und eines Internet-Münzautomats 44. Stamm in Südafrika 45. Vorname der Ehefrau von Karl Marx 46. nordischer Gott 48. Gattung von Giftnattern, die u.a. die Brillenschlange und die Speikobra umfasst 49. bei manchen Tieren: das Abstoßen oder Abstreifen der obersten Schicht der Körperbedeckung 51. schmal, fest anliegend 52. altrömische Göttin des Herdfeuers 55. Insel zwischen Korsika und Italien, die Napoleon Bonaparte nach seiner Absetzung 1814/15 bewohnte 56. Maler des romantischen Anarchismus („The Art of Anarchy“, erschienen 1975/86)

Senkrecht

1. Dieser deutsche Anarchosyndikalist der ersten Stunde (geb. 1861) starb im Mai 1945, nachdem er sich bei Arbeiten in seinem Garten an einer Panzerfaust verletzt hatte, Vorname: Fritz 3. Weltgesundheitsorganisation <Abk.> 4. besondere Ausstrahlung 5. paarweise angelegtes Organ 6. Maßeinheit für die Energie 7. Bergweide 8. historisches Tasteninstrument 9. Männername 10. Etage <Abk.> 11. Zusammenbruch, z.B. eines Marktes, einer Volkswirtschaft usw. <engl.> 12. Schlaginstrument aus frei hängender Bronzescheibe 16. im Fußball kann bei manchen Freistößen ein Tor nur dann erzielt werden, wenn der Ball nach der Ausführung von einem anderen Spieler berührt wurde, bevor er die Torlinie überschreitet; einen solchen Freistoß nennt man „~“ 17. Bündnis gegen die Gelöbnisse von BundeswehrrekrutInnen (v.a. in Berlin) 20. bedeutendster norddeutscher Orgelmeister vor J.S. Bach, 1637(?) - 1707 22. Vorläuferwährung des Euro, ab 1981 in der EG für alle nicht baren Zahlungsvorgänge verwendet 23. Männername 25. Universitätsbibliothek <Abk.> 27. chemisches Zeichen für ein leichtes, dem Natrium eng verwandtes Metall, dessen Salze teilweise als Psychopharmaka verwendet werden 29. fühlt sich von beiden Geschlechtern angezogen 31. in dieser Stadt war bis 1989 das berüchtigte Zuchthaus „Gelbes Elend“ 32. Frauenname; symbolische Verkörperung der Französischen Republik 33. dünner Eierkuchen 35. Presseimperium, gegen das die Linke insbesondere 1967/68 zu Felde zog 37. Mittelmeerhafen, wo ab 2009 kaspisches Öl verarbeitet und verladen werden soll; die Pipeline dorthin ist schon fertiggestellt 38. Kfz-Kennzeichen für Bremen 39. stark, widerstandsfähig 40. die zwei ersten Buchstaben des Namens des griech. „Nationalgetränks“ 41. nationalrevolutionäre Organisation, 1964 gegründet, die maßgeblich die sog. Palästinensische Autonomiebehörde trägt 45. eine plattformunabhängige Programmiersprache 47. Kfz-Kennzeichen für Ingolstadt 50. Tau zum Zusammenschnüren von Segeln 53. Sportklub <Abk> 54. Kfz-Kennzeichen für Torgau

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt Ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU Leipzig, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig). Gewonnen hat diesmal bei vier richtigen Einsendungen Leni H. aus Nürnberg.

Auflösung № 36

```
RESERVEARMEE ATLAS
H M UEFA U G T A C
EGOIST R THOREAU H
I GEHOBELT GM W E
N    A EESTI BARI
S PFEMPFERT LLR S
B I    U BAHAMAS
ERST BüCKWARE M E
R S O H A AGRAM G
GROGGY SIR V G HA
  I IR  AM BREUEL
RAR COMMUNE U VI
A  KT A GECKO N
PERESTROIKA HALLIG
```

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU Dortmund
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:

Schlußredaktion: E-Mail: da-schlussredaktion@fau.org
BuG: FAU Frankfurt, E-Mail: fauffm3@fau.org
Globales: E-Mail: faub23@fau.org
Hintergrund: E-Mail: faums4@fau.org
Kultur: FAU Bielefeld, E-Mail: fau-kultur@gmx.net
Zeitlupe: E-Mail: faub26@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstr. 28-30, 30167 Hannover

ViSdP: Stephan Hagemes

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluß da 172: 14. Oktober